

CHRONIK
DER
LUDWIG-MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN
1983/84

Herausgeber: Das Präsidialkollegium der Ludwig-Maximilians-Universität

Redaktionelle Koordination: Pressereferat der Ludwig-Maximilians-Universität München, Geschwister-Scholl-Platz 1, 8000 München 22, Telefon: (0 89) 21 80-34 23, Telex: 52 98 60

Grafiken und Statistiken: Planungsstab

Fotos: Universitätsbauamt (S. 30), dpa (S. 31), Max-Planck-Gesellschaft (S. 33), I. Voth-Amslinger (S. 68), A. Firsching (S. 96)

Druck: Seitz Druck GmbH München

Copyright: Nachdruck auch auszugsweise nur mit Genehmigung des Herausgebers.
ISBN 3-922480-03-9

Inhaltsverzeichnis

	Seite
BERICHTE	
Bericht des Präsidialkollegiums 1983/84	5
AUS DEM LEBEN DER UNIVERSITÄT	
Richtfest an der Leopoldstraße	30
Fünzigtausendste Studierende immatrikuliert	31
Eröffnung des Forschungsschwerpunkts „Grundlagen und Anwendungen der Gentechnologie“	32
Grußworte und Reden von:	
– Präsident Prof. Dr. Wulf Steinmann	32
– Prof. Dr. Reimar Lüst, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft	36
– Prof. Dr. Dr. h. c. Klaus Weissermel, Mitglied des Vorstandes der Hoechst A.G.	37
– Dr. Klaus Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie	40
– Dr. h. c. Franz Josef Strauß, Bayerischer Ministerpräsident	45
– „Gentechnik – ein Aufbruch zu neuen Grenzen“, Festvortrag von Prof. Dr. Ernst-Ludwig Winnacker	49
Eröffnung des Erweiterungsbaues der Zahnklinik	
Ansprachen von:	
– Prof. Dr. Eberhard Sonnabend, Geschäftsführender Direktor der Zahnklinik	56
– Präsident Prof. Dr. Wulf Steinmann	58
– Prof. Dr. Hans Maier, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus	60
Universitätsstiftungsfest	
– Begrüßung, Verleihung der Forschungspreise Präsident Prof. Dr. Wulf Steinmann	63
– „Arbeit, Politik, Identität – neue Fragen im alten Athen?“ Festvortrag von Prof. Christian Meier	69
Bücherschenkung der Volksrepublik China	96
Kurzbiographien der von auswärts berufenen Professoren	97
Ehrungen und Preise	103

BERICHTE

Bericht des Präsidialkollegiums

Am 28. Februar 1985 hat das Präsidialkollegium – Präsident Prof. Wulf Steinmann, die Vizepräsidenten Prof. Hans-Dietrich Stachel, Prof. Nepomuk Zöllner, Prof. Otto Speck, Kanzler Franz Friedberger – der Versammlung der Universität den Jahresbericht 1983/84 vorgelegt.

Der Jahresbericht 1983/84 knüpft an den im November 1983 der Versammlung vorgelegten Bericht für 1982/83 an; das Präsidialkollegium berichtet im folgenden über den Zeitraum vom 1. Oktober 1983 bis zum 30. September 1984 bzw. über das Kalenderjahr 1984.

Das 513. Jahr seit Gründung der Ludwig-Maximilians-Universität bot einige erfreuliche Aspekte: neben anderem zählt hierzu die Wiedereröffnung der Aula und die Eröffnung des Genzentrums. Über diese erfreulichen Seiten des universitären Lebens wird im folgenden zu berichten sein. Im Berichtszeitraum setzt sich aber auch der schon länger zu beobachtende Trend einer Einschränkung wichtiger Kompetenzen der Hochschule fort: durch die weitere Konzentration von Finanzmitteln im Sammelansatz des Kultusministeriums werden Entscheidungen auf die Kultusverwaltung verlagert, die in die Kompetenz der Hochschule gehören. Diese Entwicklung ist nicht auf Bayern beschränkt; sie ist ähnlich in Baden-Württemberg zu beobachten und wird auch im Nachbarland von den Hochschulen mit Sorge verfolgt. Im Abschnitt IV über die Finanzsituation wird hierauf näher eingegangen.

Der Jahresbericht einer Universitätsleitung ist nicht nur ein Bericht über Erfolge und Leistungen, er ist auch ein Bericht über die Sorgen und Nöte einer Einrichtung des öffentlichen Lebens, die sich heute nur in einem vom Gesetz eng begrenzten Rahmen bewegen kann und für die darüber hinaus die Gesetze der Marktwirtschaft, die eine Selbstbestimmung erlauben, keine Geltung haben.

I.

Im Bereich der Studenten ist die Universität nur noch Objekt der Entwicklung. Bestimmt wird diese von den Studierenden, die immer länger an der Hochschule verweilen, wie folgende Zahlen zeigen: Seit dem Wintersemester 1978/79 ist die Zahl derer, die an der Ludwig-Maximilians-Universität erstmals ein Studium aufnahmen (Einschreiber in das erste Hochschulsesemester), um 9% gestiegen (von 5.522 im Wintersemester 1978/79 auf 5.998 im Wintersemester 1984/85). Die Zahl derer, die sich in ein erstes Fachsemester eines Studienganges einschreiben, nahm in der

Studierende

Anlage 1:
Grafik „Studentenzahlen 1946/47 bis 1984/85“

gleichen Zeit um 20% (von 7.481 auf 9.014) und die Gesamtzahl aller Studierenden um 34% (von 40.282 auf 54.114) zu. Diese Zahlen weisen auf eine Entwicklung hin, die problematisch ist.

Fachwechsel

Die Studienanfängerzahl hat weniger stark zugenommen als die Zahl der Abiturienten. Beunruhigend ist aber die wachsende Differenz zwischen den Einschreibungen in das erste Fachsemester und das erste Hochschulsemester. Diese Differenz ist ein Indikator für die Häufigkeit des Fachwechsels. Von den in ein erstes Fachsemester eingeschriebenen Studenten sind heute schon ein Drittel Fachwechsler. Sie belasten die Universität in den ersten Fachsemestern also doppelt.

*verlängerte
Verweildauer*

Aber auch die Verweildauer im Fach nimmt zu, wie folgendes Beispiel belegt: In einem Fach mit unveränderter Studiendauer, gleichbleibenden Zulassungszahlen und praktisch ohne Zugang in höhere Semester, wie der Human- und Zahnmedizin, hat sich die Zahl der Immatrikulierten seit dem Wintersemester 1978/79 um ein Viertel (von 5.154 auf 6.374) erhöht.

Eine zusätzliche Belastung der Universität ist damit zwar nicht verbunden, weil es unerheblich ist, wie lange ein Student braucht, bis er alle vorgeschriebenen Lehrveranstaltungen besucht hat. Ein Grund zur Sorge ist jedoch, daß unsere Studenten, indem sie länger an der Universität verweilen, immer später abschließen.

Anlage 2: Grafik „Altersstruktur der Studierenden“

Wie aus der in der Anlage beigelegten Graphik „Altersstruktur der Studierenden“ zu ersehen ist, sind die Studierenden an unserer Hochschule heute gegenüber dem Wintersemester 1976/77 im Durchschnitt um ein Jahr älter. 11% unserer Studenten ohne ersten Abschluß befinden sich heute in einem höheren als dem 14. Hochschulsemester.

*Gründe für eine
höhere Verweildauer*

Die Gründe für dieses Verhalten sind nur zum Teil im tertiären Bildungssektor selbst zu suchen; die schlechten Berufsaussichten für viele Hochschulabsolventen führen nicht zu einer Beschleunigung des Studienverlaufs; sie sind wahrscheinlich auch mitverantwortlich für die Zunahme des Fachwechsels. Erhöhte Anforderungen an die Examensnote sowie die Notwendigkeit, sich durch den Erwerb von Zusatzqualifikationen Wettbewerbsvorteile auf dem Arbeitsmarkt zu sichern, führen genauso zur Verlängerung der Verweildauer an der Hochschule wie die schlechter gewordenen Möglichkeiten, sich das Studium durch Arbeit selbst zu finanzieren. Leider zielt die Regelung zum BAFÖG-Teilerlaß in die gleiche Richtung: sie führt zu einem Wettbewerb um die Examensnote, statt eine Prämie auf zügiges Studieren zu setzen.

*Studienplatznachfrage:
„weg vom
Lehramt“*

Unabhängig von der Problematik der Verweildauer hat in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Verschiebung der Studienplatznachfrage stattgefunden: Während des Höhepunkts des „Lehrerbooms“ 1972 immatrikulierten sich die Hälfte aller Studienanfänger für ein Lehramtsstudium; im Wintersemester 1984/85 sind es – für alle Lehramter zusammen – nur noch 7%.

Diese Bewegung weg vom Lehramt bedeutet jedoch für die Bereiche, die früher traditionell als ‚Lehramtsfächer‘ angesprochen wurden, keine Entlastung: der Trend weg vom Lehramt ist kein Trend weg von den Lehramtsfächern. Die Studienanfänger bleiben den traditionellen Fächern

weitgehend treu, sie wechseln nur den Abschluß; in den Geisteswissenschaften tritt an die Stelle des Staatsexamens der Magister Artium. Von Ausnahmen abgesehen ist die Zahl der Studienanfänger in den geisteswissenschaftlichen Fächern trotz des Rückgangs der Lehramtskandidaten gleichgeblieben oder angestiegen. Anpassungsschwierigkeiten innerhalb einer Fachrichtung treten dabei nicht auf, weil Lehramtsstudierende und Magisterkandidaten die gleichen Lehrveranstaltungen besuchen. Dieser Umschichtungsprozeß hat allerdings dort Auswirkungen auf die Fächer, wo die betreffende Wissenschaft in mehrere Teil- oder Epochenfächer zerfällt, wie z.B. in Germanistik oder Geschichte: im Magisterstudium Geschichte können z.B. die Epochen Alte, Mittelalterliche sowie Neuere und Neueste Geschichte frei gewählt werden. Dabei wird die Neuere und Neueste Geschichte bevorzugt gewählt. Die Forschungs- und Lehrkapazität der einzelnen Fachteile ist jedoch am verpflichtenden Studium jedes dieser Teilfächer orientiert, wie es die Lehramtsprüfung vorsieht. Hier werden Überlegungen zur Anpassung an die veränderte Nachfragesituation nötig. Dabei kann die Universität nicht einfach bestimmte Studienmoden nachvollziehen, sondern muß wissenschaftshistorischen und wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten genauso Rechnung tragen wie dem Erfordernis einer angemessenen Grundausstattung für die einzelnen Fachteile.

Ersatz: Magister Artium

Auswirkungen

Die Zahl der Abschlußprüfungen zeigt eine erfreuliche Entwicklung. Die Statistik des Jahres 1983 (die Zahlen für das Jahr 1984 sind noch nicht vollständig!) ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert:

Anlage 3:
Absolventenstatistik

- Die Gesamtzahl der ersten berufsqualifizierenden Abschlüsse hat sich von 3.831 im Jahr 1982 um 18% auf 4.555 im Jahr 1983 erhöht. Sie erreicht damit – nach einem Rückgang von 1976 bis 1980, der durch den Rückgang der Grund- und Hauptschulabschlüsse bedingt war – einen neuen Höhepunkt. Dabei übertrifft die Zunahme der Abschlüsse seit 1980/81 deutlich den Zuwachs bei den Studentenzahlen rund 6 Jahre zuvor. Wenn der außerordentliche Zuwachs 1983 auch zum Teil auf Sonderentwicklungen zurückzuführen ist – 1983 war das letzte Jahr, in dem grundständige Promotionen zum Dr.phil. ohne Ausnahmegenehmigung möglich waren –, deutet dieses überproportionale Ansteigen der Abschlüsse doch auch darauf hin, daß wenigstens ein Teil der Studierenden die heutigen Herausforderungen durch den Arbeitsmarkt nicht mit Studienzeitverlängerung, sondern umgekehrt mit einem zügigen Studium und rechtzeitigem Abschluß beantwortet.
- Eine bemerkenswerte Entwicklung findet beim Magister Artium statt: Während dieser Abschluß früher eine eher vernachlässigbare Größe darstellte, zählt er mittlerweile zu den quantitativ bedeutendsten der Universität, wobei die Abschlußzahl 1984 nochmals kräftig anstieg (sie betrug 1984 – diese Zahl liegt uns schon vor – 730). Er zählt zu den Abschlüssen mit den höchsten Zuwachsraten (1983 und 1984 gegenüber dem Vorjahr jeweils über 30%) und wird in der Gesamtzahl nur noch von den medizinischen Staatsexamina übertroffen. In dieser Entwicklung spiegelt sich mit entsprechender Zeitverzögerung die Zunahme der

Zunehmende Zahl an Abschlüssen

Zahl der Magisterstudenten wider. Der Magisterstudiengang hat sich inzwischen zum zahlenmäßig stärksten Ausbildungsbereich der Universität entwickelt: im laufenden Wintersemester sind mehr als 17.000 Studierende im Magisterstudiengang immatrikuliert. Der außerordentlich hohe Zuwachs der Abschlußzahlen in den beiden letzten Jahren ist allerdings auch darauf zurückzuführen, daß die Magister-Prüfung jetzt verpflichtender erster Abschluß in den Geisteswissenschaften ist.

- Mit einer Steigerung von ebenfalls über 30% gegenüber dem Vorjahr ist auch der Anstieg der juristischen Staatsexamina im Jahr 1983 überproportional. Wie beim Magisterstudiengang entspricht dieser Steigerung der Abschlüsse eine Zunahme der Studienanfängerzahlen 5 bis 6 Jahre zuvor; diese Steigerung war aber hier wie dort nicht so ausgeprägt, daß sie die Entwicklung der Abschlußzahlen vollständig erklären könnte. Die erfreulich hohen Abschlußzahlen berechtigen so auch bezüglich des Studienverhaltens zu der Hoffnung, ein rechtzeitiger Abschluß könne mindestens für einen Teil unserer Studierenden wieder ein erstrebenswertes Ziel darstellen.

II.

*Arbeit des
Senates*

Die Arbeit des Senats wird wesentlich geprägt durch die Mitwirkung bei der Besetzung von Professuren und die Arbeit an den Satzungen der Hochschule, das sind in den meisten Fällen akademische Prüfungsordnungen und Studienordnungen. Diesen Bereichen kommt im Selbstverständnis einer wissenschaftlichen Hochschule vorrangige Bedeutung zu, zählen sie doch zum Kernbereich der Hochschulautonomie.

*Selbst-
ergänzung des
Lehrkörpers*

Der Senat verabschiedete im Berichtszeitraum 54 Berufungslisten, darunter 13 Berufungsvorschläge für C 4-Professuren, 11 für C 3-Professuren und 30 für C 2-Professuren.

Anlage 4: Beru-
fungen im aka-
demischen Jahr
1983/84

44 Berufungsverfahren konnten erfolgreich abgeschlossen werden: 10 C 4-Professoren, 15 C 3-Professoren und 19 C 2-Professoren erhielten im Berichtszeitraum ihre Ernennungsurkunden. 23 der 44 Neuberufenen gehören der Medizinischen Fakultät an. Alle C 4-Professoren wurden von auswärts berufen; auch die C 2- und C 3-Berufungen erfolgten überwiegend von auswärts, wenn man vom klinisch-medizinischen Bereich abieht, für den besondere Bedingungen gelten.

*Prüfungs- und
Studienord-
nungen*

Außerdem befaßte sich der Senat 23mal mit Prüfungsordnungen. Endgültig erlassen werden konnten wegen der immer aufwendiger werdenden rechtsaufsichtlichen Prüfung allerdings nur sechs Prüfungsordnungen. Bei dieser Arbeit hatte sich die Universität gelegentlich des Versuchs der Kultusverwaltung zu erwehren, durch Maßgaben, die über die rechtsaufsichtliche Prüfung hinausgingen, auch inhaltlichen Einfluß auf die Prüfungsordnungen zu nehmen. Auch der Konflikt mit der Kultusverwaltung um die Regelstudienzeit hält an. Die Universität wehrt sich zur Zeit in einem Verwaltungsgerichts-Verfahren gegen einen Oktroi des Kultusministeriums zur Regelstudienzeit im Magisterstudiengang und im Studiengang Diplom-Kaufmann.

Im Sommer 1984 befaßte sich der Senat mit dem Bericht der von der Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft eingesetzten Expertenkommission zur Untersuchung der Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes.

Auf der Grundlage einer von der Ständigen Kommission für Hochschulplanung erarbeiteten Stellungnahme hat der Senat den Empfehlungen der Expertenkommission insoweit zugestimmt, als diese keine einschränkenden Auswirkungen auf die derzeit in Bayern bestehenden Regelungen haben. Widersprochen wurde der Empfehlung, daß bei der Zusammensetzung des Senats neben das Prinzip der Gruppenvertretung der Grundsatz der Fachvertretung in Form einer Amtsmitgliedschaft der Dekane treten solle. Eine Vergrößerung der Zahl der Senatsmitglieder über die jetzige hinaus würde die Arbeit und Entscheidungsfindung im Senat erheblich erschweren. Außerdem hat sich die an unserer Universität getroffene Regelung bewährt, die eine beratende Teilnahme der Dekane an den Senatssitzungen vorsieht (vgl. § 9 der Grundordnung).

Ebenso hat der Senat den Empfehlungen der Expertenkommission hinsichtlich der Abschaffung der C 2-Professur im gegenwärtigen Zeitpunkt widersprochen.

Inzwischen liegt der Entwurf der Bundesregierung vom 18.12.1984 zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes vor, der die Einwände des Senats weiterbestehen läßt und neue Probleme aufwirft.

III.

Im Jahresbericht 1982/83 wurde aufgezeigt, wie zwar die Aufgaben der Universität ständig zunehmen, die Ressourcen in den Bereichen Personal, Mittel und Räume jedoch stagnieren oder zurückgehen. An dieser Situation hat sich nur partiell etwas geändert.

Wenn es nach dem Willen der Finanzministerkonferenz geht, sollen die Universitäten die Zeit der hohen Studentenzahlen bis Mitte der 90er Jahre ohne Verstärkung ihrer Ressourcen überstehen. Konkret würde das eine nochmalige Erhöhung der Lehrdeputate bedeuten mit der Folge, daß Forschung an der Hochschule für viele Professoren unmöglich würde.

Die Universität hofft, bessere Einsicht an anderer Stelle möge dieses Programm verhindern, das schon bei Realisierung in einem einzigen Bundesland aufgrund der höchstrichterlichen Rechtsprechung („gleichmäßige und erschöpfende Ressourcennutzung“) im Zulassungsbereich bundesweit verbindlich werden könnte.

Im Personalbereich macht die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses Sorgen: An allen deutschen wissenschaftlichen Hochschulen besteht – ähnlich wie an der Ludwig-Maximilians-Universität – (vgl. die als Anlage 5 beigefügte Grafik „Voraussichtliches Ausscheiden der Professoren“) derzeit und in den kommenden Jahren ein ungewöhnlich geringer Ersatzbedarf an Professoren. Eine jährliche Erneuerungsrate von 4 – 5% der besetzten Professuren, wie sie bei ausgeglichener Altersstruktur gege-

Stellungnahme zur Reform des Hochschulrahmengesetzes

Ressourcen: Personal

Finanzminister: Keine Hilfe für die Universitäten während des „Studentenberges“

Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses

ben wäre, würde eine angemessene Chance für den Hochschullehrernachwuchs darstellen. Die Erneuerungsrate liegt derzeit bundesweit jedoch unter 2% und ist in einer Reihe von Fächern gleich Null, so daß die Aussichten für einen habilitierten Nachwuchswissenschaftler, als Professor berufen zu werden, außerordentlich schlecht sind. Der Bayerische Landtag hat im November letzten Jahres ein Programm zur Förderung von hochqualifizierten Nachwuchswissenschaftlern beschlossen. Es sieht vor, daß in den nächsten vier Jahren je 20 Professorenstellen der Besoldungsgruppen C 2 und C 3 bereitgestellt werden, um den besten Privatdozenten eine Möglichkeit zu eröffnen, an den Universitäten zu bleiben. Diese Stellen sollen, wenn sie durch Wegberufung der Stelleninhaber frei werden, ab Mitte des nächsten Jahrzehnts wieder eingezogen werden. Diese Initiative des Bayerischen Landtags ist von den Universitäten dankbar begrüßt worden. Wenn auch noch manche Wünsche offen bleiben und im Vollzug gewisse Schwierigkeiten zu überwinden sind, so stellt dieses Programm doch einen entscheidenden Schritt dar, der von den Universitäten lange gefordert worden war. Es ist zu hoffen, daß die anderen Bundesländer in nächster Zeit mit ähnlichen Programmen folgen werden.

Der Prozeß der Ablösung der wissenschaftlichen Assistenten alter Art, die Widerrufsbeamte waren, durch Akademische Räte auf Zeit ist – mit Ausnahme der klinischen Medizin – inzwischen abgeschlossen. Während im Berichtszeitraum noch 122 wissenschaftlichen Assistenten durch Widerruf ihres Beamtenverhältnisses gekündigt werden mußte, entfällt diese Notwendigkeit außerhalb der klinischen Medizin in Zukunft. Die Ablösung des Widerrufsbeamtentums durch das auf 6 Jahre befristete Zeitbeamtenverhältnis bedeutet, daß künftig Habilitationsverfahren zügiger abgewickelt werden müssen.

*Ministerrats-
konzept
„Abbau von
Lehramtsstudien-
plätzen“*

Viel Arbeit und Sorge hat der Hochschulleitung, dem Senat und den betroffenen Fakultäten und Instituten im Akademischen Jahr 1983/84 das Konzept des Bayerischen Ministerrats zum Abbau von Lehramtsstudienplätzen bereitet. Dieses Konzept sieht für die Universität München die Sperre von 69 Stellen aus dem Bereich der sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächer vor, insoweit diese Fächer an der Ausbildung von Lehramtskandidaten beteiligt sind. Die Stellen sollten aus diesen Fächern abgezogen und an andere Fächer innerhalb der Universität mit Ausnahme der Medizin weitergegeben werden. Nun beruht dieses Konzept im Kern auf einer merkwürdigen Rechnung: Nach dem Hochschulgesamtplan soll die Universität München bekanntlich auf 25.000 Studienplätze „ausgebaut“ werden. Der Senat hat diese Zahl nie akzeptiert. Der Universität wurde stets versichert – und dies im Hochschulgesamtplan selbst –, diese Zielzahl 25.000 beziehe sich auf den *räumlichen* Ausbau; die *personelle* Ausstattung der Universität München habe sich an den tatsächlichen Studentenzahlen auszurichten (HGP 1980 Punkt 4.9.1.5 (3)). Von dem „Ausbauziel 25.000 Studienplätze“ entfallen auf die Sprach- und Kulturwissenschaften nach dem Hochschulgesamtplan 8.000. Das Konzept rechnet nun der Ludwig-Maximilians-Universität vor, sie habe in den sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächern, gemessen an der Zielzahl

8.000, 69 Stellen zuviel. Tatsächlich studieren derzeit an unserer Universität über 25.000 Studenten allein in den Sprach- und Kulturwissenschaften. Mit einem rechnerischen Überhang von 69 Stellen in diesem Bereich wird also mehr als die dreifache Ausbildungsleistung erbracht. Dabei machen die Studienanfänger für das Lehramt in diesen Fächern derzeit im Durchschnitt weniger als 15% aus.

Der Senat hat sich bislang nicht in der Lage gesehen, der Aufforderung des Ministeriums zu entsprechen und einen Sperrreplan vorzulegen. Er wird sich aber im kommenden Semester erneut mit dem Problem befassen müssen.

IV.

Bereits im Jahresbericht 1982/83 wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß sich die Schere zwischen Kaufkraftschwund und Aufgabenzuwachs insbesondere im Lehrbereich einerseits und die Dotierung der Universität mit Mitteln für Forschung und Lehre (Titelgruppen 73 und 76) andererseits in den vergangenen 10 Jahren ständig weiter geöffnet hat: gemessen am Kaufkraftschwund hat die Universität von 1975 bis 1983 rund 30% Verlust erlitten, ein Verlust, der sich bei Berücksichtigung der Aufgabemehrung nochmals vergrößert.

Dieser Verlust konnte natürlich nicht wettgemacht werden; die Universität erhielt zwar 1984 in der Titelgruppe 73 mit knapp 20,1 Mio DM nominell etwa 3% mehr Mittel zugewiesen als im Vorjahr, und die Titelgruppe 76 verbuchte sogar einen Zuwachs von nominell 7%; die Zuweisung lag 1984 bei rund 7,1 Mio DM. (Die genannten Beträge sind Bruttobeträge; die verfügbaren Nettobeträge lagen um 12 – 15% darunter.) Die Situation hat sich 1984 gegenüber 1983 nicht wesentlich geändert. Es bleibt jedoch berechtigte Hoffnung, daß der Doppelhaushalt 1985/86 eine gewisse Entlastung bringen wird.

Der Senat der Universität hat bei seinen Vorschlägen für die Haushaltsaufstellung eine angemessene Erhöhung der Titelgruppe 73 zum Schwerpunkt des Haushaltsentwurfs für 1985/86 erklärt und gefordert, daß der für die Universität München vorgesehene Ansatz auch die hohen Studentenzahlen berücksichtigt. Der Haushaltsentwurf der Staatsregierung sah einen Zuwachs von 4% vor, der kaum die Preissteigerung bei Büchern und wissenschaftlichen Geräten deckt. Der Bayerische Landtag hat bei den Haushaltsberatungen beschlossen, die Ansätze bei der Titelgruppe 73 für die bayerischen Universitäten noch einmal um je 4 Mio DM in den Jahren 1985 und 1986 anzuheben. Wenn das Kultusministerium im Vollzug des Haushalts den entsprechenden Mehrbetrag pauschal an die Universität weitergibt, wird es möglich sein, die Haushaltsansätze der Institute gegenüber dem Vorjahr um 7% zu erhöhen und außerdem die Mittel der Universitätsbibliothek wesentlich anzuheben. Schließlich könnte aus dieser Mittelerhöhung eine Verfügungsreserve für Berufungsverfahren gebildet werden. In zahlreichen Berufungsverfahren wurde die relativ

Sachmittel

Anlage 7:
Grafik
„Entwicklung
der wichtigsten
Ausgabearten ..“

*Kaufkraft-
verluste nicht
aufgeholt*

*Titelgruppe 73
Schwerpunkt
des Haushalts-
entwurfs*

schlechte Sachmittelausstattung unserer Universität offenkundig. Berufungsverfahren scheiterten mehrmals mit Hinweis auf die schlechtere Institutsausstattung und die größere Ausbildungslast, die bei Rufannahme an der Universität München zu übernehmen ist.

Rolle des Haushaltskapitels 0528 des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Nach dem Beschluß des Bayerischen Landtags wird die Erhöhung der Mittel nicht bei den Einzelkapiteln der Universitäten, sondern beim Sammelansatz des Kultusministeriums (Kapitel 0528) ausgebracht. Damit die zusätzlichen Mittel den vorgesehenen Zweck erfüllen können, müssen sie der Universität pauschal weitergegeben und künftig in ihrem Haushaltskapitel etatisiert werden, denn sie sollen ja zur Deckung laufender Ausgaben dienen. Die Mittel aus dem Sammelansatz fließen den Universitäten zwar auch zu, jedoch jeweils nur einmalig und auf besonderen Antrag im Laufe des jeweiligen Haushaltsjahres. Dieser Sammelansatz des Kultusministeriums hatte ursprünglich die Funktion einer Eingreifreserve für Not- und Sonderfälle. Er ist in den vergangenen zehn Jahren erheblich stärker erhöht worden als die Mittel der Universitäten. Im Haushaltsjahr 1975 standen der Universität München in den Titelgruppen 73 und 76 zusammen nominell 23,2 Mio DM zur Verfügung, während der Ansatz beim Kultusministerium für alle bayerischen Universitäten 3 Mio DM vorsah. Im Haushaltsjahr 1984 betrug die Haushaltsmittel der Universität 28,1 Mio DM, also 21% mehr als 1975, während der Sammelansatz des Ministeriums auf 12,7 Mio DM angehoben worden war, was gegenüber 1975 einer Steigerung um 423% entspricht. Diese Entwicklung setzt sich im Haushaltsplan für den nächsten Doppelhaushalt verstärkt fort. Der Sammelansatz dient also offensichtlich zusätzlich anderen Zwecken als denen, für die er ursprünglich eingerichtet wurde. Das Kultusministerium betreibt heute mit diesen Mitteln Forschungsförderung. Hiergegen sprechen insbesondere folgende Gründe:

Problematik einer Forschungsförderung durch das Kultusministerium

1. Die Erhöhung des Sammelansatzes wurde durch Umschichtung im Kultushaushalt erreicht. Die jährlichen Erhöhungen der Haushaltsansätze der Universität blieben weit hinter der Preisentwicklung zurück. Die Mittel im Sammelansatz fehlen also der Universität, um die laufenden Ausgaben bestreiten zu können.
2. Auch die zentralen Gremien der Universität verteilen die global zugewiesenen Mittel nicht nur gleichmäßig auf die Institute, sondern setzen auch gewisse Schwerpunkte z.B. bei Berufungsverhandlungen, bei der Ergänzung der Grundausstattung, wo dies notwendig ist, um Drittmittel für Forschungsprojekte einzuwerben oder um eine offensichtliche Notlage zu beheben. Es ist nicht sachgerecht, daß daneben auch das Kultusministerium mit derartigen Einzelanträgen in größerem Umfang befaßt wird. Zum einen ist der Fachverband bei der Universität angesiedelt, in deren Gremien überwiegend Wissenschaftler vertreten sind; zum anderen verlängert die Entscheidung im Ministerium den Weg des Antrages und macht das Verfahren schwerfälliger und bürokratischer.
3. Soweit das Ministerium mit den Mitteln des Sammelansatzes Projektförderung betreibt, ist eine solche Aktivität parallel zur DFG und anderen Forschungsförderungsorganisationen abzulehnen. Denn das Ministerium

verfügt nicht über ein eingespieltes Gutachtersystem, ohne das eine sinnvolle Forschungsförderung dieser Art nicht möglich ist.

Die Universität betrachtet deshalb die steigenden Mittel beim Sammelansatz des Ministeriums mit Sorge und ist bestrebt, dieser Entwicklung zu Lasten des Universitätshaushalts entgegenzutreten.

Je schwieriger die Situation beim Staatshaushalt, desto wichtiger sind die Mittel, die die „Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität“ für Vorhaben und Projekte zur Verfügung stellt, die anders nicht finanziert werden könnten. Die Gewährung von Geldern durch die Universitätsgesellschaft z.B. für

Exkursionen, Gastvorträge und Literaturbeschaffung

wirft ein bezeichnendes Licht auf die mangelhafte Finanzierung der Universität durch den Staat.

Neben solchen Ersatzfinanzierungen ist es der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität möglich, die Forschung der Universität in einem thematisch weitgespannten Rahmen zu unterstützen. Insgesamt stand dafür 1984 ein Betrag von rund 4 Mio DM zur Verfügung.

Die Universität dankt allen Spendern und der Universitätsgesellschaft für dieses Engagement und bittet weiterhin um Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Wirken der „Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität“

V.

Die im letzten Jahresbericht für die räumliche Situation als erschwerend genannten Faktoren blieben im wesentlichen unverändert; der Erhaltungszustand vieler Räumlichkeiten ist nach wie vor unzureichend. Dies gilt insbesondere für viele Hörsäle, die sich in schlechtem baulichen Zustand befinden. Die bisher kaum gestiegenen Mittel für den Bauunterhalt und für kleine Baumaßnahmen müssen zu einem großen Teil dafür aufgewendet werden, Sicherheitsauflagen der verschiedensten Behörden zu erfüllen. Ihrem eigentlichen Zweck, der Substanzerhaltung bzw. deren Verbesserung, werden sie damit entzogen.

Bau- und Raumbestand

Schwierigkeiten bei der Substanzerhaltung

Weitgehend abgeschlossen werden konnte im Bereich der theoretischen Medizin die Sanierung des Anwesens Goethestraße 31, das der Universität Anfang der 70er Jahre nach dem Auszug des Max-Planck-Instituts für Biochemie übertragen wurde. Insbesondere das Institut für Immunologie, das provisorisch in der Schillerstr. 42 untergebracht war, aber auch die Humangenetik und die medizinische Psychologie erhalten hier dem neuesten Stand der Technik und Wissenschaft entsprechende Arbeitsmöglichkeiten.

Einzelmaßnahmen: Goethestraße 31 (Biochemie)

Begonnen wurde mit der Sanierung eines kleineren Gebäudes, dem im Rahmen der Förderung kleiner Fächer jedoch eine besondere Bedeutung zukommt: Das seit 1973 der Universität gehörende ehemalige Druckereigebäude in der Kaulbachstraße 51a wird für die Ostasienkunde instandgesetzt. Das derzeit in zwei Anmietungen mit unterschiedlichen Adressen untergebrachte Institut kann im Frühjahr 1986 endlich zusammengeführt werden.

Ostasienkunde

*Sanierung
Innenstadt-
kliniken*

Weitere Fortschritte macht die Sanierung des Innenstadtlinikums. Nach der Genehmigung der „Haushaltsunterlage Bau“ für den ersten Bauabschnitt der Nervenklinik sowie den ersten Bauabschnitt der Chirur- gischen Klinik konnte mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Zahnklinik

Im Frühjahr 1984 konnte die Klinik für Zahn-, Mund- und Kiefer- krankheiten den Neubau der Poliklinik für Zahnerhaltung und Parodon- tologie sowie Teile der Poliklinik für zahnärztliche Prothetik und Kiefer- orthopädie beziehen. Durch die damit verbundene Erweiterung wurde Platz für zusätzliche Behandlungseinheiten und für zusätzliches wissen- schaftliches Personal geschaffen. Die Ausbildungskapazität der Zahnkli- nik konnte so um 26 Studienplätze pro Jahr, d.h. etwa 30% erhöht wer- den.

*Türkenkaserne:
„Bauabschnitt 3“*

Nach wie vor ungeklärt ist die von der Universität mit Nachdruck ge- forderte Bebauung des ehemaligen Türkenkasernengeländes für Zwecke der Naturwissenschaften, obwohl die Fächer bereits Ende 1983/Anfang 1984 die vom Kultusministerium erbetenen neuen Raumprogramme vor- gelegt haben. Das Ministerium hat dagegen eine Reihe von Einwänden er- hoben und verlangt insbesondere, den Gesamtumfang zu reduzieren, um ihn mit den Vorgaben des Hochschulgesamtplans in Einklang zu bringen. Darin war, gegen den Willen der Universität, das Ausbauziel der Natur- wissenschaften zugunsten der Forstwissenschaften verringert worden. Die Universität sieht sich nun gezwungen, ein reduziertes Raumpro- gramm aufzustellen, damit die Planung der dringend benötigten Instituts- Neubauten, in denen auch das Genzentrum untergebracht werden soll, endlich begonnen werden kann.

*Konzept
Tiermedizin*

Das von der Tierärztlichen Fakultät erarbeitete Konzept zur räumli- chen Neugliederung wird in den nächsten Jahren mit Nachdruck verfolgt werden müssen, um den lange Zeit vernachlässigten Stammbereich in der Veterinärstraße sanieren und die baulich veralteten Anlagen auf dem Oberwiesenfeld aufgeben zu können. Geplant ist eine Zusammenführung der Fakultät auf zwei Standorte, das Stammgelände und eine dem Lehr- und Versuchsgut gehörende Fläche in Oberschleißheim. Erste Gespräche mit der Gemeinde Oberschleißheim und der Stadt München haben bereits stattgefunden.

VI.

Forschung

Die Forschung an unserer Universität wird in vielen Bereichen durch die hohe Studentenzahl, die unzureichende Grundausstattung und die be- engten Raumverhältnisse erschwert. Trotz dieser Schwierigkeiten gibt es erfreuliche und ermutigende Anzeichen dafür, daß in allen Fakultäten er- folgreich geforscht wird. Dafür sprechen über 10.000 wissenschaftliche Veröffentlichungen, die in unserer Jahresbibliographie aufgeführt sind. Auch die zahlreichen Preise und wissenschaftlichen Ehrungen, mit denen Mitglieder des Lehrkörpers unserer Universität, aber auch viele junge Nachwuchswissenschaftler ausgezeichnet werden, sind ein Beweis für die Leistungen in der Forschung. Weiterhin ist in diesem Zusammenhang die große Zahl der Einladungen zu erwähnen, die Mitglieder unserer Univer-

sität von Hochschulen und anderen Forschungsstätten im In- und Ausland erhalten. Schließlich zeugt auch die große Zahl ausländischer Gastwissenschaftler davon, daß unsere Universität attraktiv ist.

In diesem Zusammenhang soll ein Problem angesprochen werden, das uns große Sorge bereitet: Das Gästehaus in der Titurelstraße, in dem wir bisher einige unserer ausländischen Gäste unterbringen konnten, steht uns ab Beginn dieses Jahres nicht mehr zur Verfügung. Die Errichtung eines Internationalen Begegnungszentrums ist deshalb vordringlich. Für diesen Zweck hat die Universität Ende 1983 ein Erbbaurecht auf dem staatseigenen Anwesen Amalienstraße 38 erhalten. Der Baubeginn verzögert sich wegen finanzieller und rechtlicher Probleme. Die Universitätsleitung bemüht sich mit Nachdruck, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Im übrigen ist für die Situation der Forschung an unserer Universität folgendes bemerkenswert:

- Für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind die Promotionen und Habilitationen kennzeichnend. Ihre Zahl erreichte an der Universität München mit 1.120 Promotionen und 81 Habilitationen im Jahre 1983 einen neuen Höchststand.
- Die eingeworbenen Drittmittel überstiegen auch 1984 die im Staatshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel für Lehre und Forschung.
- Im Jahre 1984 wurden zwei neue Sonderforschungsbereiche beantragt und bewilligt. Die Universität München ist derzeit Sprecherhochschule für fünf Sonderforschungsbereiche; an sieben weiteren ist sie beteiligt.
- Im Frühjahr 1984 wurde das „Laboratorium für Molekularbiologie – Genzentrum“ als Zentrale Einrichtung der Universität errichtet und im Mai in Anwesenheit des Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. h.c. Franz Josef Strauß, und des Bundesministers für Forschung und Technologie, Dr. Heinz Riesenhuber, feierlich eröffnet.
- Im Herbst 1984 konnten wir das zehnjährige Bestehen des Klinikums Großhadern feiern. Es hat sich im ersten Jahrzehnt zu einer der erfolgreichsten und angesehensten Stätten klinischer Forschung entwickelt.

Im Berichtszeitraum konnte wiederum eine Reihe von Kooperationsvereinbarungen mit ausländischen Universitäten abgeschlossen werden. Dabei verdient das Abkommen mit der Universität Padua besondere Erwähnung, weil dafür jährlich Mittel des Freistaates Bayern in Höhe von DM 15.000,-- zur Verfügung stehen.

VII.

Von den zahlreichen Ereignissen des akademischen Jahres 1983/84, die in einer Chronik zu verzeichnen wären, sollen drei ausdrücklich erwähnt werden. Sie sind für die Beziehung zwischen der Universität und der Öffentlichkeit besonders bedeutungsvoll:

Auch im akademischen Jahr 1983/84 gelang es der Kommission für die Ringvorlesung wieder, zwei Vorlesungszyklen zu organisieren, die auf Interesse auch über die Universität hinaus stießen:

Aus Anlaß des Luther-Jubiläums fanden im Wintersemester 1983/84 vierzehn öffentliche Vorträge zum Thema „Martin Luther. Sein reforma-

Anlage 6: Habilitationen im akademischen Jahr 1983/84

„Chronik“

Ringvorlesungen

torisches Werk und die Kultur der Neuzeit“ statt; die Vorlesungsreihe des Sommersemesters 1984 beschäftigte sich in zehn Vorträgen mit dem „Weg der Bundesrepublik Deutschland“.

*Konstituierende
Sitzung des
Kuratoriums*

Am 20. Februar 1984 trat das vom Senat bestellte Kuratorium zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Es bestimmte dabei den Präsidenten der Bayerischen Landesbank und ehemaligen Bayerischen Kultusminister, Dr. Ludwig Huber, zu seinem Vorsitzenden, und den Landesvorsitzenden des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Dr. Wilhelm Arendts, zum Stellvertreter. Anhand des Jahresberichtes 1982/83 beschäftigte sich das Kuratorium insbesondere mit den Raum- und Bauproblemen der Universität (Bebauung des Türkenkasernengeländes, Errichtung eines Internationalen Begegnungszentrums), mit den Schwierigkeiten der Universität bei der Sachmittelausstattung sowie mit den Problemen, die den geisteswissenschaftlichen Absolventen durch den Ausfall der Anstellungschancen als Lehrer erwachsen. Die Universität dankt auch an dieser Stelle den Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich als Kuratoriumsmitglieder zur Verfügung gestellt haben, für ihre aktive Verbundenheit mit der Ludwig-Maximilians-Universität.

*Wiedereröffnung
der Aula
mit dem 512.
Stiftungsfest*

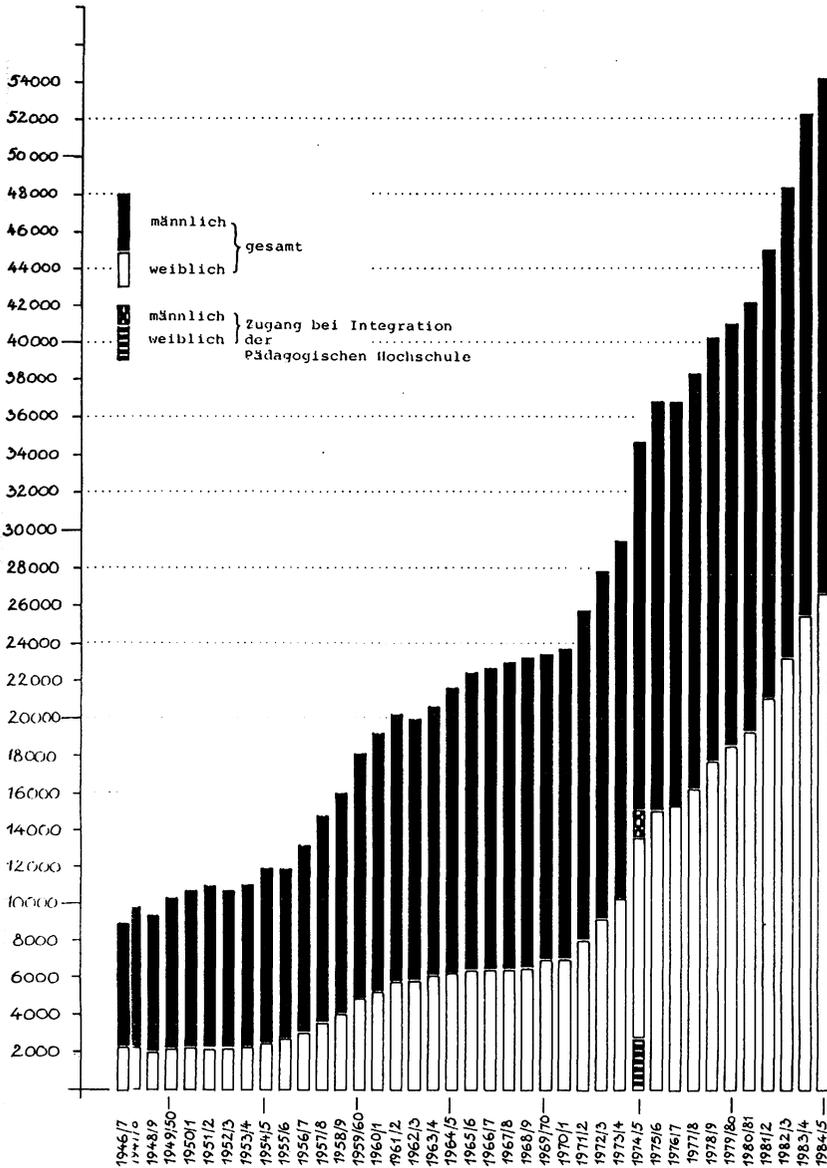
Am 26. Juni 1984, anlässlich des 512. Stiftungsfestes der Ludwig-Maximilians-Universität, wurde die Aula wiedereröffnet. – Die Aula, zu Anfang dieses Jahrhunderts von G. Bestelmeyer errichtet, mußte 1968 wegen statischer Mängel teilweise gesperrt werden. Dank unbürokratischer Hilfe durch den Landtag und das Kultusministerium war es in den beiden vergangenen Jahren möglich, sie zugleich bautechnisch zu sanieren und zu restaurieren. Die Wiedereröffnung dieses Festraumes der Universität mit seiner hervorragenden Akustik verband sich mit der Neubelebung der Tradition des Stiftungsfestes nach einer Unterbrechung von 17 Jahren.

Bei dieser Gelegenheit wurden auch zum erstenmal die Förderpreise für hervorragende Promotionen und Habilitationen verliehen, die die Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität München gestiftet hat, wofür ihr auch an dieser Stelle ausdrücklich gedankt sei.

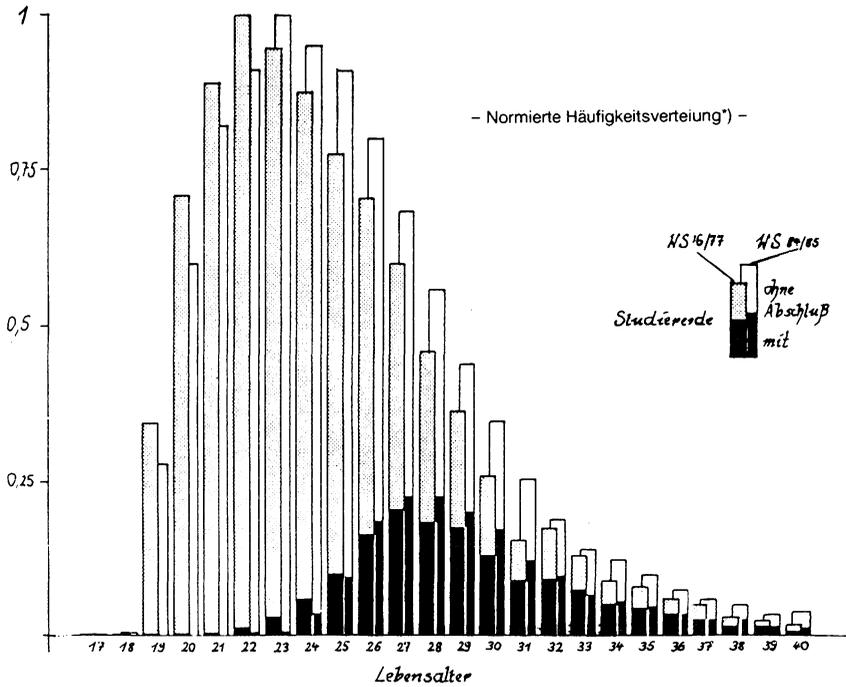
Die Universität gerät durch die permanent wachsende Studentenzahl und durch die ständig sich erweiternden Forschungs- und Lehraufgaben in eine von Jahr zu Jahr steigende Spannung. Wenn sie ihre Innovationskraft und ihren wissenschaftlichen Anspruch wahren will, bedarf sie weiterhin einer hohen eigenen Bereitschaft zur Anpassung an die aktuell erschwerten Bedingungen, aber unter allen Umständen auch einer entsprechenden Unterstützung von außen, nachdem sie einen Teil ihrer ursprünglichen Autonomie an staatliche Instanzen abgegeben hat. Für die Ludwig-Maximilians-Universität ergeben sich aus ihrem qualitativen Anspruch und dem hohen Zuspruch für Forschung und Lehre besondere Erfordernisse. Durch das Anlegen egalisierender Maßstäbe durch die staatliche Administration dürfen ihr hierbei keine Nachteile erwachsen.

Die Universitätsleitung dankt allen Mitgliedern der Universität und all ihren Freunden und Förderern für die Tatkraft, mit der sie die gegenwärtige außerordentliche Belastung bewältigen.

Ludwig-Maximilians-Universität: Anlage 1
 Studentenzahlen 1946-85



**Anlage 2 Ludwig-Maximilians-Universität:
Altersstruktur der Studierenden**



*) Normierung: Maxima = 1
 Maxima in absoluten Zahlen: WS 76/77: 4.121; WS 84/85: 5.649

Ludwig-Maximilians-Universität: Anlage 3
Absolventen-Statistik

	1976		1977		1978		1979		1980		1981		1982		1983	
	abs.	%														
A - Staatsexamen	3.219	74,0	3.172	75,3	3.054	73,1	2.802	71,0	2.496	68,3	2.302	63,6	2.301	60,0	2.715	59,6
1. Lehrämter	2.001	46,1	2.189	51,9	1.779	42,6	1.499	38,6	1.176	32,2	920	25,4	859	22,4	1.017	22,3
1.1 Gymnasien	420	9,7	509	12,0	611	14,6	491	12,7	507	13,9	480	13,3	463	12,1	527	11,6
1.2 Realschulen	313	7,2	324	7,7	294	7,0	157	4,1	159	4,4	122	3,4	140	3,6	141	3,1
1.3 Grund/Hauptschulen	1.079	24,9	1.144	27,1	624	14,9	550	14,2	397	10,9	230	6,4	155	4,0	213	4,7
1.4 Sonderschule	189	4,4	212	5,0	250	6,0	301	7,9	113	3,1	88	2,4	101	2,6	136	3,0
2. Jurist. Staatsprüfung	304	7,0	313	7,4	336	8,1	359	9,3	428	11,7	410	11,3	427	11,1	558	12,3
3. Med., Zahn- u.Vet.Med.	739	17,0	527	12,6	761	18,2	774	18,7	774	21,2	809	22,4	829	21,6	997	21,8
4. Pharm./Lebensm.Chemie	175	4,0	143	3,4	178	4,3	170	4,4	118	3,2	163	4,5	186	4,8	143	3,1
B - Theol.Aufnahmeprüfung (Kirchl.Prüfung)	12	0,3	10	0,2	10	0,2	16	0,4	31	0,8	31	0,9	17	0,2	26	0,6
C - Universitätsabschlüsse	1.115	25,7	1.033	24,5	1.122	26,9	1.111	28,6	1.126	30,8	1.316	36,4	1.505	39,4	1.814	39,9
5. Diplome	891	20,6	764	18,1	824	19,7	813	20,9	802	22,0	855	23,6	973	25,5	1.076	23,6
5.1 Naturwissenschaften ¹	255	5,9	234	5,5	248	5,9	254	6,4	264	7,2	304	8,4	367	9,5	355	7,8
5.2 Wirtsch.- u.Sozialw. ²	612	14,1	513	12,2	563	13,5	536	13,8	497	13,6	489	13,5	550	14,3	673	14,7
5.3 Theologie	24	0,6	17	0,4	13	0,3	23	0,6	41	1,1	62	1,7	56	1,6	48	1,1
6. Magister Artium u.theol.	131	3,0	155	3,7	196	4,7	228	5,8	260	7,1	390	10,8	428	11,1	563	12,4
7. Promotionen (grundständig)	91	2,1	105	2,5	93	2,2	65	1,6	57	1,6	68	1,9	100	2,6	171	3,8
8. Sonstige: Lic.jur.can.	-	-	1	0,02	1	0,02	2	0,05	1	0,02	-	-	1	0,02	-	-
Lic.theol.	-	-	1	0,02	3	0,07	-	-	2	0,05	-	-	1	0,02	2	0,04
Theol.Abschl.Examen	1	0,02	7	0,2	5	0,1	3	0,08	3	0,09	3	0,09	2	0,04	2	0,04
Baccalaureat	1	0,02	-	-	-	-	-	-	1	0,02	-	-	-	-	-	-
S u m m e A - C (berufsqualif.Abschlüsse)	4.346	100	4.215	100	4.176	100	3.929	100	3.653	100	3.618	100	3.831	100	4.555	100
D - Aufbau-Abschlüsse	825	100	785	100	812	100	832	100	887	100	843	100	910	100	949	100
9. Promotionen	825	100	785	100	812	100	832	100	887	100	843	100	910	100	949	100
9.1 Naturwissenschaften ¹	145	17,6	135	17,2	156	19,2	116	14,0	133	15,0	122	14,5	131	14,4	112	11,8
9.2 Geisteswissenschaften ³	85	10,3	90	11,5	93	11,4	90	10,8	86	9,7	77	9,1	86	9,4	115	12,1
9.3 Wi.-Sozialwiss./Jus	73	8,8	79	10,0	68	8,4	76	9,1	62	7,0	69	8,2	66	7,2	73	7,7
9.4 Med., Zahn- u.Vet.Med.	522	63,3	481	61,3	495	61,0	550	66,2	606	68,3	575	68,2	627	69,0	649	68,4
S u m m e A - D	5.171		5.000		4.988		4.761		4.540		4.461		4.733		5.504	
(E - Habilitationen)	70		82		63		70		65		56*		82		81**	

¹einschl. Mathematik und Forst; ²hier: einschl. Psychologie, Journalistik und Politologie; ³einschl. Theologie;
abs. = absolut; *davon 4 Umhabilitationen; **davon 3 Umhabilitationen und 1 Erweiterungshabilitation

Anlage 4

Berufungen in der Zeit vom 1. Oktober 1983 bis 30. September 1984

Fachbereich 02

Evangelisch-Theologische Fakultät

Prof. Dr. Wolfgang *Steck*, C4-Professor für Praktische Theologie (Nachfolge Prof. Dr. Peter Kru-
sche). Habilitation 1972 an Univ. Tübingen; von Univ. Kiel berufen zum 1. April 1984

Fachbereich 05

Volkswirtschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Hans Werner *Sinn*, C4-Professor für Volkswirtschaftslehre unter besonderer Berücksichti-
gung der Versicherungswissenschaft (Nachfolge Prof. Dr. Hans Möller). Habilitation 1983 an
Univ. Mannheim; von Univ. Mannheim berufen zum 31. Juli 1984

Fachbereich 06

Forstwissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Hans-Dietrich *Quednau*, C2-Professor für Forstliche Biometrie, Ökonometrie und Da-
tenverarbeitung. Habilitation am 18.04.1979 an Univ. Bonn; von Univ. Bonn berufen zum
1. April 1984

Prof. Dr. Ing. Peter *Glos*, C3-Professor für Physikalische Holztechnologie (Nachfolge Prof. Dr. A.
Schneider); von TU München berufen zum 25. April 1984

Fachbereich 07

Medizinische Fakultät

Prof. Dr. Frank-Detlef *Goebel*, C3-Professor für Innere Medizin (Nachfolge Prof. Dr. Gröbner).
Habilitation 1978 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Oktober 1983

Prof. Dr. Heinrich *Bohmer*, C3-Professor für Chirurgie (Nachfolge Prof. Dr. Feifel). Habilitation
am 28.01.1972 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Oktober 1983

Prof. Dr. Hans-Beat *Hadorn*, C4-Professor für Kinderheilkunde (Nachfolge Prof. Dr. Betke). Ha-
bilitation 1969 an Univ. Bern; von Univ. Graz berufen zum 1. November 1983

Prof. Dr. Parviz *Mehraein*, C4-Professor für Neuropathologie (Nachfolge Prof. Dr. Stochdorph).
Habilitation am 12.01.1978 an Univ. München; von MHS Hannover berufen zum 1. November
1983

Prof. Dr. Wolfgang *Lanksch*, C3-Professor für Neurochirurgie (Nachfolge Prof. Dr. Fahlbusch).
Habilitation am 30.09.1981 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. November
1983

Prof. Dr. Edmund *Lengfelder*, C2-Professor für Strahlenbiologie – Neubesetzung –. Habilitation
1980 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. November 1983

Prof. Dr. Volker *Terruhn*, C2-Professor für Frauenheilkunde mit Schwerpunkt Kinder- und Ju-
gendgynäkologie sowie operative gynäkologische Onkologie – Neubesetzung –. Habilitation
1980 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. November 1983

BayHSchLG = Bayerisches Hochschullehrergesetz

- Prof. Dr. Hermann Rud. *Hepp*, C4-Professor für Gynäkologie und Geburtshilfe (Nachfolge Prof. Dr. Richter). Habilitation 1969 an Univ. Freiburg; von Univ. Homburg berufen zum 1. Januar 1984
- Prof. Dr. Paul *Unsoeld*, C2-Professor für Geschichte der Medizin und Pharmazie (Nachfolge Prof. Dr. Wolf). Habilitation 1979 an Univ. Marburg; von Univ. München berufen zum 29. März 1984
- Prof. Dr. Joest *Mainius*, C4-Professor für Psychiatrie des Kindes- und Jugendalters – Neubesetzung –. Habilitation am 23.11.1972 an Univ. München; von MPI für Psychiatrie München berufen zum 2. April 1984
- Prof. Dr. Klaus *Borgen*, C3-Professor für Augenheilkunde (Nachfolge Prof. Dr. Greite). Habilitation 1976 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Mai 1984
- Prof. Dr. Dr. Klaus *Hammer*, C3-Professor für Chirurgische Forschung – Neubesetzung –. Habilitation am 23.7.1975 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Mai 1984
- Prof. Dr. Walter *Lnd*, C3-Professor für Chirurgie, mit dem Schwerpunkt Transplantationschirurgie (Nachfolge Prof. Dr. Spelsberg). Habilitation am 14.12.1972 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Juni 1984
- Prof. Dr. Heiko *Dnecke*, C2-Professor für Chirurgie (Nachfolge Prof. Dr. Bohmert). Habilitation 1979 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Juni 1984
- Prof. Dr. Bernulf *Günther*, C2-Professor für Chirurgie – Neubesetzung –. Habilitation am 20.02.1980 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Juni 1984
- Prof. Dr. Christian *Keller-Lange*, C2-Professor für Innere Medizin (Nachfolge Prof. Dr. Goebel). Habilitation 1980 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Juni 1984
- Prof. Dr. Walter *Lndong*, C2-Professor für Gastroenterologie – Neubesetzung –. Habilitation 1982 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Juni 1984
- Prof. Dr. Frank *Motin*, C2-Professor für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde (Nachfolge Prof. Dr. Theopold). Habilitation am 01.07.1981 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Juni 1984
- Prof. Dr. Hanns-Kistian *Rjosk*, C2-Professor für Gynäkologie und Geburtshilfe – Neubesetzung –. Habilitation am 02.05.1981 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Juni 1984
- Prof. Dr. Elmar *Siss*, C2-Professor für Klinische Biochemie (Nachfolge Prof. Dr. Schattenkirchner). Habilitation 1976 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Juni 1984
- Prof. Dr. Eberhard *Wilmes*, C2-Professor für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde – Neubesetzung –. Habilitation 1981 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Juni 1984
- Prof. Dr. Thomas *randt*, C4-Professor für Neurologie (Nachfolge Prof. Dr. Schrader). Habilitation 1976 an Univ. Freiburg; von Univ. Essen berufen zum 1. Juli 1984
- Prof. Dr. Bernd *Biobradsky*, C2-Professor für Kinderheilkunde – Neubesetzung –. Habilitation am 22.07.1981 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 21. September 1984

Fachbereich 09

Philosophische Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften

- Prof. Dr. Dieter *Bechmeyer*, C3-Professor für Theaterwissenschaft – Neubesetzung –. Habilitation 1979 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. November 1983

Fachbereich 10

Fakultät für Philosophie, Wissenschaftstheorie und Statistik

Prof. Dr. Wolfgang Balzer, C3-Professor für Wissenschaftstheorie mit besonderer Berücksichtigung der Grundlagen der Naturwissenschaften (Nachfolge Prof. Dr. Seidl). Habilitation 1983 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. Mai 1984

Prof. Dr. Reinhard Löw, C2-Professor für Philosophie unter besonderer Berücksichtigung der Naturphilosophie (Nachfolge Prof. Dr. Pieper). Habilitation 1983 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. August 1984

Fachbereich 11

Fakultät für Psychologie und Pädagogik

Prof. DDr. Herbert Tschamler, C4-Professor für Pädagogik I (Nachfolge Prof. Dr. R. Schwarz); von Kath. Univ. Eichstätt berufen zum 1. Oktober 1983

Prof. Dr. Klaus Heinerth, C3-Professor für Pädagogische Psychologie – Neubesetzung –. Von Univ. Frankfurt/M. berufen zum 1. Oktober 1983

Prof. Dr. Baldur Kozdon, C2-Professor für Grundschuldidaktik (Nachfolge Prof. Dr. Gärtner). Habilitation 1981 an Univ. Bayreuth; von Univ. Bayreuth berufen zum 1. Februar 1984

Prof. Dr. Michael Frese, C2-Professor für Arbeitspsychologie (Nachfolge Prof. Ulrich). Von Univ. Philadelphia, USA, berufen zum 28. September 1984

Fachbereich 12

Philosophische Fakultät für Altertumskunde und Kulturwissenschaften

Prof. Dr. Ioli Kalavrezou-Maxeiner, C3-Professor für Frühchristliche und byzantinische Kunstgeschichte (Nachfolge Prof. Dr. Wessel). Von Univ. Los Angeles, USA, berufen zum 1. Oktober 1983

Prof. Dr. Henner von Hesberg, C2-Professor für Klassische Archäologie – Neubesetzung –. Habilitation am 24.06.1983 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 19. April 1984

Fachbereich 13

Phil. Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaft I

Prof. Dr. Niklas Holzberg, C2-Professor für Klassische Philologie (Nachfolge Prof. Dr. Bierbrauer). Habilitation am 23.07.1979 an Univ. Erlangen-Nürnberg; von Univ. Erlangen-Nürnberg berufen zum 1. November 1983

Prof. Dr. Georg Bossong, C3-Professor für Romanische Philologie (Sprachwissenschaft) – Neubesetzung –. Habilitation am 12.01.1977 an Univ. Heidelberg; von Univ. München berufen zum 1. Juni 1984

Prof. Dr. Gerhard Regn, C2-Professor für Romanische Philologie mit Schwerpunkt in der französischen Literaturwissenschaft, einem weiteren Bereich der romanischen Literaturwissenschaft und unter Einschluß der Lusitanistik (Nachfolge Prof. Dr. Dirscherl). Habilitation am 07. Juli 1983 an Univ. München; von Univ. München berufen zum 1. August 1984

Fachbereich 14

Phil. Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaft II

Prof. Dr. Elmar Seebold, C4-Professor für Sprachwissenschaft i.R. der deutschen Philologie (Nachfolge Prof. Dr. Betz). Habilitation 1970 an Univ. Köln; von Univ. Freiburg/Schweiz berufen zum 1. Oktober 1984

Fachbereich 15
Sozialwissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Klaus *Schönbach*, C3-Professor für Kommunikationswissenschaft (Nachfolge Prof. Dr. Sturm). Habilitation am 15.02.1982 an Univ. Münster; von Univ. Münster berufen zum 15. Oktober 1983

Fachbereich 16
Fakultät für Mathematik

Prof. Dr. Hubert *Kalf*, C3-Professor für Angewandte Mathematik (Nachfolge Prof. Dr. Brüning). Habilitation 1976 an RWTH Aachen; von Univ. Darmstadt berufen zum 1. Oktober 1983

Fachbereich 19
Fakultät für Biologie

Prof. Dr. Horst *Schmieger*, C3-Professor für Genetik; im Rahmen von Art. 41 BayHSchLG berufen zum 1. Oktober 1983

Fachbereich 20
Fakultät für Geowissenschaften

Prof. Dr. Heinz *Schulz*, C4-Professor für Kristallographie und Mineralogie (Nachfolge Prof. Dr. Jagodzinski). Habilitation 1970 an ETH Zürich; von MPI für Festkörperphysik Stuttgart berufen zum 1. Mai 1984

Als Honorarprofessoren wurden berufen:

Fachbereich 04
Fakultät für Betriebswirtschaft

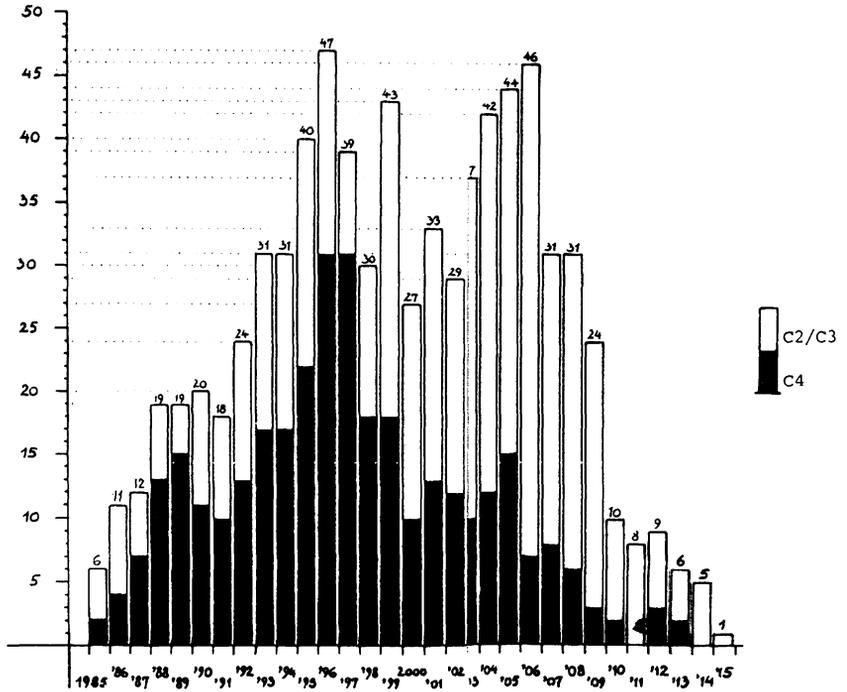
Dr. Hans *Sehling*, Honorarprofessor für Betriebspädagogik. – Leitender Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung; zum 8. Juni 1984

Dr. Manfred *Sarx*, Honorarprofessor für Pflichtprüfungswesen. – Wirtschaftsprüfer und Steuerberater; zum 10. April 1984

Fachbereich 10
Fakultät für Philosophie, Wissenschaftstheorie und Statistik

Dr. Henry *Deku*, Honorarprofessor für Philosophie; zum 25. April 1984

**Anlage 5 Ludwig-Maximilians-Universität:
Voraussichtliches Ausscheiden der Professoren**



Habilitationen vom 1. Oktober 1983 bis 30. September 1984

Die Fakultäten der Ludwig-Maximilians-Universität haben vom 1. Oktober 1983 bis 30. September 1984 folgenden Personen die Lehrefähigkeit zuerkannt:

Fachbereich 07

Medizinische Fakultät

Dr. Werner *Albrich*, für Gynäkologie und Geburtshilfe

Dr. Heinz *Angstwurm*, für Neurologie

Dr. Dieter *Athen*, für Forensische Psychiatrie

Dr. Ahmad *Bebbehani*, für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde

Dr. Hansjürgen *Distel*, für Medizinische Psychologie und Neurobiologie

Dr. Manfred *Fichter*, für Psychiatrie

Dr. Burckhard *Fichtl*, für Pharmakologie und Toxikologie

Dr. Klaus *Maier-Hauff*, für Neurochirurgie

Dr. Stefan *Müller-Lissner*, für Innere Medizin

Dr. Willibald *Permanetter*, für Allgemeine Pathologie und spezielle pathologische Anatomie

Dr. Martin *Galvan*, für Physiologie

Dr. Axel *Götz*, für Gynäkologie und Geburtshilfe

Dr. Klaus v.d. *Helm*, für Hygiene und Medizinische Mikrobiologie

Dr. Gerold *Kauert*, für Forensische Toxikologie

Dr. Dipl.- Phys. Jürgen *Kleinschmidt*, für Medizinische Physik

Dr. Wolfgang *Krawietz*, für Innere Medizin

Dr. Heinrich *Kremer*, für Innere Medizin

Dr. Helmut *Kortmann*, für Chirurgie

Dr. Michael *Landthaler*, für Dermatologie und Venerologie

Dr. Heinz *Laubenthal*, für Anaesthesiologie

Dr. Gert *Lipowsky*, für Kinderheilkunde

Dr. Ludwig v. *Meyer*, für Forensische Toxikologie

Dr. Ulla *Mitzdorf*, für Medizinische Psychologie und Neurobiologie

Dr. Klaus *Mees*, für Hals-, Nasen und Ohrenheilkunde

Dr. Stephan *Nees*, für Physiologie

Dr. Barbara *Lau*, für Innere Medizin mit Schwerpunkt Hämatologie

Dr. Lorenz *Neubauer*, für Augenheilkunde

Dr. Kurt *Possinger*, für Innere Medizin

Dr. Rainer *Rienmüller*, für Radiologie

Dr. Hans *Rinecker*, für Chirurgie
Dr. Heiner *Rinke*, für Innere Medizin
Dr. Ralf *Robloff*, für Radiologie
Dr. Tilman *Sauerbruch*, für Innere Medizin
Dr. Wulf *Schiefenhövel*, für Medizinische Psychologie und Ethnomedizin
Dr. Peter *Schmucker*, für Anaesthesiologie
Dr. Jörg *Schüller*, für Urologie
Dr. Manfred *Schuck*, für Rechtsmedizin
Dr. Ulrich *Sprandel*, für Innere Medizin
Dr. Reinhard *Teichmann*, für Chirurgie
Dr. Peter *Weisweiler*, für Innere Medizin
Dr. Helmut *Witzgall*, für Innere Medizin

Umhabilitationen:

PD Dr. Florian *Eitel*, für Chirurgie
PD Dr. Uta *Lindgren*, für Geschichte der Medizin
Dr. Martin *Stopp*, für Pharmakologie und Toxikologie

Fachbereich 08
Tierärztliche Fakultät

Dr. Klaus *Kölling*, für Physiologie und Ernährungsphysiologie
Dr. Rudolf *Stolla*, für Physiologie und Pathologie der Fortpflanzung
Dr. Heinz *Schmidt*, für Hygiene, Technologie und Chemie der Lebensmittel tierischen Ursprungs
sowie Ökologie der Lebensmittelkontaminanten
Dr. Andreas *Pospischi*, für Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie

Fachbereich 09
Philosophische Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften

Dr. Ludolf *Herbst*, für Neuere Geschichte
Dr. Andreas *Prater*, für Mittlere und Neuere Kunstgeschichte
Dr. Alois *Schütz*, für Mittelalterliche Geschichte und geschichtliche Hilfswissenschaften

Fachbereich 10
Fakultät für Philosophie, Wissenschaftstheorie und Statistik

Dr. Reinhard *Löw*, für Philosophie
Dr. Karl-Heinz *Nusser*, für Philosophie
Dr. Wilhelm G. *Jacobs*, für Philosophie
Dr. Wolfgang *Spohn*, für Philosophie sowie Logik und Wissenschaftstheorie

Fachbereich 11

Fakultät für Psychologie und Pädagogik

Dr. Rolf *Engel*, für Psychologie

Dr. Karl *Haußer*, für Empirische Pädagogik, pädagogische Psychologie und Entwicklungspsychologie

Dr. Franz *Schleederer*, für tiefenpsychologisch orientierte Pädagogik

Dr. Hans-Ulrich *Wittchen*, für Psychologie

Dr. Peter *Graf*, für Pädagogik

Fachbereich 13

Philosophische Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaft I

Dr. Norbert *Oettinger*, für Indogermanische Sprachwissenschaft

Fachbereich 14

Philosophische Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaft II

Dr. Bernd *Henningsen*, für Landeskunde Skandinaviens

Dr. Christoph *Huber*, für Deutsche Philologie des Mittelalters

Dr. Hubert *Seelow*, für Nordische Philologie

Dr. Werner *Williams*, für Deutsche Philologie

Dr. Marianne *Wünsch*, für Neuere deutsche Literaturgeschichte

Fachbereich 15

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Dr. Henning *Ottmann*, für Politische Theorie und Philosophie

Dr. Siegfried *Lamnek*, für Soziologie

Dr. Werner von der *Ohe*, für Soziologie

Dr. Sieglinde *Tömmel*, für Soziologie der Psychoanalyse

Umhabilitation:

Dr. Gertrud *Nunner-Winkler*, für Soziologie

Fachbereich 16

Fakultät für Mathematik

Dr. Volker *Aurich*, für Mathematik

Dr. Eugen *Schäfer*, für Mathematik

Dr. Rainer *Schulz*, für Mathematik

Dr. Gerhard *Winkler*, für Mathematik

Fachbereich 17
Fakultät für Physik

Dr. Joachim *Messer*, für Theoretische Physik

Dr. Thomas *Gehren*, für Astronomie

Dr. Ulrich *Mutze*, für Theoretische Physik

Fachbereich 18
Fakultät für Chemie und Pharmazie

Dr. Wolfram *Bode*, für Physikalische Biochemie

Dr. Horst *Conrad*, für Physikalische Biochemie

Dr. Georg-Burkhard *Kreße*, für Biochemie

Dr. Thomas *Schreckenbach*, für Biochemie

Fachbereich 19
Fakultät für Biologie

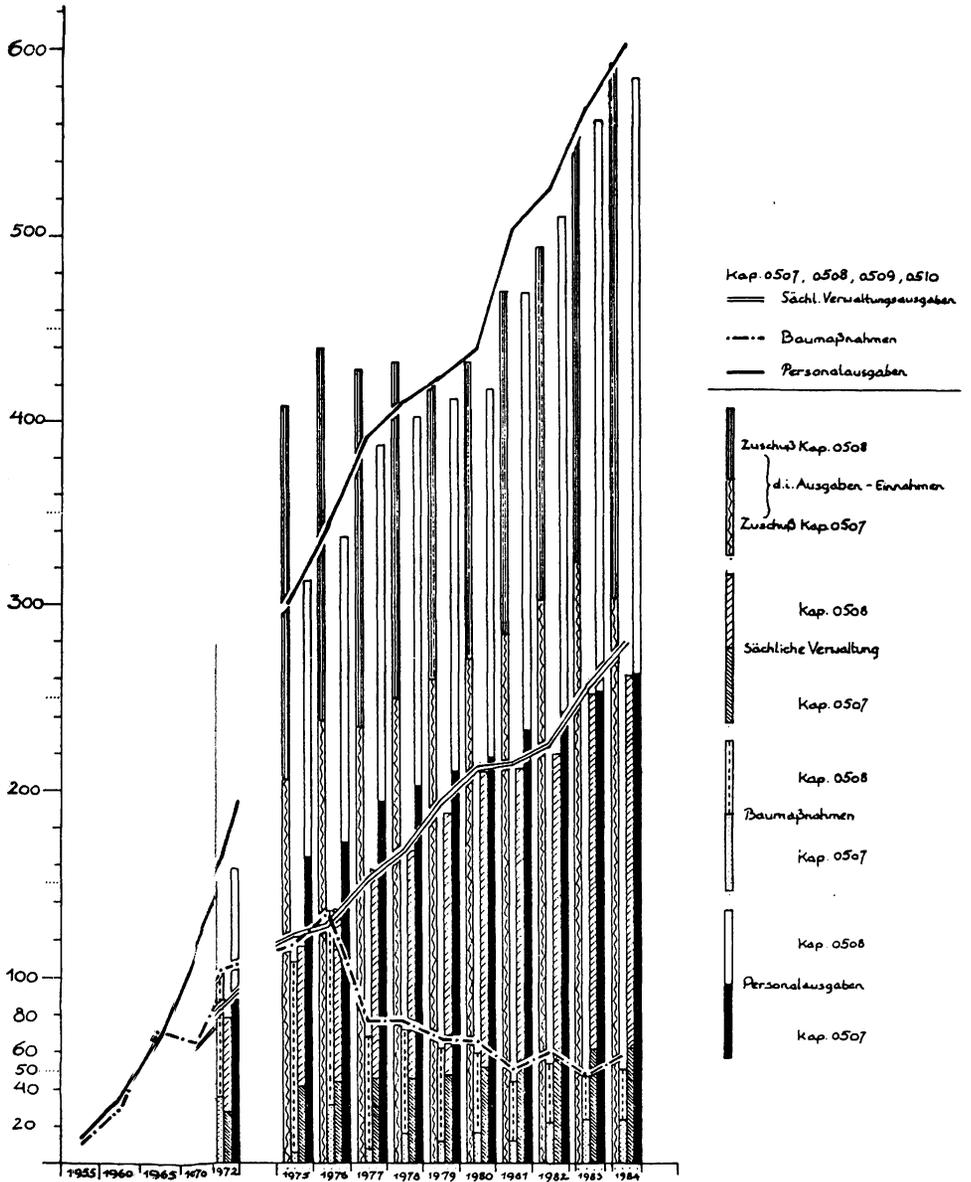
Dr. Matthias *Erben*, für Systematische Botanik

Dr. Walter *Schartau*, für Zoologie

Dr. Ekkehard *Vareschi*, für Zoologie

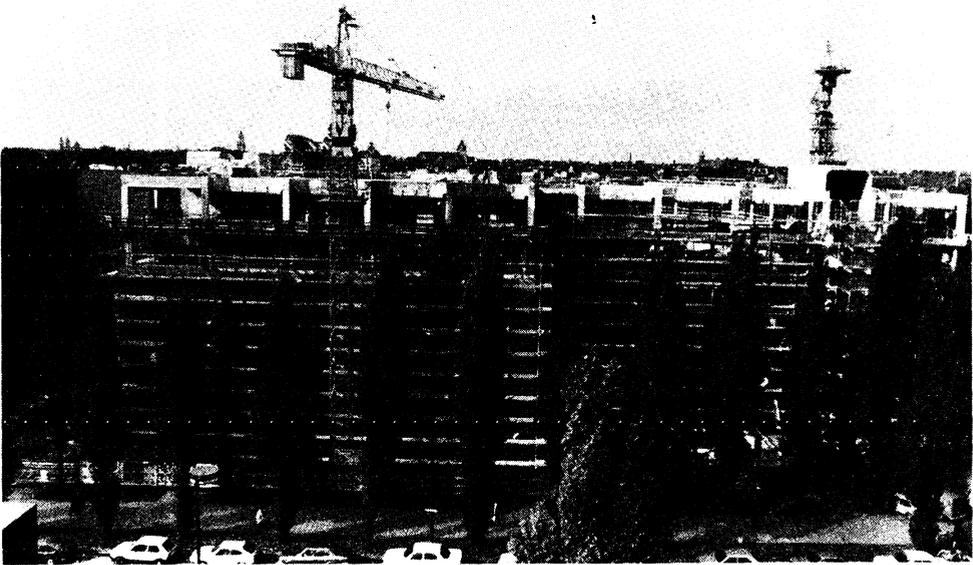
Ludwig-Maximilians-Universität:
 Entwicklung der wichtigsten Ausgabenarten
 nach Relation zum Zuschußbedarf

Anlage 7



AUS DEM LEBEN DER UNIVERSITÄT

Richtfest an der Leopoldstraße



Am 13. Oktober 1983 konnte das Richtfest für die Institutsgebäude Leopoldstraße 13 gefeiert werden. Die neuen Gebäude, die zum Wintersemester 1985/86 bezogen werden, sollen Institute der Fakultät für Psychologie und Pädagogik, die Musik- und Kunstdidaktik sowie die Studentenbibliothek aufnehmen.

Fünzigtausendste Studierende



Am 14. Oktobe 1983 immatrikulierte sich Doris Eichmeier aus Glonn als fünfzigtausendste Studierende für das Wintersemester 1983/84. Sie wurde von Universitätspräsident Professor Steinmann im Immatrikulationraum begrüßt. Anschließend stellten sich beide vor dem Unibrunnen den Fotografen.

Forschungsschwerpunkt „Grundlagen und Anwendungen der Gentechnologie“

Am 8. Mai 1984 wurde der Forschungsschwerpunkt „Grundlagen und Anwendungen der Gentechnologie“ feierlich eröffnet. In diesem Schwerpunkt arbeiten Einrichtungen der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Max-Planck-Gesellschaft zusammen.

Das „Genzentrum“ der Universität wird aus drei Quellen finanziert, zum überwiegenden Teil aus dem Bundesinnenministerium für Forschung und Technologie, aus einem erheblichen Zuschuß der Firmen Hoechst AG und Wacker Chemie und vom Freistaat Bayern. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie fördert dabei zum einen bestimmte Forschungsarbeiten in den Instituten für Biochemie, Genetik und Mikrobiologie, Immunologie, pharmazeutische Biologie und physiologische Chemie. Zum anderen sieht es die Finanzierung eines neuen „Laboratoriums für molekulare Biologie – Genzentrum“ vor. Die Industriemittel werden von einem eingetragenen gemeinnützigen Verein verwaltet, der sie auf möglichst unbürokratische Art und Weise dem Laboratorium zur Verfügung stellen wird. Das neue Institut ist eine „Zentrale Einrichtung“ der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Begrüßung: Präsident Professor Dr. Wulf Steinmann

Ich habe die Ehre und die Freude, Sie zur Eröffnung des Forschungsschwerpunktes „Grundlagen und Anwendungen der Gentechnologie“ in München zu begrüßen.

Was heißt Eröffnung? Als sich nach langen und schwierigen Verhandlungen zeigte, daß die Arbeit des Forschungsschwerpunktes im Februar dieses Jahres würde beginnen können, haben Herr Lüst und ich verabredet, dieses wichtige Ereignis mit den beteiligten Wissenschaftlern und mit unseren Förderern gemeinsam zu feiern. Daß diese Feier erst ein Vierteljahr nach dem Beginn der Förderung stattfindet, hat seinen Grund in den Termschwierigkeiten die zu überwinden fast genauso schwierig war, wie die Gründung des Forschungsschwerpunktes selbst. Wir danken Ihnen allen, daß Sie mitgeholfen haben, daß diese Feier heute stattfinden kann.

Wir wollen heute diesen Forschungsschwerpunkt der Öffentlichkeit vorstellen und denjenigen danken, die sich dafür eingesetzt haben, daß er zustande gekommen ist und die ihn finanziell und ideell fördern.

Unser erster Gruß gilt Ihnen Herr Ministerpräsident und mit Ihnen der Bayerischen Staatsregierung. Es ist eine hohe Ehre und eine außerordentliche Ermutigung für uns, daß Sie heute zu dieser Eröffnung zu uns gekommen sind und zu uns sprechen werden.

Unser besonderer Gruß gilt Ihnen, Herr Bundesminister Riesenhuber. Ihrer Förderung verdanken wir in erster Linie die Gründung dieses Münchner Genzentrums. Seien Sie herzlich bedankt dafür, daß Sie selbst nach München gekommen sind, um an dieser Eröffnung teilzunehmen und das Wort zu ergreifen.

Ich begrüße den Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus, Herrn Professor Maier. Herr Staatsminister, wir danken Ihnen und Ihren Mitarbeitern für die engagierte Unterstützung, die in der Vorbereitungsphase immer wieder geholfen hat,



Prominente Gäste bei der Eröffnungsfeier des Genzentrums (von links nach rechts) Vizepräsident Prof. Zöllner, Landesbischof Hanselmann, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Prof. Lüst, Kultusminister Prof. Maier, Ministerpräsident Strauß, Bundesforschungsminister Dr. Riesenhuber, Prof. Weissermel Mitglied des Vorstandes der Hoechst AG.

Hindernisse zu überwinden. Wir freuen uns sehr und danken Ihnen, daß Sie heute zu uns gekommen sind und nehmen dies als Zeichen dafür, daß wir auch weiterhin auf Ihre Unterstützung rechnen dürfen.

Herr Professor Sammet, der Vorstandsvorsitzende der Hoechst AG hatte gehofft, heute bei uns sein zu können. Leider haben ihn seine Verpflichtungen gezwungen, in Frankfurt zu bleiben. Ich begrüße in seiner Vertretung Herrn Professor Weissermel, der auch zu uns sprechen wird, wofür ich ihm herzlich danken möchte. Ich begrüße weiter Herrn Dr. Stach und Herrn Dr. Müller von der Wacker Chemie. Den drei Gästen aus der Industrie gilt unser besonderer Dank für die großzügige und verständnisvolle Förderung des Genzentrums.

Ich begrüße den Landesbischof der Evangelischen Kirche in Bayern, Herrn Dr. Hanselmann, der Mitglied des Kuratoriums der Universität München ist. Herr Landesbischof, wir freuen uns, daß Sie zur Eröffnung des Genzentrums zu uns gekommen sind. Wir nehmen dies insbesondere als Zeichen dafür, daß mit den technologischen Aspekten der Genforschung auch die ethischen Probleme bedacht werden müssen. Seien Sie versichert, daß wir dazu bereit sind und daß wir mit Ihnen und mit allen, denen dieses Problem Sorge bereitet, ein offenes und verständnisvolles Gespräch führen wollen.

Ich begrüße den Rektor der Universität Heidelberg, Herrn Professor zu Putlitz. Magnifizienz, wir danken Ihnen, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind, und betrachten dies als Zeichen der Verbundenheit mit dem Heidelberger Genzentrum. Wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.

Schließlich ist es mir eine ganz außerordentliche Freude drei Gäste zu begrüßen, die der Max-Planck-Gesellschaft und der Universität München in besonderer Weise verbunden sind: Herrn Professor Butenandt, den Ehrenpräsidenten der Max-Planck-Gesellschaft und Mitglied unserer Medizinischen Fakultät, Herrn Generaldirektor Jannott, Senator der Max-Planck-Gesellschaft und Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde und Förderer sowie Ehrensensator unserer Universität, und schließlich – last not least – Frau Lynen, deren allzu früh verstorbenem Gatten die Biochemie der Universität und der Max-Planck-Gesellschaft so unglaublich viel zu verdanken hat.

Meine Damen und Herren, der Forschungsschwerpunkt, dessen Eröffnung wir heute feiern, ist in vieler Beziehung etwas Neues, das es bisher, zumindest in München noch nicht gegeben hat. Das aktuelle und anwendungsträchtige Forschungsgebiet der Gentechnologie steht wie kein zweites im Blickpunkt der Öffentlichkeit, die insbesondere die Erwartung hegt, daß es gelingt, den technologischen Rückstand gegenüber den USA aufzuholen. Auf diesem Forschungsgebiet wollen in München die Max-Planck-Institute in Martinsried, die Universität München und ein gemeinnütziger Verein eng zusammenarbeiten. Der Verein verwaltet die Förderungsmittel der Industrie. Wir erhoffen uns davon eine besonders wirksame Verwendung dieser Mittel.

Diese wissenschaftliche Kooperation ist in einer Vereinbarung festgelegt, die die Max-Planck-Gesellschaft und die Universität München miteinander abgeschlossen haben. Von Seiten der Universität sind an diesem Schwerpunkt Wissenschaftler aus fünf Instituten aus drei Fakultäten beteiligt. Die Universität hat deswegen das Kultusministerium gebeten, eine zentrale Einrichtung zu errichten, in dem die Aktivitäten des Genzentrums organisatorisch zusammengefaßt sind. Maßgeblich dafür war übrigens nicht, wie in der Presse zu lesen stand, die Kapazitätsverordnung. Daran haben wir dabei gar nicht gedacht. Wir wollen vielmehr den Anteil der Universität an diesem gemeinsamen Forschungsschwerpunkt zusammenfassen und kennzeichnen. Das dient nicht nur der Verwaltungsvereinfachung und der Übersichtlichkeit, sondern erleichtert auch eine gezielte Förderung der Gentechnologie an der Universität in der Zukunft.

Meine Damen und Herren, die Vorbereitung dieses gemeinsamen Forschungszentrums war schwierig und hat länger gedauert, als wir alle erwartet hatten und als uns lieb war. Der Grund dafür war nicht die Bürokratie. Wenn man nicht wie Wissenschaftler gelegentlich dies tun, alles das als Bürokratie bezeichnet, was sie daran hindert, sofort das zu tun, was sie für gut und richtig halten. Bei genauerem Hinsehen sind diese Hindernisse sehr verschiedener Art und haben ihre Ursache oft in sehr handfesten sachlichen Schwierigkeiten. Bei der Vorbereitung des Forschungsschwerpunktes war weder die oft gescholtene Schwerfälligkeit der akademischen Gremien, noch die bürokratische Handhabung der Verwaltung schuld an den Verzögerungen. Wenn ich in der Presse las, es habe so lange gedauert, weil die Max-Planck-Gesellschaft und die Universität nur über das Kultusministerium miteinander verhandeln können, dann wundere ich mich, woher diese Information wohl stammen mag. Das Gegenteil ist richtig. Die entscheidenden Fortschritte, bei denen die Hemmnisse überwunden werden konnten, sind in direkten Verhandlungen zwischen der Max-Planck-Gesellschaft und der Universität erzielt worden. Ich erinnere mich insbesondere an ein Gespräch mit Herrn Lüst unter vier Augen im Oktober und an eine Verhandlung in etwas größerem Kreise im Januar, bei der wir dann das Kooperationsabkommen endgültig formuliert haben. Ich möchte

Herrn Professor Lüst an dieser Stelle ausdrücklich für diese vertrauensvolle und kompromißbereite Zusammenarbeit danken, ohne die der Forschungsschwerpunkt wohl nicht zustandegekommen wäre.

Es waren vor allem zwei Schwierigkeiten, die überwunden werden mußten. Zum einen die Frage, wie zwei so verschiedene Organisationen wie die Max-Planck-Gesellschaft und die Universität möglichst eng zusammenarbeiten könnten. Die Lösung, die wir schließlich gefunden haben, sieht vor, daß wir jeweils getrennt die Förderungsanträge stellen und die zugewiesenen Mittel bewirtschaften, daß die Anträge und die Forschungsarbeiten aber in gemeinsamen Abschlüssen möglichst eng miteinander koordiniert werden.

Das zweite Problem betrifft die Räume, die die Universität zusätzlich benötigt, um die neuen Arbeitsgruppen unterzubringen. Natürlich haben wir alles daran gesetzt, diese Räume so nah wie nur möglich bei den beteiligten Universitätsinstituten zu finden. So war zunächst der Elisenhof am Hauptbahnhof ins Auge gefaßt worden und als sich dies als nicht realisierbar erwies, Labors im Osramhaus. Daß wir schließlich doch das Angebot der Max-Planck-Gesellschaft angenommen haben, ein Stockwerk in Martinsried für die universitären Arbeitsgruppen zu mieten, hat seinen Grund vor allem darin, daß die Forschungsarbeiten in diesen Labors sofort anfangen können. Ein weiterer Vorteil liegt zweifellos auch darin, daß durch die räumliche Nachbarschaft die Zusammenarbeit mit den Max-Planck-Instituten außerordentlich begünstigt wird. Wir begrüßen dies.

Dem steht allerdings als gravierender Nachteil die große Entfernung zu den Universitätsinstituten gegenüber. Zwei Gründe machen es erforderlich, diesen Zustand so bald wie möglich zu beenden und die gentechnologischen Arbeitsgruppen der Universität in die Innenstadt zu verlegen: Zum einen ist eine wissenschaftliche Zusammenarbeit in der täglichen Praxis über diese Entfernungen nur sehr eingeschränkt möglich. Auch wer, wie Herr Professor Winnacker, sowohl in der Karlstraße als auch in Martinsried sein muß, kann dies nur mit einem unverhältnismäßig hohen Zeit- und Kraftaufwand bewerkstelligen, der zu Lasten der Effizienz der Forschung geht.

Der zweite Grund liegt in der oft beschworenen Einheit von Forschung und Lehre. Sie kann nur funktionieren, wenn sie wenigstens in der Regel nicht nur personell – wer forscht, der lehrt – sondern auch lokal vollzogen wird: Forschung und Lehre müssen buchstäblich unter einem Dach vereinigt werden. Nur dadurch kann man die Studenten, insbesondere die Spitzenbegabungen rechtzeitig für die aktuelle Forschung interessieren und motivieren. Der Grundsatz, dort wo gelehrt wird, wird auch geforscht, ist insbesondere in der Massenuniversität von überragender Bedeutung für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Daran aber sind die Universität und die Max-Planck-Gesellschaft gleichermaßen brennend interessiert. Deshalb rechnen wir auf das Verständnis der Kollegen aus den Max-Planck-Instituten, daß wir möglichst bald von Martinsried in die Innenstadt umziehen wollen. Die Zusammenarbeit mit den Max-Planck-Instituten wollen wir dabei erhalten. Die Verbesserungen für Forschung und Lehre der Universität, die uns beiden zugutekommt, hinzugewinnen.

Deshalb möchten wir heute an Sie, sehr verehrter Herr Ministerpräsident und an die Bayerische Staatsregierung, die dringende Bitte richten, alles zu tun, damit möglichst bald mit dem Bau der naturwissenschaftlichen Institute auf dem Gelände der Türkenkaserne begonnen werden kann. Diese Institute sollen auch das Genzentrum und das Institut für Biochemie unter einem Dach vereinigen. Wir wollen keinen utopischen Zie-

len nachjagen, wir wissen, daß es im nächsten und übernächsten Jahr nicht möglich sein wird, diese Bauvorhaben zu beginnen, aber ein Baubeginn im Jahre 1987 sollte realistisch sein, wenn alle Beteiligten alles daransetzen, ihn zu erreichen. Das bedeutet, daß wenigstens am Ende der jetzt begonnenen Förderperiode mit dem Bau der Institute, die das Genzentrum einmal endgültig aufnehmen sollen, begonnen wird. Wir können und wollen aber nicht warten, bis die Institute auf dem Gelände der Türkenkaserne schließlich hoffentlich zu Beginn des nächsten Jahrzehnts bezogen werden können, sondern haben eine weitere Zwischenlösung in der Schillerstraße ins Auge gefaßt, die freilich nicht allzu lang dauern darf.

Ich wünsche den Kollegen aus der Universität und aus den Max-Planck-Instituten, die sich zur Zusammenarbeit in diesem gemeinsamen Schwerpunkt zusammengefunden haben, einen guten Beginn und jenes Glück, das auch der Wissenschaftler zum Erfolg braucht. Möge es Ihnen gelingen, die hochgespannten Erwartungen zu erfüllen. Was die Universität tun kann, um Ihnen dabei zu helfen, wird sie weiterhin gerne und mit aller Kraft tun.

Professor Dr. Reimar Lüst, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft:

Die Max-Planck-Gesellschaft ist in gleicher Weise wie die Ludwig-Maximilians-Universität erfreut darüber, daß der Forschungsschwerpunkt „Grundlagen und Anwendungen der Gentechnologie“ in München nunmehr gegründet werden kann. In München konzentrierten sich seit längerer Zeit die verschiedensten Arbeitsgebiete der Biochemie und der Molekularbiologie und zwar sowohl auf Seiten der Ludwig-Maximilians-Universität als auch auf Seite der Max-Planck-Gesellschaft. Unseren Einrichtungen ist nunmehr die große Chance gegeben, im Bereich der Gentechnologie weiter vorzudringen, als es ohne die Förderung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie möglich geworden wäre. Ihnen, lieber Herr Riesenhuber, habe ich also zu danken für die Schwerpunktsetzung für diese Forschungseinrichtung überhaupt, aber auch für die Förderung der Arbeiten hier am Orte. Sie geben durch diese Art der besonderen Unterstützung aber nicht nur einer neuen Arbeitsrichtung gute Entwicklungschancen, auch andere für die Pflege der Wissenschaften wichtigen Ziele können dabei mit verfolgt werden, nämlich:

1. soll in diesen neuen Laboratorien hauptsächlich jungen Wissenschaftlern die Möglichkeit zur eigenen Entfaltung gegeben werden – eine Aufgabe, die uns besonders am Herzen liegt und
2. soll eine enge Zusammenarbeit zwischen den verpflichteten Partnern, nämlich der Ludwig-Maximilians-Universität, dem Max-Planck-Institut in Martinsried und der interessierten Industrie erreicht werden, um den Transfer von Wissen und Können von der Grundlagenforschung zur Anwendung und industriellen Verwertung zu erleichtern und zu beschleunigen.

Ihnen, Herr Ministerpräsident, haben wir wieder einmal dafür zu danken, daß Sie durch Ihre Erklärung, die Bayerische Staatsregierung werde ein derartiges Projekt in München vorrangig fördern, die Orientierung gegeben haben, die rasches Handeln erlaubt.

Allen Beteiligten an dem Projekt wünsche ich viel Erfolg und den mitarbeitenden Organisatoren eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ehre, Freude und Verpflichtung ist es mir zugleich, zur Eröffnung des Forschungsschwerpunktes Gitechnologie Grußworte der Hoechst AG und der Wacker Chemie als Förderer dieses zukunftsweisenden Vorhabens überbringen zu dürfen. An den Anfang stelle ich unsere Glückwünsche und unseren Dank an alle diejenigen, die mit viel Schwung und Ideenreichtum und mit viel Einfühlungsvermögen und Einsicht das Ihrige dazu beigetragen haben, die Voraussetzungen für die Bildung eines eminent wichtigen Forschungsschwerpunktes hier in München zu schaffen. Dank der Initiative der Universität und der Kooperationsbereitschaft der Max-Planck-Gesellschaft durch Bereitstellung von Laboratorien in Martinsried für junge Forschergruppen erscheint mir das erste Etapenziel erreicht. Ich hoffe, daß dieses neue und moderne Molekularbiologische Institut Heimat vieler vorwärtsstrebender tüchtiger Wissenschaftler wird, die im Wettstreit der Ideen mit bereits etablierten Gruppen um den wissenschaftlichen Erkenntniszuwachs ringen. Nach meiner Auffassung bietet gerade München hervorragende Möglichkeiten, fachübergreifende Aktivitäten auf dem weiten Gebiet der Biotechnologie richtungsweisend voranzutreiben. Diese zu nutzen ist Herausforderung und Chance zugleich. Bund, Land und chemische Industrie haben die Ampeln auf grün gestellt – nun gilt es zu beweisen, daß die Innovationshemmnisse der Vergangenheit angehören und Wissenschaft in unserem Land auch wieder optimal, flexibel und dynamisch gestaltet werden kann. Gelingt uns dies, dann haben wir keinen Wettbewerb zu scheuen, im Gegenteil, wir verfügen über eine Vielfalt moderner Forschungseinrichtungen in Bund und Ländern, über eine forschungsintensive, angewandte chemische Industrie, die auf ein umfangreiches Know-how zurückgreifen kann und über hervorragend ausgebildete Mitarbeiter auf allen Ebenen.

Aber Innovationserfolge fallen nicht wie reife Früchte vom Himmel. Sie beruhen immer auf der Innovationsfreude, dem Pioniergeist, der Risikobereitschaft und der Erfindungskraft des Einzelnen und Können einengend oder befreiend beeinflusst werden von den Rahmenbedingungen des Staates und der öffentlichen Meinungsbildung. Innovationsfähigkeit und Innovationsbereitschaft sind für den technischen Fortschritt, den wir bejahen, unerlässlich, ohne die Bildung eines innergesellschaftlichen Konsenses über die Nutzung des technischen Fortschritts erreichen wir die anzustrebenden Ziele allerdings nicht.

Das Synthesepotential von Mikroorganismen, von pflanzlichen und tierischen Zellen, kurz gesagt, das Synthesepotential lebender Zellen und die Technologie zu deren industriellen Nutzung zu erweitern, ist das erklärte Ziel der Molekularbiologen, der Biochemiker, Genetiker, Zellbiologen und Biotechnologen. Zur Erschließung und wirtschaftlichen Verwertung dieser heute sich erst in den Grundzügen abzeichnenden biologischen Synthesepotentials ist noch sehr intensive Forschung und ein langer Atem erforderlich. Die synthetische Biologie ist, mit dem nun zur Verfügung stehenden methodischen Arsenal, reich an Möglichkeiten, die es zu erforschen und zu entwickeln gilt. Aber daß es dies gibt, geht bekanntlich nicht. Man muß sie auch nutzen wollen, und dieser Wille ist keineswegs Allgemeingut.

In der öffentlichen Meinungsbildung werden Chancen und Risiken als Folge von Gebrauch und Mißbrauch nicht ausgewogen diskutiert. Die phantasievoll ausgemalten Risiken beherrschen das öffentliche Bewußtsein bei weitem stärker als die eigentlichen Fragen.

Welche Möglichkeiten eröffnen sich hier, Aufgaben zu lösen, die uns auf den Nägeln brennen und für die, unter dem Druck rasant zunehmender menschlicher Bedürfnisse, Lösungen gefunden werden müssen, sowohl auf dem Gebiet der Gesundheit, der Ernährung als auch auf dem Gebiet der Rohstoff- und Umweltsicherung? Wie kann uns die Molekularbiologie helfen, in traditioneller Denkweise festgefahrene Strukturen zu durchbrechen und mit neuen Methoden zu erweiterter Erkenntnis über das was die Natur im Innersten zusammenhält, zu durchdringen? Jeder von uns fühlt es deutlich – und die Kultur- und Zivilisationsgeschichte des Menschen ist davon geprägt, daß es nicht nur ethische Verpflichtungen zum Unterlassen sondern ebenso zum Handeln gibt. Wir sind verantwortlich für das, was wir tun, aber auch für das, was wir nicht tun.

Mich persönlich beschäftigt immer wieder die Frage, warum wir trotz hervorragend wissenschaftlicher Leistungen in Einzelbereichen im Vergleich zu den USA in der Naturwissenschaft, zumindest teilweise ungünstiger im Rennen liegen. Hierfür gibt es viele Gründe. Teilweise liegen sie darin begründet, daß die Forschungsstrukturen das fachübergreifende Arbeiten in den USA erleichtern. Hinzu kommt die weit größere Flexibilität und Mobilität im gesamten Beschäftigungssystem und das bei weitem nicht so ausgeprägte Sicherheitsbedürfnis und Selbstverständnis.

Unorthodoxe Arbeitsmöglichkeiten eröffnen jungen Menschen in den USA somit frühzeitig Chancen, neue Wege zu gehen. Dieses offene und so stark marktwirtschaftlich orientierte System zwingt dann auch dazu, in vertretbarer Zeit den Erfolg nachzuweisen. Aber auch das in den USA herrschende Klima, gekennzeichent durch eine Aufgeschlossenheit gegenüber innovativen Denkweisen, beseelt von einem auf Fortschrittlichkeit und Leistung ausgerichteten Erziehungswesen, wirken wie Treibsätze technologischer Evolution, die auch den fremden Besucher immer wieder beeindruckten und mitreißen.

Ob es uns gefällt oder nicht: Länder, in denen die öffentlich-rechtlichen wissenschaftlichen Institutionen nicht ausschließlich vorherrschen, sind in der Gestaltung des Wissenschaftsbetriebes flexibler und mehr praxisorientiert. Dies hat zur Folge, daß Zusammenarbeit in der Wissenschaft dort so verstanden wird, daß sie eine unternehmerische Komponente hat.

Als Leiter der Forschung bei Hoechst weiß ich, daß wissenschaftliche Kooperation ihren Preis hat. Aber es gibt höhere Preise als die, die sich in Geld ausdrücken lassen: erstarrte, formale, überholte Traditionen können Barrieren darstellen, die im Ergebnis sehr teuer sind. Es bleibt sicher in unserem Land noch viel zu tun, damit es für Unternehmen einfacher wird, mit öffentlich-rechtlichen Institutionen der Wissenschaft enger zusammenzuarbeiten als dies heute der Fall ist. Deshalb ist es besonders erfreulich, daß die Universität München mit der Max-Planck-Gesellschaft einen Weg gefunden hat, der für das neu etablierte molekularbiologische Institut und das Genzentrum schlechthin, Kooperation auch mit Privatunternehmen ermöglicht.

Dieses Zentrum, ähnliches gilt für die Gründung in Heidelberg, Köln und Berlin, eröffnet die Chance, das neue Forschungsgebiet in, bei uns nicht üblicher unkonventioneller Weise, anzupacken und zu gestalten. Die gewählte Form gibt unseren jungen Forschern die Möglichkeit, in internationalem Wettstreit zu beweisen, daß wir hier in der Bundesrepublik Deutschland ebenso gut wie jenseits des Ozeans brillante Forschung betreiben können. Wir sind uns im klaren, daß das neu gegründete Institut und das Genzentrum nur eine kleine Insel ist, die aber sozusagen einen Leuchtturm trägt, der für

junge dynamische Wissenschaftler, die sich der modernen Naturwissenschaft verschrieben haben, Signale aussendet und Anziehungskraft ausübt.

Es bleibt zu hoffen, daß wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und daß die Quantität die Qualität auch an anderen Bildungsstätten nicht erdrückt. Den Fähigen zu fördern ist praktische Vernunft. Nur so können wir die Chance wahren, am Fortschritt angemessen beteiligt zu sein. Private Wissenschaftsförderung, wie sie u. a. auch der Fonds der Chemischen Industrie seit mehr als 30 Jahren betreibt, hat ihren zweckentsprechenden Sinn (ort, wo es nicht nur um die rein finanzielle Ergänzung begrenzter Fördermittel geht.

Unbürokratisch und flexibel eingesetzt, helfen diese Mittel, Engpässe rascher zu überwinden und als Notgroschen besonderer Art den qualitativen Freiraum wissenschaftlicher Betätigung zu erweitern. Genau so möchten wir es verstanden wissen, wenn wir seitens der Industrie fördern. Dies gilt auch für unser finanzielles Engagement in München, und ich wünsche Ihnen, lieber Herr Winnacker und Ihren Kollegen, daß der Förderverein, den Sie für das Zentrum für Gentechnologie bei der Universität München ins Leben gerufen haben, genauso zügig wächst wie die wissenschaftlichen Erfolge, die wir uns gemeinsam als Partner wünschen. Wir wissen aber auch, daß wir es bei der finanziellen Unterstützung alleine nicht bewenden lassen dürfen, sondern, daß der Dialog und Wettstreit zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung weiter vertieft und ausgebaut werden muß. Wir sind dazu bereit und freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit.

Es wäre aber falsch, der Gentechnologie oder umfassender ausgedrückt, der synthetischen Biologie den Platz einer sophistizierten hochspezifischen Sonderforschung einzuräumen. Sie kann ihre Aufgabe auch gegenüber der Gesellschaft am besten erfüllen, wenn ihr schließlich ein Platz – ideell und materiell – inmitten des biologischen und medizinischen Geschehens eingeräumt wird. Deshalb möchte ich allen beteiligten Wissenschaftlern wünschen, daß die anzustrebenden neuen Aktivitäten einen kräftigen Nuklus bilden, um molekularbiologisches Denken in den biologischen und medizinischen Disziplinen der Universität und darüberhinaus weiter heimisch werden zu lassen.

Gegenwart reflektiert Vergangenheit und ist zugleich auch immer ein Stück Zukunft. Wir sollten uns daher in dieser Stunde auch der Vergangenheit verpflichtet fühlen, die in den Mauern dieser Stadt auf dem Naturstoffgebiet entscheidend mitgestaltet wurde von großen Naturforschern wie R. Willstätter, E. Fischer, H. Wieland, A. Butenandt und F. Lynen. Ihnen nachzueifern sollte uns zusätzlich ein besonderer Ansporn sein.

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Gelegenheit, Ihnen heute bei diesem Anlaß einige Bemerkungen vortragen zu dürfen. Dies ist mir eine besondere Freude in einer Universität, in deren naturwissenschaftlichen Instituten ich einige Semester arbeiten durfte. Einiges von dem, Herr Prof. Butenandt, was ich damals lernen durfte, reichte weit über Wissenschaft und Berufsarbeit hinaus. Und dies, so glaube ich, ist etwas, was die Wissenschaft über alles Handwerk hinaus auszeichnet in ihrer Tradition, in ihrer inneren Stärke und Freiheit.

Wir feiern heute die Gründung eines gentechnologischen Zentrums, das die große Chance hat, einen besonderen Rang zu gewinnen innerhalb der gentechnologischen Forschung in Deutschland, die sich in diesen Jahren zu einer Wissenschafts- und Industrielandschaft strukturiert. Die Chance liegt dabei in den Elementen, die hier von meinen Vorrednern schon angedeutet worden sind. Ich sehe sie in der besonderen Möglichkeit eines engen Zusammenspiels von Universität, Max-Planck-Gesellschaft und Wirtschaft. Diese enge Zusammenarbeit, durch die es zu einer kritischen Masse des Denkens kommen kann, ist zunächst die Voraussetzung für ein hohes Maß an Freiheit, Kreativität und Durchlässigkeit der Gedanken. Zum anderen bietet dieser Verbund die enorme Chance, von Anfang an die gleichzeitige Strukturierung einer Wissenschaft und einer Wirtschaft zu bewältigen, so daß etwas, was die Wissenschaft erarbeitet hat, nicht erst mit erheblicher Zeitverzögerung von der Wirtschaft implementiert werden kann. Unsere Stärke im internationalen Wettbewerb hängt sowohl von einer exzellenten Wissenschaft ab als auch von der Fähigkeit der Wirtschaft, das, was in der Wissenschaft erarbeitet worden ist, bereits im Entstehen zu begreifen, aufzunehmen und in die eigenen Überlegungen und Planungen einzubringen. Nur dann kann eine echte Partnerschaft zwischen Wissenschaft und Wirtschaft entstehen, in der bei jedem Schritt der eine vom anderen lernt und alle gemeinsam die Zukunft aufbauen.

Bei dem, was hier heute neu begonnen worden ist, kommt immer die Frage nach dem Geld auf. Ich darf mich in diesem Zusammenhang für die freundlichen Komplimente bedanken, die dem Freistaat Bayern, aber auch dem Bundesforschungsminister für die finanzielle Unterstützung gemacht worden sind. Es ist unbestreitbar, daß Geld ein wichtiger Faktor ist. Der eigentlich kritische Punkt gerade in einer neuen Wissenschaft ist jedoch ein anderer. Wir verfügen über eine einzige Ressource, die unerschöpflich ist und die trotzdem an einzelnen Punkten immer wieder knapp wird. Ich meine die guten Köpfe. Und wenn es uns gelingt, die begrenzte Anzahl an guten Köpfen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen und dies so zu tun, daß die jungen Wissenschaftler die Faszination ihrer Disziplin verstehen und in ihre eigene Arbeitsplanung mit einbringen, dann bekommen wir das, was wir wirklich brauchen, nämlich die kritische Masse an einer exzellenten wissenschaftlichen Intelligenz. Die Forschungslandschaft, die sich hier in den verschiedenen Regionen heranzubildet, besteht aus unterschiedlichen Elementen. Ich nenne die Arbeiten in Köln mit ihrem universitären Schwerpunkt und mit einer Reihe von einzelnen Verträgen, insbesondere auch im Bereich der mittelständischen Wirtschaft. Ich nenne ferner die Arbeit, die jetzt zwischen dem Senat und einem großen Unternehmen in Berlin angelegt worden ist.

Dies ist nicht etwa in der Absicht geschehen, eine bilaterale Kooperation als „closed shop“ aufzubauen, sondern in der Grundlagenforschung ein offenes Institut unter dem Engagement der Wirtschaft zu formen. Ich nenne ferner den Schwerpunkt in Heidelberg, aus dem einige Unternehmensneugründungen entstanden sind, die in einer schnellen und unbürokratischen Weise Wissen in die Praxis transferieren. Auch dies geschieht nur durch die beteiligten Personen, nicht aber durch administrierte Mechanismen. Insgesamt können wir also im Bereich um die Universitäten in Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft eine Wissenschaftslandschaft beobachten, die sich formt. Als zweites Element steht dem eine Industrielandschaft gegenüber, die dies in ihrer eigenen wissenschaftlichen Anstrengung aufnimmt und verstärkt, und zwar in der Forschung in den eigenen Häusern, in der internationalen Zusammenarbeit – wenn auch die internationale Verflechtung in den letzten Jahren nicht ganz vollkommen funktioniert hat – und auch in einer Zusammenarbeit mit dem chemischen Apparatebau, der sich in einer bestimmten Phase unserer Entwicklung als deutscher „bottleneck“ erweisen könnte.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Großforschungseinrichtungen erwähnen, für die der Bund zusammen mit den Ländern eine besondere Verantwortung trägt. Hier sind wir dabei, entsprechend dem Rat von Herren, von denen einige in diesem Saal sind und bei denen ich mich sehr herzlich bedanken möchte, die Forschungslandschaft in einer Weise neu zu gliedern, daß die Forschungseinrichtungen erstens zur kritischen Masse werden und zweitens in komplementärer Weise zu dem wirken, was in der Wissenschaft sonst geschieht. Die Großforschungseinrichtungen haben die Chance, ihre großen Kapazitäten auf eine tragfähige interdisziplinäre Zusammenarbeit auszurichten und Bereiche der Grundlagenforschung aufzugreifen, wo weiteres Wissen nicht aus einer Spezialisierung in begrenzten Bereichen, sondern gerade in einer Zusammenarbeit über die Einzelbereiche hinaus entsteht. Auf diese Weise sollen die neuen Fragestellungen rechtzeitig anschaulich werden. Daß dies gelingt, ist eine Frage des freundschaftlichen und fairen Zusammenspiels der Wissenschaftler mit den Verantwortlichen der Wirtschaft, die dieses sich neu entwickelnde Element schnell und mit Vertrauen in ihre Gemeinschaft aufnehmen und ihm erst die Chance geben, gut zu werden. In diesem schwierigen Prozeß hat der Staat die Aufgabe, im begrenzten Umfang finanzielle Hilfen zu geben, die nur als Anstoß verstanden werden sollen. Eine Hilfe nämlich, die so aussieht, als läge hier eine dauerhafte Aufgabe des Staates – jenseits der Grundlagenforschung, die naturgemäß der staatlichen Obhut anheimgegeben ist –, birgt eine große Gefahr. Wenn sich die Verantwortlichen – insbesondere in der Wirtschaft – darauf verlassen würden, daß staatliche Subsidien auf Dauer die tragfähige Säule der Projektforschung sein könnten, dann erhielten wir eine Verzerrung, in der Mut und Erfindungsgeist durch die staatlichen Hilfen verzögert, aber nicht beschleunigt werden. Und dies bedeutet, daß hier alle Beteiligten – auch der Staat aus seiner Verantwortung – diese Aufgabe so bewältigen müssen, daß der Neubeginn schwungvoll ist, damit das Neue nicht steckenbleibt, wenn es wachsen muß. Auf der anderen Seite möchte ich nochmals betonen, daß eine staatliche Unterstützung kein Ruhekitzen werden darf, daß eine dauerhafte Subvention dadurch mehr schadet als nützt, daß sie die Initiative zum Staat hin verlagert, wo sie aber sicher nicht hingehört.

Der Staat hat herausragende Aufgaben. Er hat eine Vielzahl von Pflichten, die andere nicht erfüllen können. Der Staat hat jedoch nicht die Aufgabe, kreativ zu sein.

Staatliche Aufgabe ist vielmehr, einen verlässlichen Rahmen so zu schaffen, daß sich Wissenschaft in Vernunft und Freiheit entwickeln kann. Wir müssen hier –Magnifizenz, Sie haben es einleitend angesprochen – durchaus über Risiken und Chancen einer neuen Wissenschaft sprechen. Und je früher und intensiver die Wissenschaft dieses Thema von sich aus aufgreift und zum Gegenstand der Diskussion macht, desto besser läßt sich eine öffentliche Diskussion führen, die nur allzu leicht auf abgesunkenes Kulturgut des Denkens zurückgreift und damit die eigentliche Problematik nur zufällig trifft. Je präziser die Wissenschaft von sich aus in diese Diskussion gestaltend eingreift, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer wachsenden Vernunft in diesem Prozeß.

Bei der öffentlichen Diskussion der Gentechnologie können wir das beobachten, was Hans Jonas in seinem Buch über das Prinzip der Verantwortung als eine Asymmetrie des Denkens bezeichnete. Jonas spricht davon, daß wir die Chancen von Neuentwicklungen häufig nur verschwommen und unklar ausmachen können, während wir glauben, die Risiken genau erkennen zu können. Aus dieser Asymmetrie des Denkens kann eine Verzerrung des Handelns entstehen. Die Aufgabe des Staates – ich wiederhole es – ist es, ein hohes Maß an Rationalität zu sichern. Insgesamt müssen zwei Dinge zusammenspielen: Die Gestaltung der Diskussion und einer wesentlichen Beteiligung der Wissenschaft, auf der anderen Seite aber auch die Entscheidung des Staates zum relevanten Problem. Ich bin kritisiert worden, weil ich gesagt habe, in der heutigen Situation hielte ich ein neues Gentechnologie-Gesetz für falsch. Und in der Tat, ich halte dies nicht nur für überflüssig, ich halte es für falsch. Ich möchte an dieser Stelle die Argumente für meine Position nicht ausführlich darstellen. Ich möchte also nicht weiter auf die wissenschaftliche Diskussion seit der Konferenz von Asilomar oder die Richtlinien der Zentralkommission für biologische Sicherheit oder auf das Seuchengesetz eingehen; dies alles ist nicht mein Punkt. Ich möchte vielmehr betonen, daß – wenn wir ein Gesetz erlassen – das Wesen dieses Gesetzes dauerhaft verlässlich sein muß. Für die Wissenschaft, ja für jede Arbeit ist ein ständiges Abändern von Gesetzen fatal. Der Glaube, eine Reform führe immer zum Besseren, ist ein Irrglaube, der sich in den 70er Jahren erledigt hat. Allein die Tatsache der Reform ist nichts in sich Gutes. In vielen Fällen ist es vielmehr so, daß etwas gut ist, was langfristig abschätzbar ist, was von einer inhärenten Vernunft und einer hinreichenden und rechtzeitigen Beschäftigung mit dem Thema geprägt ist. In einer Wissenschaft, die so dynamisch ist wie die Gentechnologie, wäre jedes Gesetz zwangsläufig ständigen Änderungen unterworfen. Dabei ist es fraglich, ob damit die Sicherheit eines solchen Gesetzes größer würde. Die Erfahrungen, die wir bislang mit den Richtlinien der ZKWS gemacht haben, haben in überzeugender Weise gezeigt, daß wir uns erstens den neuen Bedingungen rechtzeitig und flexibel angleichen konnten und daß sich zweitens die wissenschaftliche Gemeinschaft in allen Fällen an das gehalten hat, was hier als notwendig festgelegt worden ist. Und dies ist nicht etwa deshalb geschehen, weil es mit hoher staatlicher Autorität versehen gewesen wäre, sondern deshalb, weil es aus dem vernünftigen und verantwortlichen Umgang mit einer Wissenschaft, die nur bei einem Vorschub an Vertrauen in ihrem ganzen Umfeld existieren kann, geschehen ist.

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat also der Staat in dieser Situation einer Asymmetrie des Denkens durchaus eine Bringschuld. Wenn es jedoch so ist wie in den vergangenen Jahren, daß der Staat diese Entscheidung der Gemeinschaft vorenthält, wenn er über Jahre und Monate hinweg die Frage eines Gesetzes in der öf-

fentlichen Diskussion kontrovers hin und her bewegt, nicht aber entscheidet, dann kann niemand, der in diesem Bereich Verantwortung trägt, irgend etwas beginnen. Und wenn in diesem Bereich nichts begonnen wird, dann geschieht etwas, was wir hier in Deutschland erlebt haben: Wir verlieren den Anschluß an die internationale Forschung, weil wir die Kreativität unserer eigenen Forschung im Lande gehemmt haben. Eine große Leistung des Staates ist in der Tat schon dann erreicht, wenn er die Verantwortlichen nicht mehr an der Arbeit hindert, als dies unverzichtbar notwendig ist. Dann geschieht es eben, daß sich ein gesundes Unternehmen meines Wahlkreises nur noch mit 50 Mill. Dollar in den USA einkaufen kann, um den Anschluß an diese neue Technologie zu halten.

Ich sprach vorhin über die Asymmetrie des Denkens. Und wenn wir uns bemühen, die Chancen der Gentechnologie aufzulisten, dann sehen wir die Breite ihrer Anwendungsmöglichkeiten. Ich möchte nur stichwortartig die Möglichkeit erwähnen, die neue Sorte einer Kulturpflanze in ein bis zwei Jahren statt in mehreren Jahrzehnten zu züchten. Ich möchte die Frage anschnitten, ob wir Rohstoffe aus Erzen aufarbeiten können, die sehr arm sind. Ich nenne die Frage, ob wir Abfälle oder Abwässer mit modifizierten Bakterien aufarbeiten können.

Hier besteht eine Fülle von Möglichkeiten, die wir noch gar nicht ausdifferenzieren können. Die Chancen einer neuen Wissenschaft bestehen nicht in den angebahnten Zielen, sondern in der Fülle der Möglichkeiten neuer Fragestellungen. Und daraus kann etwas entstehen, was alle Prognosen übertreffen wird. Ich glaube, daß wir in dieser Wissenschaft eine Fülle von neuen Möglichkeiten entdecken werden. Ich glaube, daß es die große Leistung dieser Kultur sein wird, daß wir die Natur in einer sehr grundlegenden Weise begriffen haben. Daraus können Gestaltungsmöglichkeiten entstehen, die vorher nicht denkbar gewesen wären. Diese zusätzlichen Möglichkeiten sind in einer begrenzten Welt mit einer immer noch dynamisch wachsenden Weltbevölkerung von großer Bedeutung. Im letzten Jahrzehnt ist immer so geredet worden, als wüchsen die Probleme in eine nicht mehr beherrschbare Größenordnung hinein. Daraus ist ein Pessimismus, eine Miesepetrigkeit bei der Betrachtung von Problemen entstanden, die mehr als irgend etwas anderes die Lösbarkeit der Probleme behindert hat. Der Gedanke des Club of Rome, ein Kollaps sei unausweichlich, weil ein wirtschaftliches Wachstum in einer begrenzten Welt durch Übernutzung der Ressourcen zum Zusammenbruch führen müsse, der wird in diesen Jahren widerlegt. Dies sind die Jahre der möglichen Problemlösung, nicht aber des Problematisierens; dies sind die Jahre der auszufindenden Chancen. Dies sind die Jahre, in denen eine Welt mit einer Fülle von neuen Fragestellungen eröffnet wird; dies sind die Jahre, in denen sich die Frage des letzten Jahrzehnts, ob es noch Basisinnovationen gäbe, erledigt hat. Die Basisinnovationen sind da und sie kommen aus den unterschiedlichsten Bereichen: Dies reicht vom Verständnis von Materialien, die wir bis jetzt noch gar nicht gehabt haben – ich nenne Keramik, Verbundwerkstoffe, hochtemperaturfeste oder leitende Polymere –, über die Mikroelektronik bis hin zur Biotechnologie.

Ihnen allen ist gemeinsam, daß die knappen Ressourcen dieser Welt nicht übernutzt werden, daß Energie und Rohstoffvorräte geschont werden und daß auch die Umwelt nicht überlastet wird. Genutzt wird allein der menschliche Geist; und dies gilt für die Mikroelektronik ebenso wie für die Biotechnologie und die neuen Materialien. Damit

sage ich nicht, daß die Welt frei von Problemen sein wird. Wir gehen ohne Hurra-Patriotismus in diese neue Etappe hinein. Der Hurra-Patriotismus ist nämlich immer nur kurzlebig; er übersieht die Probleme, die auf einer langen Strecke liegen. Nur wenn wir diese Probleme rechtzeitig sehen und in einem verständigen und über den jeweiligen Fachbereich hinausgreifenden Gespräch der Lösbarkeit zuführen, nur dann werden die Probleme beherrschbar und lösbar werden.

In einer offenen Gesellschaft kann der Platz der Wissenschaft nie im elfenbeinernen Turm sein. In einer offenen Gesellschaft muß die Wissenschaft vielmehr ihre eigene Umwelt prägen, muß sie sich weit über ihre eigentliche Kompetenz hinaus in gesellschaftliche Verantwortung einlassen, und zwar nicht in der Weise einer Bringschuld, sondern in der Weise eines originären Gestaltungsauftrags, der ein natürlicher Ausfluß des gründlichen naturwissenschaftlichen Denkens und der Gestaltungsmöglichkeiten aus den Naturwissenschaften heraus ist.

Professor Lüst hat auf die Problematik der Tierversuche als ganz konkretes Beispiel hingewiesen. Ich möchte dazu eines sagen, ohne auch nur einen Deut von der Verantwortung der Bundesregierung abzustreichen: Die verantwortliche Gestaltung einer solchen Diskussion kann nur dann gelingen, wenn jeder aus seiner Verantwortung als Politiker oder Wissenschaftler seine Überlegungen in die Auseinandersetzung mit einbringt und dafür einsteht. Wenn etwa die Wissenschaft die Grundsätze ihrer Arbeit in diesem Bereich so überzeugend und klar darlegt, wie es die Max-Planck-Gesellschaft vor kurzem getan hat, dann wird daraus das Bewußtsein einer grundsätzlichen Verantwortung für das deutlich, was im Bereich der Tierversuche geschieht. Zwei Dinge jedoch müssen grundsätzlich anschaulich werden: Zum ersten werden wir überall dort, wo wir Tierversuche einschränken können, dies auch unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten von der Computersimulation bis zur schmerzfreien Zellkultur tun. Zum zweiten jedoch werden wir viele Probleme – etwa den Umgang mit bestimmten Krankheiten und den Umgang mit Erbgut – nicht lösen können, wenn wir nicht einen grundlegenden Bestand an Tierversuchen haben. Dies bedeutet, daß wir die Verantwortungsethik anschaulich machen müssen, damit nicht der Eindruck erweckt wird, hier werde nach Belieben herumgearbeitet.

Bei den ethischen Fragen der Gentechnologie, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir – und ich bedanke mich dafür – in einem sehr grundsätzlichen und guten Gespräch.

Bei den Fragen des Umgangs mit menschlichem Erbgut, nach der Würde des Menschen sind wir zu einer Fragestellung vorgestoßen, die von niemandem allein, sondern nur aus einem Gespräch zwischen den Kirchen, anderen gesellschaftlichen Kräften und essentiell der Wissenschaft und dem Staat angegangen werden können. Und deshalb haben wir im Herbst des vergangenen Jahres eine interdisziplinäre Tagung veranstaltet, und ich möchte mich nochmals bei den Herren im Saal, die daran mitgearbeitet haben, sehr herzlich bedanken. Dieser Dank gilt auch denjenigen, die bereit sind, jetzt in unserer gemeinsamen Kommission mit dem Justizminister an diesen Fragen zu arbeiten. Hier muß es uns gelingen, die Diskussion unter den Verantwortlichen und Zuständigen so aufzuarbeiten, daß die öffentliche Diskussion nicht von Emotionen überschwemmt wird und daß die Welt nicht in solche auseinanderfällt, die die Arbeit tun, und solche, die darüber reden. Dies wäre eine Welt, die die Wirklichkeit verfehlt und die Gestaltungsmöglichkeiten verschenkt.

Professor Sammet, der heute nicht bei uns sein kann, hat einmal darauf hingewiesen, daß die große Kraft der 50er Jahre nicht nur der Bestand an Arbeitskraft, an Arbeitsdisziplin oder an altem Wissen war, sondern daß es der gesellschaftliche Konsens war, der eine wesentliche Basis des Erfolges bildete. Dieser Konsens muß sich heute in einer anderen Art wieder neu formen. Nun entsteht ein solcher Konsens nicht etwa von selbst, sondern nur als kulturelle Leistung der Gemeinschaft. Daher darf ich Sie herzlich bitten, aus Ihrer Verantwortung und an Ihrer Stelle daran mitzuarbeiten, daß dies gelingt.

Ich wünsche dem neuen Zentrum eine wissenschaftliche Arbeit, die sich nicht in Formalismus oder Bürokratie verfängt. Ich wünsche vielmehr eine Arbeit, die von einem kreativen Geist des Neubeginns nicht nur eines Instituts, sondern einer jungen Wissenschaft getragen wird. Ich wünsche hier eine Arbeit, die ihre Umwelt des Denkens so gestaltet, daß die Wissenschaft daran wachsen kann. Ich wünsche eine Arbeit im Sinne dessen, was mir ein Mitglied der Science Community einmal gesagt hat: „Wir brauchen für alle derartigen Aufgaben vier G's – Glück, Geist, Geld und viel Geduld.“ In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, wünsche ich Ihnen allen und uns allen gemeinsam eine erfolgreiche Arbeit in den nächsten Jahren; jeder in seiner Verantwortung. Den Verantwortlichen wünsche ich heute, daß dieses Werk gelingt.

Dr. h.c. Franz Josef Strauß, Bayerischer Ministerpräsident:

Für die Einladung an der akademischen Feier zur Eröffnung des Genzentrums in München teilzunehmen und das Wort zu ergreifen, bedanke ich mich herzlich beim Präsidenten der Ludwig-Maximilians-Universität, Herrn Professor Dr. Steinmann. Von Anfang an habe ich die Planung und Entstehung dieses neuen Instituts nicht nur wohlwollend begleitet, sondern ich habe auch gelegentlich in die Speichen gegriffen, damit das Rad der Entwicklung sich etwas schneller fortbewege. Manchmal konnte ich auch notwendige Kurskorrekturen vornehmen. So habe ich mehrfach im Kabinett meine Ansicht geäußert, daß die ehemalige Türkenkaserne zur endgültigen Heimat dieses Zentrums werden solle. Auf diese Weise wird das Jahrhundert der Generäle von dem der Professoren abgelöst werden!

Es versteht sich von selbst, daß ich der Einladung zu dieser Feier mit besonderer Freude gefolgt bin, zumal das neue Genzentrum dem guten Ruf, dessen sich München bei den Wissenschaftlern erfreut, ganz sicher förderlich sein wird.

An den Anfang sei ein herzliches Wort des Dankes gestellt, den ich im Namen der Bayerischen Staatsregierung und in meinem eigenen Namen den Persönlichkeiten, Institutionen und Firmen ausspreche, die maßgeblichen Anteil an der Entstehung des Genzentrums haben. Unser besonderer Dank gilt

– dem Bundesminister für Forschung und Technologie, Herrn Dr. Heinz Riesenhuber, der von Beginn an das Projekt tatkräftig unterstützt hat,

- dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Herrn Prof. Dr. Reimar Lüst, der dem gentechnischen Zentrum eine zumindest vorläufige Heimat gegeben hat,
- Herrn Prof. Dr. Sammet, dem Vorsitzenden des Vorstands der Hoechst-AG, sowie dem Vorstandsvorsitzenden der Wacker-Chemie, Herrn Dr. Mittag und Herrn Dr. Müller, dem Forschungsleiter, die das Genzentrum so großzügig fördern,
- schließlich und vor allem dem unermüdlich sein großes Ziel verfolgenden Gründungschef des Genzentrums, Herrn Prof. Dr. Ernst Ludwig Winnacker. Wir beide, lieber Herr Professor, haben das erste Gespräch über das Genzentrum geführt. Dies war sozusagen die politisch-wissenschaftliche Zeugungsstunde des neuen Unternehmens. Dabei entstand auch der Gedanke, einen Förderverein zu gründen.

Am 27.10.1983 veranstaltete die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag eine Anhörung zum Thema Bio-Technik mit dem Ziel, unbestimmten Ängsten und verschwommenen Gefühlen sachliche Informationen entgegenzusetzen. Daß dieses Anliegen dringlich ist, brauche ich vor diesem Zuhörerkreis nicht zu erörtern.

Zum ersten Mal sprachen in der Bundesrepublik Deutschland Parlamentarier zu dieser schwierigen Materie mit 20 erstrangigen Wissenschaftlern. Unter Ausklammerung des äußerst sensiblen und auch gefühlsbeladenen ethisch-moralischen Fragenkreises gelang eine weitgespannte und tiefgründige Erörterung dieser neuen Technik, die schon bald unser Leben wesentlich bestimmen und verändern wird.

Das Echo in den Medien war – was bei CSU-Veranstaltungen sonst nicht immer die Regel ist – durchwegs positiv, bis hin zu dem Urteil, das Symposium sei eine Sternstunde des Bayerischen Landtags gewesen.

Die Lektüre des Berichts über diese Anhörung war für mich als biotechnischen Laien mit das Fesselndste, was ich in der letzten Zeit über wissenschaftlich-technische Probleme überhaupt gelesen habe. Es ist, als würde ein düsterer Schleier gehoben, der bisher drohend über unserer Zukunft lag. Auch wenn sich nicht alle Hoffnungen erfüllen lassen, die man an die Bio- und Gentechnik knüpft, vor allem nicht so rasch, wie wir uns dies wünschen, so hellt sich doch der von Ängsten vielerlei Art verdunkelte Horizont merklich auf. Denn keine andere technische Disziplin verweist so augenfällig wie die Biotechnik, also die sogenannte „hochsynthetische Biologie“, darauf, wie kurzschlüssig jene urteilen, die dem technischen Fortschritt grundsätzlich skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Immer wieder habe ich in Reden, Aufsätzen und Interviews meine Überzeugung ausgedrückt, daß nur die verfeinerten Techniken der Zukunft die Fehler der bisherigen „groben“ Technik beseitigen und neue vermeiden werden.

Freilich: dieser Prozeß der Versöhnung von Natur und Technik wird lange dauern. Es wird Rückschläge und Irrwege geben, es werden sich neue Probleberge auftürmen, von denen heute selbst die Experten noch nicht die Umrisse oder Ausmaße abschätzen können. So wird sich als erstes Problem schon die Frage einer sinnvollen Arbeitsteilung unter den vier deutschen Genzentren stellen.

Aber die Generallinie ist richtig: Nicht zurück aus der als prometheische Hybris verunglimpften technischen Zivilisation in das alternative, sogenannte „einfache“ Leben, das in Wahrheit nur Kargheit, Armut, Hunger und Krankheit bedeutet, sondern zu neuen Ufern vorwärts, wo neue Hoffnungen auf uns warten!

Noch ahnen wir erst, was die Medizin erhoffen darf, vielleicht gar die Beherrschung der Geißel der Menschheit, des Krebses. Die Hoffnung, den Hunger in der Welt ein für allemal zu besiegen, ist in ihrer Großartigkeit nur zu vergleichen mit dem Sieg über die furchtbaren Epidemien früherer Jahrhunderte und Jahrzehnte: Pest, Cholera, Pocken – übrigens auch sie schon Triumphe einer frühen Biotechnik!

Vielleicht müssen wir alle in Wissenschaft und Politik, in Technik und Wirtschaft gänzlich neue Denkbahnen finden, wenn wir zum Beispiel Fragen des Umweltschutzes lösen wollen. Die Vorstellung, die Wissenschaft werde in nicht allzu ferner Zeit Bakterien liefern, die ganze Ölteppiche auffressen, ist nicht minder atemberaubend als die Zukunft auf dem Gebiet der Kommunikation, wo Mikro- und Molekularelektronik offenbar einem Verschmelzungsprozeß entgegengehen.

Vor diesen gewaltigen Aussichten verschließen nur jene die Augen, die der Meinung sind, der Mensch sei überhaupt eine Fehlkonstruktion der Natur, er habe wieder zu verschwinden, damit die Natur wieder ins Gleichgewicht komme. Wer so denkt, spricht und auch handelt, der hofft auch, die Zeit der Abschaffung des Menschen nicht mehr zu erleben. Auf solche Propheten brauchen wir nicht zu hören, sie gelten nicht nur im eigenen Lande nichts, sondern überall, wo vernünftige Menschen leben!

Als Ministerpräsident des ältesten und größten Landes der Bundesrepublik Deutschland bin ich stolz darauf, daß Bayerns Ruf, Heimat modernster Industrien und Forschung zu sein, mit der Errichtung des Genzentrums München gemehrt und gefestigt wird.

Dies nicht nur wegen der technisch-wissenschaftlichen, sondern auch wegen der wissenschaftspolitischen Bedeutung des neuen Zentrums. Was nämlich wissenschaftsintern als Gegenmelodie zur Spezialisierung immer klarer erkennbar wird, die zunehmenden „Grenzüberschreitungen“ zwischen den Fachbereichen, das spiegelt sich auch im Bereich der Institutionen wider: So stellt das Genzentrum in München die Frucht des gemeinsamen Bemühens von Universität, Max-Planck-Gesellschaft, Privatunternehmen, dem Freistaat Bayern und der Bundesrepublik Deutschland dar. Der wachsenden Beweglichkeit in den Wissenschaften entspricht es also, wenn wir alte, starre und verkrustete Strukturen nicht weiterhin nur murrend hinnehmen, sondern sie entschlossen aufweichen und nötigenfalls auch aufbrechen, soweit dies dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt dienlich ist. So wird man auch in nächster Zeit die Frage des Funktionswandels unserer Universitäten ernsthaft zu prüfen haben.

Vorgestern habe ich aus Anlaß der Eröffnung der neuen Halle für Luft- und Raumfahrt des Deutschen Museums die Sätze zitiert, die der Erlanger Historiker Michael Stürmer auf dem Münchner Symposium zum Thema „Kultur und Politik“ am 7.4.1984 gesagt hat. Diese Sätze möchte ich wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die Zukunft unseres Landes hier vor Ihnen wiederholen:

„Wir haben nichts als die Kraft unserer Gedanken. Wir werden als Werkstatt der Welt überleben und als Kulturnation, oder wir werden nicht überleben. Ein drittes gibt es nicht, oder nur in der Form einer großen Armuts- und Knappheitsverwaltung, die sich dadurch rechtfertigt, daß sie den Kampf aller gegen alle aufschiebt: Die freiheitliche Demokratie wäre dann längst eine ferne Erinnerung.“ (zitiert nach: FAZ vom 11.4.1984)

Daß das neue Genzentrum in München zu einer Werkstatt im Sinne dieser Worte werden wird, dafür bürgt der wissenschaftliche Ruf Prof. Winnackers und seiner Mit-

arbeiter, dafür bürgt aber auch die der großen Sache angemessene, enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Industrie und Staat.

Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich nicht ohne Stolz vermerke, daß Bayern mit dem wichtigsten „strategischen Material der Deutschen“, wie Michael Stürmer die „kleinen grauen Zellen“ genannt hat, besonders pfleglich umgeht. So haben wir mit großem Nachdruck, als der Bund ankündigte, er werde die Begabtenförderung einstellen, diese Frage in Landeszuständigkeit mit einheitlichen Förderungssätzen, allerdings auch mit Zustimmung und Unterstützung des Bundes, wieder aufgegriffen, und wir werden auch in einer der nächsten Kabinettsitzungen die Frage einer von Einkommensgrenzen befreiten Förderung der Höchstbegabten lösen. Einkommensgrenzen mögen bei allgemeinen Förderungsmaßnahmen einen Sinn haben. Bei Höchstbegabten haben sie ihre Daseinsberechtigung verloren, besonders dann, wenn sie von einer fiskalischen Sozialhilfedimension geprägt sind.

Außerdem hat Bayern zwei neue Lehrstühle auf dem Gebiet der Mikroelektronik geschaffen. Aber es gibt noch mehr Beweise für den pfleglichen Umgang, den wir in Bayern mit unserem wichtigsten Rohstoff, dem Rohstoff „Geist“, pflegen. Nach dem Krieg sind Bayern und seine Landeshauptstadt zum deutschen Zentrum der Elektronik-, der Luft- und Raumfahrtindustrie geworden. Ganz bewußt hat die Bayerische Staatsregierung schon in den Jahren des Wiederaufbaus bei ihrer Struktur- und Ansiedlungspolitik der schlotfreien Industrie Vorrang eingeräumt und, wie sich heute herausstellt, damit ins Schwarze getroffen. Denn hinsichtlich der Modernität und Effektivität von Forschung und Industrie spricht man heute bereits von einem Süd-Nord-Gefälle.

Ich bin sicher, auch das neue Genzentrum wird mit seiner Forschungsarbeit weitreichende wissenschaftliche, technische und industrielle Folgewirkungen verursachen.

Noch ist es nicht ganz vergessen, jenes Wort der 60er Jahre, das Wort von der „Techniklücke“. Manche Neunmalklugen haben dies damals so ausgelegt, als ob wir Europäer nurmehr für die sogenannten höheren Aufgaben der Menschheit bestimmt wären, nämlich für die Lösung philosophischer, psychologischer und pädagogischer Fragen, als ob die anderen für den etwas schäbigen technischen Fortschritt und seine wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten vorherbestimmt wären. Wir haben in Bayern auf mehreren Gebieten genau das Gegenteil bewiesen, so etwa in der Mikromechanik und dann in der ganzen Luft- und Raumfahrtindustrie! So reiht sich der heutige Tag als ein Meilenstein auf diesem Weg des technischen Fortschritts ein. Unsere Hoffnung darauf, eingetretene Rückstände zu überwinden, wird durch dieses neue Institut gestärkt!

So wünsche ich dem neuen Genzentrum München, seinen Mitarbeitern und Förderern, daß sich in Arbeit und Erfolg verwirklicht, was Max Planck über die Unruhe im fortschreitenden Erkenntnisprozess gesagt hat:

„Der unermesslich reichen, stets sich erneuernden Natur gegenüber wird der Mensch, so weit er auch in der wissenschaftlichen Erkenntnis fortgeschritten sein mag, immer das sich wundernde Kind bleiben, und muß sich stets auf neue Überraschungen gefaßt machen.“

Ich bin sicher, die Überraschungen auf dem Gebiete der Gen- und Biotechnik werden sich für die Menschen segensreich auswirken!

Herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank!

„Gentechnik – ein Aufbruch zu neuen Grenzen

Prof. Dr. Ernst-Ludwig Winnacker:

Daß sich zur Eröffnung eines biologischen Laboratoriums, das die Max-Planck-Gesellschaft und die Universität München gemeinsam betreiben wollen, eine solch illustre Gesellschaft zusammengefunden hat, ist eindrucklich, um nicht zu sagen, ungewöhnlich. Es kann nicht mit den Räumlichkeiten zusammenhängen, die hier eingeweiht werden, da ja unsere Gesellschaft schon weitaus größere Bauwerke in der Vergangenheit errichtet hat und in der Zukunft errichten wird. Auch am Geld wird es kaum liegen, denn so viel es einerseits für uns Wissenschaftler darstellt, so wenig ist es im Grunde selbst in den Dimensionen einer Universität, geschweige denn von denen eines Bundesministeriums oder gar eines Staates wie der Bundesrepublik Deutschland.

Es ist etwas anderes, was uns hier und heute zusammenführt, und was seit ca. fünfzehn Jahren zunächst nur die Wissenschaftler selbst erregte, aber schnell auch die ganze Gesellschaft beschäftigte. Ähnlich wie uns in einem Konzert die Virtuosität, die stupende Sicherheit und das Verschmelzen des Künstlers mit seiner Interpretation ein Schauer über den Rücken laufen läßt, so ist etwas Besonderes an dieser Wissenschaft, von der hier die Rede ist, der molekularen Biologie und einer daraus entwickelten Technik, der Gentechnologie. Für den Laien und Kenner gleichermaßen geht von ihr eine Faszination aus, die wohl damit zu tun hat, daß diese Wissenschaft wie keine andere die inneren Zusammenhänge in Organismen und Zellen zu verstehen und zu verändern erlaubt und damit an das Leben selbst zu rühren scheint.

Dabei ist der Begriff des Gens, den diese Wissenschaft im Namen führt, gar nicht neu. Der Augustinermönch Gregor Mendel, der vor etwas über hundert Jahren, am 6. Januar 1884, verstorben ist, hat im Jahre 1866 die Gene als Elemente definiert, die die äußeren Merkmale eines Organismus charakterisieren und die nach bestimmten Gesetzen von den Eltern auf die Nachkommen übertragen werden. Den berühmten Versuch mit den Erbsen hat die Deutsche Bundespost sogar auf einer kürzlich erschienenen Briefmarke verewigt. Es hat nach der Formulierung der Mendel'schen Gesetze dann fast achtzig Jahre gedauert, bis die stoffliche Natur der Gene durch Avery im Jahre 1944 als Desoxyribonukleinsäure erkannt wurde. Die weiteren Strukturuntersuchungen gipfelten dann im Jahre 1953 in der Erkennung der Doppelhelixstruktur der DNA durch Watson und Crick. Dieser Strukturvorschlag war deshalb so bedeutend, weil er die Funktion dieses Moleküls verständlich machte. Er erklärte mit einem Schlag, wie sich ein solches Molekül vermehren kann und wie bei diesem Vorgang der Vermehrung die in dem Molekül enthaltene Information exakt kopiert und für die Tochtermoleküle erhalten bleiben kann. In der Folge ist dann erkannt worden, daß die Erbinformation in der Form von nur vier Bausteinen in der DNA verschlüsselt vorliegt und daß die Reihenfolge dieser Bausteine für einen Organismus charakteristisch ist. In jeder menschlichen Zelle sind es ca. 3 Milliarden dieser Bausteine, die auf 46 Chromosomen verteilt sind, auf denen sich vielleicht 50, vielleicht auch 150 000 Gene befinden. Die Gentechnologie, um nun auf diese Wissenschaft zu kommen, erlaubt die Isolierung einzelner Gene und ihren Transfer in einen anderen Organismus, in dem sie dann ebenfalls aktiv werden können. Dabei kann es dann z.B. gelingen, das Gen für das Hormon Insulin aus dem Menschen in ein Bakterium zu übertragen, das nun unter seiner Leitung menschliches Insulin produziert. Diese beiden Sätze umschreiben in wenigen Worten das Prinzip oder die Einheitsoperationen der Gentech-

nologie. Da es jedoch, wie angedeutet, viele Gene und viele verschiedene Organismen gibt, erkennt man sofort, wie dieses Arbeitsgebiet in die gesamte Biologie hineinreicht. Wie wir alle wissen, hat es jedoch weit über die Grundlagenforschung hinaus seine Ausstrahlung bereits bis hin in die Anwendung. Vor allen Dingen in den angelsächsischen Ländern und hier in den USA ist es gelungen, das neuerworbene Know-how schnell in die Praxis umzusetzen und z.B. erstmals dem Diabetiker, dem bislang nur Rinder- und Schweineinsulin zur Verfügung stand, humanes Insulin anzubieten.

Es besteht kein Zweifel, daß diese Verflechtung von Grundlagenforschung und Anwendung auch für unser Land von Bedeutung sein könnte. Die Gründung der verschiedenen Genzentren ist sicherlich ein Ausdruck dieser Bemühungen um den Anschluß an eine neue Technologie, in der wir weltweit kompetitiv auftreten wollen und müssen. In diesem Zusammenhang muß auch das Münchener Genzentrum gesehen werden. Es baut an sich auf einer Reihe von Aktivitäten auf, die auch schon vorher existierten und die international anerkannt sind. Ein Teil dieser Bemühungen, sowohl an der Universität als auch an den Max-Planck-Instituten, ist nun in einem großen Antrag zusammengefaßt worden. Darüberhinaus ist zusätzlich ein Laboratorium gegründet worden, in dem über die von den Instituten vorhandenen Kapazitäten hinaus die Gründung einer Reihe von Arbeitsgruppen geplant ist, die die bisherigen Aktivitäten komplementierten, aber auch durch neue Forschungsrichtungen ergänzen sollen.

Um welche Forschungsrichtungen nun soll es sich hier handeln? Ich möchte diese mit dem Stichwort „Synthetische Biologie“ umschreiben. Dieser Begriff ist ähnlich zu verstehen wie der Ausdruck „Synthetische organische Chemie“ für eine Wissenschaft, die synthetische Produkte, wie sie in der Natur *nicht* vorkommen, mit Methoden der synthetischen organischen Chemie zu schaffen in der Lage ist. In unserem Falle der „Synthetischen Biologie“ geht es also um die Synthese biologisch aktiver Moleküle, die neue, bislang unbekannte Eigenschaften haben. Wie kann man sich dies vorstellen?

Die unmittelbaren Produkte der Gene sind die Proteine, die nun nicht mehr, wie die Gene, aus nur vier Bausteinen, sondern aus insgesamt zwanzig Bausteinen, den Aminosäuren, aufgebaut sind. Proteine haben in einem Organismus die verschiedensten Funktionen und dienen z.B., wie das bereits erwähnte Insulin, als Hormone, oder, wie wir es von unseren Nutzpflanzen kennen, als Speicherproteine und schließlich als sog. Enzyme. Enzyme sind die Katalysatoren der lebenden Zelle, die für die unendlich vielen Stoffumwandlungen in einer Zelle verantwortlich sind. Durch Veränderungen an ihren Genen könnte man im Prinzip die Zusammensetzung der Proteine verändern und damit neue Funktionen erzwingen. So ließe sich z.B. durch entsprechende Manipulationen eine Pflanze gewinnen, deren Speicherprotein eine andere Aminosäurezusammensetzung besäße und die daher vielleicht einen erhöhten Nährwert aufwiese. Oder man könnte sich vorstellen, durch gezielte Mutationen die katalytischen Eigenschaften der Enzyme so zu verändern, daß sie z.B. hitzestabil werden und für die industrielle Anwendung geeignet werden. Es gibt heute auch Ansätze in der Wissenschaft, die die Vorstellung erlauben, neue, bisher nicht bekannte Enzyme auf dem Reißbrett zu konstruieren, die neue Substrate zu erkennen, wie z.B. das leidige DDT oder das so toxische Dioxin.

Die Natur hat uns auch diese Möglichkeiten vorgemacht und gezeigt, daß schon sehr subtile Veränderungen, wie sie durch bestimmte Mutationen erzeugt werden, große Wirkungen zeitigen. So wissen wir z.B. von der Sichelzellanämie, daß hier der Austausch von nur einer einzigen Aminosäure im Hämoglobin zu einem für den Trä-

ger katastrophalen Verlust der Sauerstoffaffinität des Blutes führt. Oder schauen wir uns die Onkogene an, deren Produkte auch in gesunden Zellen vorkommen und die durch eine einzige Punktmutation und den damit verbundenen Aminosäureaustausch onkogenen, d.h. bösartigen Charakter erhalten und die betroffene Zelle in eine Tumorzelle verwandeln.

Die Natur erzeugt diese Veränderungen, zum Guten und zum Schlechten, wahllos durch Fehler in der Vermehrung der Erbinformation oder auch auf Grund äußerer physikalischer Einwirkungen, wie etwa durch kosmische Strahlung oder die ultraviolette Höhenstrahlung. Die gezielte Einführung von Mutationen in die Erbinformation und auch die Synthese von ganzen Genen ist heute vergleichsweise einfach möglich. Der indische Chemiker Gobind Khorana veröffentlichte vor 16 Jahren zum ersten Mal die Synthese eines ganzen Gens mit rein chemischen Methoden, im gleichen Jahre 1968, als er der Nobelpreis für Medizin für die Entzifferung des genetischen Codes erhielt. Für den Zusammenbau dieses aus ca. 200 Bausteinen aufgebauten Gens arbeiteten insgesamt 40 Chemiker über fünf Jahre. Heute sind die Methoden so verfeinert, daß die Aufgabe in vielleicht vierzehn Tagen zu lösen wäre; man brauchte dazu nicht einmal mehr einen Chemiker; überdies stehen bereits sog. Genmaschinen zur Verfügung, die als Automaten nur noch mit den kommerziell erhältlichen Vorläufern gefüttert werden müssen, um über Nacht die gewünschten Gene bzw. ihre Bruchstücke zu liefern.

Ein Kenner der Materie wird angesichts dieser sehr futuristisch wirkenden Bemerkung mit Recht einwenden, daß wir uns bislang ja nur mit der Synthese und Modifikation von Genen befaßt haben, die in der Natur bereits vorkommen. Das ist sicher richtig. Es ist aber auch richtig, daß die synthetischen organischen Chemiker vor ca. hundert Jahren, als sie ihre ersten schwierigen Schritte auf dem Gebiete ihrer neuen Wissenschaft gingen, auch nichts anderes getan haben, als der Natur auf die Finger geschaut und dies nachgeahmt. So synthetisierte seinerzeit A. v. Bayer in München, im Jahre 1883, als erster den Indigo, einen wichtigen blauen Pflanzenfarbstoff. Erst danach wagte man sich an künstliche Farbstoffe, die heute mit den Vorbildern der Natur auch nicht das Geringste mehr zu tun haben. Das soeben vorgezeichnete Bild einer synthetischen Biologie befindet sich also erst im Anfang, auf einer Stufe, in der wir zunächst versuchen, mit den modernen Methoden überhaupt den Zusammenhängen der Natur auf die Schliche zu kommen. In diesem Sinne wird das Genzentrum also nicht nur auf diesem rein synthetischen Gebiet, sondern auch in verschiedenen biologischen Systemen tätig werden. Ich kann hier nur einige wenige dieser Fragestellungen auswählen. Auf dem Gebiet der Pflanzen z.B. befaßt sich eine Arbeitsgruppe um Prof. Zenk mit dem Problem der Synthese von Sekundärmetaboliten in Pflanzen. Pflanzen, gerade die sog. Arzneipflanzen, produzieren gelegentlich medizinisch interessante Wirkstoffe, wie z.B. das Morphin oder auch sog. Steroide, die heute als Vorläufer der Herstellung von z.B. Antibabypillen dienen. Die Mechanismen dieser komplexen Syntheseketten, die zum Aufbau dieser auch für die synthetische organische Chemie nicht leicht zugänglichen Produkte führen, sind nicht verstanden; die Synthese der Produkte, z.B. in Zellkulturen, bislang nicht steuerbar. Vielleicht könnte es sogar gelingen, die Maschinerie für die Synthese dieser Produkte von den Pflanzen auf die Bakterien hin zu übertragen und die gewünschten Pflanzeninhaltsstoffe in abgeschlossenen Fermentern synthetisieren zu lassen. Mindestens zwei, wenn nicht drei Arbeitsgruppen, darunter die Arbeitskreise von Prof. Riethmüller und Prof. Zachau, werden

sich mit Fragen der Struktur und Funktion des Immunsystems befassen. Das menschliche Immunsystem hat zwei Komponenten, einen sog. humoralen Bereich, der mit der Bildung der Antikörper zu tun hat, und einen zellulären Bereich, der die Transplantatabstoßung, die Unterscheidung also zwischen selbst und nichtselbst, betrifft.

Im ersten Fall, der Antikörperbildung, geht es um die Frage, wie das Immunsystem auf nahezu jedes Antigen, das von außen in den Organismus gebracht wird, mit der Produktion eines Antikörpers reagiert. Wir sind damit in der Lage, Millionen verschiedener Antikörper zu synthetisieren, viel mehr als ein Organismus überhaupt Gene hat, die er ja noch zu etwas anderem braucht. Es ist heute bekannt, daß ein Organismus sich diese Gene für die Synthese der Antikörper aus vielen Stücken zusammensetzt, die zum Teil sogar auf verschiedenen Chromosomen lokalisiert sind. Mit Hilfe dieses Tricks, die Gene als Mosaik darzustellen, braucht man natürlich sehr viel weniger einzelne Genstücke; aber wo diese sich befinden, wieviele es wirklich sind und vor allem, wie die verschiedenen Stücke zusammenfinden, ist weiterhin unbekannt. Nicht weniger komplex ist die Situation in Sachen der Transplantatabstoßung. Hier gilt es nicht, wie eben, ein fremdes, lösliches Anliegen zu erkennen, sondern eine fremde Zelle. Damit entstehen Fragestellungen der Zell-Zellerkennung und der Struktur von Zelloberflächen. Ein Organismus ermüdet übrigens in der korrekten Erkennung von eigenen oder fremden Zelloberflächen, ein Phänomen, das allgemein unter dem Stichwort Rheuma bekannt, aber nicht verstanden ist. Ähnliche, aber zu völlig anderen Zielen führende Fragestellungen stellt uns das Nervensystem, dessen Steuerung eine Arbeitsgruppe um Prof. Thoenen in bestimmten Aspekten mit modernen gentechnologischen Methoden anzugehen versucht. Schließlich sei nicht verschwiegen, daß wir selbst auf dem Gebiet der so einfach erscheinenden Organismen wie den einzelligen Mikroorganismen, noch keineswegs alles wissen. Gerade in den letzten Jahren wurde eine Klasse von Mikroorganismen entdeckt, die sog. Archaeobakterien; sie leben in extremen Habitats, z.B. extrem salzreichen Meeren, wie dem Toten Meer oder in siedenden vulkanischen Quellen auf dem Meeresboden. Um dort zu existieren, haben sie sich in besonderer Weise angepaßt, mit Membranhüllen, die Sonnenlicht mit hohem Wirkungsgrad direkt in chemische Energie umwandeln, oder mit Enzymen, die Temperaturen von über 100 Grad C widerstehen. Diese auch gerade für die industrielle Anwendung interessanten Organismen der Gentechnologie zugänglich zu machen, ist u.a. das Arbeitsgebiet der Kollegen Böck, Oesterhelt und Zillig. Neben diesen und anderen ungenannt gebliebenen Projekten, die nunmehr gefördert werden, erhalten wir auch laufend Anfragen von anderen Instituten, z.B. der Tierzucht, der Forstwissenschaften und der Genetik, die wir selbstverständlich alle, wo irgend möglich, berücksichtigen werden. Es wird hiermit auf eindruckliche Weise deutlich, wie sehr es sich bei der Gentechnik um eine fachübergreifende, interdisziplinäre Wissenschaft handelt.

Wir berücksichtigen mit der Gründung dieses Forschungsschwerpunktes diese neuen Entwicklungen nun in der Forschung, müssen es aber auch in der Lehre tun.

Die Universität plant daher den Bau eines Münchener biologischen Laboratoriums nach dem Vorbild der berühmten Harvard Biological Laboratories. Hier wollen wir versuchen, endlich wieder aus den engen Grenzen, die die kleinen Fakultäten setzen, herauszukommen, und damit nicht einfach Raum suchen, sondern ein Konzept verwirklichen, das in unserem Lande einmalig wäre. Wir sind in diesem Lande stark in Fächern, die auch klar in der Lehre und den Hochschulstrukturen definiert sind, aber

nicht in den Grenzgebieten. Hier haben uns die Angelsachsen einiges voraus. Ende Oktober 1983 hatten wir als Wissenschaftler die einmalige Gelegenheit, diese und andere Sorgen im Landtag vorzutragen. Wir sind außerordentlich dankbar dafür, daß nun auch die Politik die Fehler aus der Vergangenheit der Hochschulgesetzgebung aufgreift. Ihre Unterstützung dieses neuen Genzentrums ist uns ein eindrücklicher Beweis dafür, wie ernst nun diese Sorgen genommen werden.

Von Winston Churchill stammt der folgende Ausspruch: „The empires of the future are the empires of the mind.“ Vor dieser Vision stehen heute nicht nur Wissenschaft und Politik, sondern auch die Industrie und die ganze Gesellschaft. Die Industrie hat auf die Herausforderung der Gentechnologie ganz unterschiedlich reagiert. In den USA und auch England haben Wissenschaftler viele neue Firmen gegründet, die sicher nicht alle überleben werden, die aber für die Entwicklung des Arbeitsgebiets wirkliche Signalwirkung hatten. In unserem Lande war dies aus unterschiedlichen Gründen, die von einer falsch und nur pauschal verstandenen Nebentätigkeitsverordnung bis hin zum fehlenden Wagniskapital reichen, außerordentlich schwierig. Statt dessen hat aber die klassische chemische Industrie, insbesondere die Hoechst AG, die natürlich auch ein Produkt, das Insulin, zu verlieren hatte, das Thema auf unkonventionelle Weise aufgegriffen. Sie und die Wacker-Chemie AG unterstützen nun dieses Zentrum in großzügiger Weise. Damit wurden auch die Weichen für die Förderung durch den Bundesminister für Forschung und Technologie gestellt. Wir sind hierfür ganz außerordentlich dankbar. Lassen Sie mich aus den Bewilligungsbedingungen zitieren:

„Die Firma Hoechst AG, das Consortium für elektrochemische Industrien und ggf. andere Industriepartner erhalten die Möglichkeit, Mitarbeiter zur Ausbildung und Weiterbildung an die beteiligten Institute zu entsenden. Hierbei gelten für die BMFT-geförderten Teilprojekte folgende Rahmenbedingungen:

- Industriemitarbeiter können auch im Rahmen der vom BMFT geförderten Teilprojekte mitarbeiten – das Genzentrum muß gewährleisten, daß die Mitarbeit auch für weitere Arbeitsgruppen von außen möglich ist;
- freier Informationsfluß und Know-how-Transfer zwischen den Beteiligten;
- keine Exklusivrechte;
- Beitrittsmöglichkeiten für andere Industriepartner.“

Wir werden von unserer Seite sicherlich alles tun, um diesem Wortlaut zum Leben zu verhelfen und damit auch einen Beitrag zur Technologieentwicklung in diesem Lande zu leisten.

Die Gentechnologie-Diskussion ist seit ihrer Entstehung auch mit dem Problem der biologischen Sicherheit verknüpft. Zu diesem Aspekt ist in den vergangenen Jahren und besonders auch in neuester Zeit viel gesagt worden. Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang mit einem alten Zitat zu beginnen:

Ungeheuer ist viel, und nichts
ungeheurer als der Mensch.
Der nämlich, über das graue Meer
in stürmendem Süd fährt er dahin
andringend unter rings
umrauschenden Wogen. Die Erde auch,
der Göttlichen höchste, die nimmer vergeht
und nimmer ermüdet, schöpft er aus

und wühlt, die Pflugschar pressend,
Jahr um Jahr mit Rössern und Mäulern.
Und weiter:

So über Verhoffen begabt mit der Klugheit
erfindender Kunst, geht zum Schlimmen er bald und bald
zum Guten hin.

Ehret des Landes Gesetze er und der Götter
beschworenes Recht –
hoch steht dann seine Stadt. Stadtlos ist er,
der verwegen das Schändliche tut.

Angesichts der neuen Dimensionen, der neuen Größenordnungen der technischen Entwicklung ist dieses Preislied der Antike auf die menschliche Technik wohl nicht mehr uneingeschränkt haltbar. Das bloße Einhalten der Gesetze allein reicht heute nicht mehr; denn es steht außer Frage, daß wir zwar weiterhin alles entdecken dürfen, aber vielleicht nicht immer alles damit tun sollten. Vielleicht müssen wir sogar, um mit Hans Jonas zu sprechen, fortschreiten vom Maßhalten im Gebrauch der Macht, das immer ratsam war, zum Maßhalten im Erwerb der Macht. Dabei ist dies keineswegs etwa als eine Verzichtspolitik zu verstehen, sondern als eine Differenzierung, nicht *alle* Wege nicht, sondern nur einzelne bestimmte Wege nicht zu gehen, die entsprechenden Grenzen nicht zu überschreiten. Welche Grenzen spreche ich hier an; es sind für uns Wissenschaftler die Manipulationen an Keimbahnzellen des Menschen und Versuche der Klonierung von Menschen. Der Gentechnologie gelingt es bereits heute, genetische Defekte in menschlichen Embryos und/oder in erwachsenen Menschen zu identifizieren. Es ist auch wohl nichts dagegen einzuwenden, diese genetischen Defekte, sofern sie eine einfache Ursache haben, durch Manipulationen an somatischen Stellen zu korrigieren. Nicht akzeptabel wären jedoch Versuche, einen menschlichen Embryo, sagen wir auf dem 16-Zellen-Stadium in 16 einzelne Zellen zu zerlegen und diese dann zu 16 einzelnen, klonierten Individuen aufzuziehen. Verwerflicher wäre es vielleicht noch, vorher an den 16 einzelnen Zellen herumzumanipulieren, so wie es heute in der Tierzucht, z.B. an Mäusen, möglich ist. Es sei in diesem Zusammenhang bemerkt, daß es ja noch einen weiteren Grad der Steigerung in diesem Geschäft geben könnte, die Klonierung von erwachsenen Menschen. Im Gegensatz zum Embryo sind natürlich in jenem bestimmte Merkmale zu erkennen, die es für jemanden lohnen könnte, sich mehrfach repräsentiert zu sehen. Hierzu ist zu sagen, daß solche Versuche nicht einmal mit so vergleichsweise niederen Organismen, wie den Fröschen, gelingen, geschweige denn mit Säugern, wie etwa der Maus. Dies liegt möglicherweise daran, daß somatische Zellen von erwachsenen Organismen nicht mehr totipotent sind, daß in solchen Zellen irreversible Chromosomenveränderungen stattgefunden haben, so daß diese Zellen nicht mehr jeden Entwicklungszustand des wachsenden Organismus' zu durchlaufen in der Lage sind. Dies müßten sie ja, wenn aus einer einzigen solchen Zelle, sagen wir, der Haut, ein intakter ganzer Organismus werden soll. Es ist z.Zt. nicht möglich, anzugeben, ob sich an diesem Punkte in der Biologie nicht eine prinzipielle Grenze auftut, die wir niemals werden überschreiten können. Auch wenn die Erwartungen, die wir in den letzten 15 Jahren in die Gentechnologie gesetzt haben, immer erfüllt, wenn nicht sogar übertroffen wurden, so sind wir doch in diesem Punkte der Klonierung ganzer Organismen aus einzelnen somatischen Zellen nicht wesentlich weitergekommen.

Zusammenfassend ist also wichtig zu sagen, daß zwischen den Übertragungen einzelner Gene und Manipulationen an einem ganzen Satz von Genen, wie sie in einer Zelle repräsentiert sind, nicht nur enorme quantitative, sondern auch qualitative Unterschiede bestehen.

Es ist wie der Unterschied in der Fortbewegung eines Menschen, der sich mit eigener Kraft nicht in die Luft erheben, aber mit entsprechenden Hilfsmitteln eine neue, in diesem Falle weithin erfreuliche Dimension des weltweiten Flugverkehrs betreten hat.

Dem Publikum sind diese Probleme nicht sehr klarzumachen, da es sich von der Komplexität der Gene und insbesondere ihrer Dynamik gar keine rechte Vorstellung machen kann. Die Astronomen bedienen sich, um die unendlichen Entfernungen des Alls zu erläutern, der Lichtjahre, die Finanzminister sollten vielleicht, wenn die Schulden eine Milliarde Mark überschreiten, von Lichtmark sprechen, die molekularen Biologen haben bislang noch nicht richtig im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden, um sich hierüber Gedanken zu machen. Sie sollten es jetzt aber tun, da eine neue Welle der Diskussion über unser Land hereinbricht, die gerade diesen prinzipiellen Unterschied zwischen der Übertragung einzelner oder weniger Gene und der Manipulation an einer auch für uns „Schwarzen Box“, nämlich den Genom des Menschen, ignoriert. Es wird der gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten, Wissenschaftler und Politiker, bedürfen, um unser Land von diesem Arbeitsgebiet, von diesen Techniken nicht abzuschneiden und ihm seinen Platz „im Reich der Zukunft als dem Reiche des Geistes“ zu sichern.

In den vergangenen zwei Jahren, die es brauchte, diesen Forschungsschwerpunkt zu errichten, habe ich viel Hilfe erhalten. Da ist zunächst das Präsidium der Universität München, allen voran Herr Präsident Steinmann, Herr Kanzler Friedberger und Herr Vizepräsident Zöllner; die den Weg für die formale Struktur dieses Forschungsschwerpunktes gebaut haben. Es haben sich weiterhin Herr Prof. Lüst und sein Generalsekretär, Herr Ranft, außerordentlich viel Zeit genommen und in vielen Unterhaltungen schließlich zur Formulierung des geistigen Konzepts wesentlich beigetragen und sie haben natürlich auch den Raum zur Verfügung gestellt. Der Herr Ministerpräsident hat sich, wie er ja auch durch sein Erscheinen dokumentiert, persönlich für die neuen Entwicklungen eingesetzt. Im Kultusministerium haben uns die Herren Zimmermann und Weininger die Weichen stellen geholfen, und im Bundesministerium für Forschung und Technologie waren und sind es Herr Minister Dr. Riesenhuber sowie Herr Dr. Bichl und Herr Dr. Binder, die sich so erfolgreich für unser Konzept eingesetzt haben. Den Kollegen der Industrie, allen voran Herrn Prof. Sammet, Dr. Müller und Dr. Mittag, habe ich bereits meinen Dank ausgesprochen. Mein letztes, aber deswegen nicht weniger wichtiges Dankeschön gilt den Kollegen, die den ganzen Weg bisher mitgegangen sind, deren Arbeit heute von unserem Forschungsschwerpunkt finanziert wird und die nun, wie ich, hoffen, daß wir an diesem Punkte nicht stehenbleiben, sondern weiterhin und vermehrt die Hilfe des Staates und der Industrie in unserem Bemühen um die Entwicklung dieser neuen Technologie in Forschung und Lehre zu erhalten. Ich schliesse mit der Bitte an meine Kollegen, weiterhin so mitzuarbeiten wie bisher, sich weiterhin und immer mehr mit diesem Forschungsschwerpunkt zu identifizieren, so daß er Weltgeltung erlangt. Ich verbinde diese Bitte mit der Hoffnung, daß das Ganze schließlich mehr darstellen mag als die Summe seiner Teile.

Erweiterungsbau der Zahnklinik

Der Erweiterungsbau der Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten in der Goethestraße 70 wurde am 16. Mai 1984 feierlich eröffnet. Anschließend an die nachstehend abgedruckten Reden hielt der Leiter des Universitätsbauamtes, Ltd. Baudirektor Werner Dilg, einen Vortrag mit Lichtbildern über die Geschichte und den Umbau der Zahnklinik.

Begrüßung durch den geschäftsführenden Direktor der Zahnklinik, Prof. Dr. Eberhard Sonnabend:

Es ist mir eine besondere Ehre und Freude, Ihnen allen ein herzliches Willkommen bei unserer heutigen Einweihungsfeier zurufen zu können.

An diesem glücklichen Tage entbiete ich Ihnen zugleich im Namen des Direktoriums unseres Hauses gemeinsam mit Santa Apollonia unseren Gruß zuvor. Sie steht – von Potzler aus München geschaffen – nun schon rund 20 Jahre schützend mit ihrem Patronat vor diesem Hause für Zahnkranke und für Zahnärzte. Im Winter wirkt sie mit ihrem hermelinartigen Schneekragen und Käppi am schönsten, im Sommer dagegen umhüllt ihr metallenes Antlitz ein leeres Hinterhaupt. Meinte doch gleich nach ihrer Aufstellung ein sie begeistert umarmender Fakultätskollege: Ich dachte, die Zahnmediziner hätten Hirn?! Nun, sie hatten es – und wie sie's heute haben müssen, soll sich zeigen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Mit dieser allgemeinen und so speziellen Einleitung habe ich der Versuchung widerstanden, sie alle mit einer nicht enden wollenden Begrüßung aller Gäste – etwa einer Kavitätenpräparation vergleichbar – zu beglücken. Dennoch kann ich nicht umhin, meiner besonderen Freude darüber Ausdruck zu geben, daß Sie, verehrter Herr Minister, heute zu uns gekommen sind. Vielmehr habe ich mir diese Laudationes für den Dank aufgehoben. Zuvor gestatten Sie mir eine kurze Rückblende, den Blick auf unser Jetzt und auf morgen.

Just vor rund 100 Jahren bemühte sich der Verein der Bayerischen Zahnärzte bei der Staatsregierung um die Errichtung eines zahnärztlichen Institutes. Von der Notwendigkeit überzeugt, wurde auf allerhöchsten Befehl ein königliches Dekret von des Königreiches Bayern Verweser Prinzregent *Luitpold in Berchtesgaden* am 8. Oktober 1898 unterzeichnet, indem es wörtlich heißt:

„Im Namen seiner Majestät des Königs, Luitpold von Gottes Gnaden Königlicher Prinz von Bayern, Regent, finden wir uns allergnädigst bewogen,

I. zu genehmigen, daß an der Königlichen Universität München ein zahnärztliches Institut errichtet werden,

II. vom 16. Oktober des laufenden Jahres an der Maßgabe des Titels der Verfassungs-urkunde den Privatdozenten an der königlichen Universität Würzburg Dr. Jakob Ber-ten zum außerordentlichen Professor für Zahnheilkunde in der Medizinischen Fakultät an der Königlichen Universität München zu ernennen.“

Schon 1 Jahr später wurde im Hofe des Physiologischen Instituts nach den sorgfältig ausgearbeiteten Plänen des Institutsvorstandes der Neubau in Angriff genommen – man höre und staune – bereits nach 1 Jahr!!! – Das waren noch Zeiten! Wie sagte doch jüngst der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesbildungsministeriums über

den Ausbau einer privaten Universitätszahnklinik: Die Fertigstellung eines solchen Baues innerhalb so kurzer Zeit wäre im öffentlichen System *angesichts der zahlreichen Vorschriften nicht möglich* gewesen!

Nach der Einweihung am 28. April 1900 galt das Institut damals als die schönste und modernst eingerichtete Lehrstätte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde im gesamten Reichsgebiet. Es spricht für den Weitblick Bertens, daß er in der richtigen Abschätzung der Aufgabenbewältigung eines großen Instituts von Anfang an für eine strenge Teilung des Faches in Chirurgie, Zahnerhaltung und Prothetik und eine dreifache Besetzung der Lehrstühle eingetreten ist, ebenfalls erstmalig im Reichsgebiet!

Nachdem sich die Zahl der Studenten bald mehr als verdreifacht hatte, mußten im Jahre 1908, 1920 und von 1928 bis 1933 für die Konservierende und Prothetische Abteilung erhebliche Erweiterungsbauten geschaffen werden. Die Kons verfügte damals über 80 Behandlungsstühle im wesentlichen mit *Fußtrittbohrmaschinen* und nur zum kleinen Teil mit elektrisch betriebenen ausgestattet. Die Prothetik hatte 24 Arbeitsplätze und das Vorklinische Laboratorium 98. 1933 wurde dann auf intensives Betreiben von Peter Paul Kranz erstmalig eine Bettenstation eingerichtet, die in der Universitäts-Augenklinik Unterkunft fand. Sein besonderes Verdienst war es, mit aller ihm zur Verfügung stehenden Kraft und zäher Verbissenheit den Aufbau dieser Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten betrieben zu haben und der als herausragende Persönlichkeit unseres Hauses mit seinem Wahlspruch „*Suaviter in modo, fortiter in re*“ mannigfache Schwierigkeiten zu meistern verstand und den Mut nie verlor.

Schon 1940 gehegte Pläne über einen Neubau einer Zahnklinik wurden nach den Bombenschäden 1945 gleich in Angriff genommen. *Neben manchem Blindgänger* in den Jahren zuvor wurde die nun hoffentlich letzte Bombe beim Fundamentieren dieses unseres Erweiterungsbaues ohne Schaden entschärft, wie ich auch bei dieser Gelegenheit dankbar feststellen möchte, daß wir keine wesentlichen Personalunfälle zu beklagen hatten. In diesem Zusammenhang habe ich den Kranführer hoch über der so tiefen Bauaktivität oft wie einen Artisten ohne Netz mit besonderem Respekt bewundert. Damals, 1945, wurde in vier große Bauabschnitte eingeteilt, wobei in den ersten beiden erstmalig die Kieferorthopädie im Parterre einen eigenen Bereich fand. Den dritten und vierten dieser Bauabschnitte vollendete Josef Heiß, mit dem ihm eigenen Sachverstand, denn er wäre, wie er mir einmal sagte, vielleicht lieber Architekt geworden.

Was sind die Bauten ohne ihre Nutzer, die dieses Haus weit über seine Grenzen hinaus mit zahnheilkundlichem Leben erfüllt haben. Neben den bereits erwähnten müssen daher hier hervorragende Persönlichkeiten wie Otto Wallkoff, Gottfried Port, Maria Schug-Kösters, Karl Falk und Fritz Meder genannt werden, wobei letzterer sich bereits 1887 als 14. Zahnarzt in München niederließ: München hatte bereits damals 1/2 Million Einwohner. Welch goldene Friedenszeiten, wenn man bedenkt, daß vor 10 Jahren in München bereits 900 und heute 1900 Zahnärzte niedergelassen sind. Dankbar nenne ich hier auch gerne unsere Emeriti Hans von Thiel und Felix Ascher, wie die Münchener zahnärztlichen Botschafter Ketterl in Mainz und Werner Reither in Freiburg.

Das Haus mußte weiterbestellt werden, und so wurde schon im Zuge von Berufungen 1968 der dringend notwendige Erweiterungsbau zugesagt, um Zahnerhaltung, Prothetik und Kieferorthopädie der Ausbildungskapazität der Chirurgie anzupassen. Das erste Ergebnis dürfen wir heute dankbar feiern. Die weiteren drei bzw. vier Bau-

phasen stehen noch bevor und – hochverehrter Minister, bei Ihrer hervorragenden politischen wie geistig-körperlichen Konstitution werden Sie also noch einige Richtfeste und Einweihungsfeiern an diesem – dem Kölner Dom vergleichbaren Baukontinuum (dort wird ja auch seit eh und je gebaut), vornehmen können. *Wir Zahnmediziner* sind heute glücklich und dankbar für eine so moderne und funktionell vorzüglich ausgestattete neue Wirkungsstätte.

Und ich danke zum Schluß im voraus für Ihr Verständnis zu einem offenen Wort: Unser Glück in diesem schönen neuen Hause wird überschattet. Hochschullehrer, Assistenten und Studenten unseres Faches sind höchst unglücklich über den Zwang und die Fesseln bürokratischer Vorgänge in unserer Universität. Ob Kapazitätsverordnung oder Gerichtsbeschlüsse, ob Verwaltungsgremien oder Aufsichtsbehörden, hier maßt man sich manchmal Entscheidungen an, die einem dann ohne den nötigen Sachverstand getroffen erscheinen. Wenn von Politikern – nicht selten – von der notwendigen Entbürokratisierung gesprochen wird, so dies mit Recht – „doch nun laßt uns Taten sehen!!“. Steht nicht schon fast vor jeder Klinik St. Bürokratus als Statue imaginär?! Sollte er nicht vor der St. Apollonia eine tiefe Verbeugung machen, statt von ihr einen immer tieferen Knicks zu verlangen?!

Diese Sintflut von Papier, in der wir uns längst befinden und täglich darin zu ersticken drohen, ist unerträglich. Und meine Damen und Herren, es gibt keine Arche Noah! oder doch? für die Hochschule hochqualifizierte Mitarbeiter unseres Faches verlassen uns insbesondere der völlig überzogenen Verwaltungsarbeit und der Verschulung wegen.

Mein Appell geht daher an alle Verantwortlichen in jedem Bereich: Wir brauchen keine elitäre Ausbildung wie etwa auf den vorhandenen oder geplanten privaten Hochschulen; aber wir brauchen dringend einen nicht in seinen Akten und Verwaltungsformularen erstickenden, sondern den für sein Fach begeisterten Hochschulnachwuchs in unserem Fach, damit die Qualität der Ausbildung und das Niveau der dringend notwendigen Forschung in der Zahnmedizin verbessert werden können.

Das Haus dazu ist jetzt bestellt:

Laßt es uns gemeinsam in Eintracht bewohnen und erfolgreich mit Freude darin arbeiten!

Ansprache von Präsident Prof. Dr. Wulf Steinmann:

Der Erweiterungsbau der Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten, dessen Einweihung wir heute feiern können, ist ein wichtiger Schritt, um einem unserer bedrängtesten Fächer zu helfen. Die Raumsituation verbessert sich spürbar. Es gibt mehr Raum und es gibt besseren Raum. Zwar steigen auch die Studentenzahlen, weil die Zahnklinik einige zusätzliche Stellen erhalten konnte, für die durch den Erweiterungsbau Arbeitsplätze geschaffen wurden, aber der Gewinn an Raum überwiegt die Zunahme der Studentenzahl, so daß künftig mehr Platz pro Student zur Verfügung stehen wird. Zwar wird München in dieser Beziehung, auch wenn die Sanierung der Zahnklinik einmal abgeschlossen sein wird, immer noch weit hinter anderen deutschen Universitäten rangieren, aber die ärgste Raumnot, die uns bisher so viel zu schaffen machte, wird damit behoben, und der Erweiterungsbau ist dazu der erste

große Schritt. Für die Universität ist die heutige Eröffnung also ein Grund zur Freude, zum Dank und zum Feiern.

Die Zahnmedizin leidet wie kein anderes Fach unter den Problemen des Numerus clausus. Der außerordentlich starke Andrang der Studienbewerber, das große Interesse der Öffentlichkeit, das Bestreben der Verwaltung, die Kapazität so erschöpfend wie nur möglich zu nutzen, und die Praxis der Gerichte, jeden zusätzlichen Studienplatz, den man gefunden zu haben glaubt, zu besetzen, führen zu Verhältnissen, die die wissenschaftliche Entwicklung der Zahnmedizin gefährden und – da sie nun schon über ein Jahrzehnt andauern – das Fach mehr und mehr in akute Existenznot bringen. Die Universität erfüllt dies mit großer Sorge.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, daß gerade die außerordentlich scharfen Zulassungsbedingungen dem Fach hervorragenden wissenschaftlichen Nachwuchs bescherten sollten. Nirgendwo braucht man so ausgezeichnete Abiturnoten oder Testergebnisse, um zugelassen zu werden, wie in der Zahnmedizin. Wenn Abiturnoten und Testergebnisse etwas über die intellektuelle Leistungsfähigkeit der Studienanfänger besagen, und daran besteht wohl ernsthaft kein Zweifel, dann sind die Studenten der Zahnmedizin die Elite der deutschen akademischen Jugend und dann wäre zu erwarten, daß die Absolventen Hervorragendes in der Forschung leisten und daß es daher um die wissenschaftliche Zukunft des Faches aufs beste bestellt sein müßte.

Leider beobachten wir das genaue Gegenteil. Das liegt zum einen daran, daß alle Verbesserungsvorschläge, die die Fachvertreter – etwa im Rahmen der Studienreform – machen, von denen, die sie zu prüfen und gutzuheißen haben, zunächst und fast ausschließlich unter Kapazitätsgesichtspunkten betrachtet werden. Alles was die Kapazität reduzieren würde, und mag es auch noch so vernünftig, ja notwendig sein, ist von vorneherein ausgeschlossen. Was immer von einsichtiger Seite versucht wird, um dem Fach zu helfen, führt, sofern es kapazitätsrelevant ist, sofort zu einer Erhöhung der Zulassungszahlen. Zusätzliche Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter etwa, mit denen die Belastung des Einzelnen in der Lehre etwas vermindert werden soll, bewirken oft das Gegenteil, weil die Stellen zwar in die Kapazitätsberechnung eingehen, aber nicht besetzt werden können, so daß die Belastung der Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter nur noch wächst. Es ist verständlich, daß diese Verhältnisse die Absolventen nicht gerade dazu verleiten, nach ihrem Examen ihre wissenschaftliche Ausbildung an der Universität fortzusetzen und als Assistenten in Forschung und Lehre tätig zu sein, insbesondere angesichts der immer noch sehr guten Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in der freien Praxis. Wenn dann – wie hier in München – die Arbeitsbedingungen in der Klinik auch noch durch eine außerordentliche räumliche Enge und eine veraltete Einrichtung beeinträchtigt werden, gerät das Fach in immer größere Schwierigkeiten, aus denen es sich kaum noch befreien kann.

Mit dem Erweiterungsbau der Zahnklinik wird dieser Teufelskreis – so hoffen wir – durchbrochen. Zwar können wir die Probleme, die durch die Kapazitätsverordnung bedingt sind, vorläufig nicht lösen. Aber wenigstens werden die Arbeitsbedingungen besser, und das wird sich nicht nur in besseren Studienbedingungen für die Studenten bemerkbar machen, sondern auch der Krankenversorgung und nicht zuletzt der Forschung zugute kommen. Wenn es gelingt, das Interesse der Studenten an der Forschung zu wecken und die Besten unter ihnen dazu zu bewegen, als wissenschaftliche Mitarbeiter an der Klinik zu bleiben, sich in der Wissenschaft zu qualifizieren und die Habilitation zu erreichen, wenn auf diese Weise die Forschung in der

Zahnmedizin neue kräftige Impulse erhält, dann ist der wichtigste Schritt getan, um die Krise des Faches zu überwinden. Möge der Erweiterungsbau ein verheißungsvoller Anfang dazu sein.

Im Namen der Universität danke ich allen, die mitgeholfen haben, daß diese Erweiterung gebaut werden konnte: den Bürgern, mit deren Steuern der Bau finanziert wurde, dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und insbesondere Ihnen, Herr Staatsminister, und den Beamten Ihres Hauses, dem Universitätsbauamt und den Firmen und ihren Mitarbeitern, die diesen Bau errichtet haben. Unsere Bitte geht dahin, daß auch die weiteren Sanierungsmaßnahmen für die Zahnchirurgie nunmehr zügig durchgeführt werden, damit möglichst noch in diesem Jahrzehnt die gesamte Zahnklinik in neuen, modernen Räumen in Betrieb genommen werden kann. Mein Dank gilt aber auch den Professoren, den Assistenten und allen anderen Mitarbeitern der Klinik dafür, daß sie ihre Arbeit in Forschung, Lehre und Krankenversorgung unter außerordentlich schwierigen Bedingungen erfüllt haben. Wir freuen uns mit Ihnen über die Verbesserung und wünschen Ihnen, daß es gelingt, die Schwierigkeiten zu überwinden. Sie dürfen dabei auf unsere Hilfe rechnen.

Grußwort des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus, Professor Dr. Hans Maier:

„Umbau und Erweiterung der Zahnklinik in München – langwieriges Unterfangen auf zehn Jahre –.“ So war in der örtlichen Presse zu lesen anlässlich der Fertigstellung des neuen Gebäudeteils, dessen Einweihung wir heute feiern. Langwierig in der Tat, und für alle Beteiligten. Gibt es für Bauleute, Nutzer und Bauherrn etwas Angenehmeres als den kompletten Neubau auf der berühmten „grünen Wiese“ – unbeeinträchtigt von einengenden Grundstücksgrenzen, unbeschwert von einer Rücksichtnahme fordernden Altbaubestand, unbelastet von der Notwendigkeit, den Klinik- und Studienbetrieb voll aufrechtzuerhalten. So einfach ging und geht es bei der Zahnklinik und, notabene, auch bei den anderen begonnenen und beabsichtigten Sanierungen unserer Innenstadtkliniken der Universität München leider *nicht*. Der Verzicht auf die genannten Annehmlichkeiten fordert von den verantwortlichen Planern, von allen Leuten am Bau und von allen Mitarbeitern der Zahnklinik ein gehöriges Maß an Einfühlungsvermögen in unvermeidbare Betriebsabläufe, Kompromißbereitschaft und auch Duldsamkeit.

Im Rahmen eines vielschichtigen und durch den Zwang der Verhältnisse langjährigen Umbauprogrammes ist jetzt mit der Fertigstellung dieses Erweiterungsbaues eine erste und zugleich sehr wesentliche Etappe glücklich erreicht worden. Für das Staatsministerium für Unterricht und Kultus danke ich allen daran Beteiligten für ihre Mühe, Arbeit und Sorgfalt bei Planung und Durchführung sehr herzlich. Dem Nutzer, der Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten der Universität München mit den beteiligten Lehrstühlen und Einzelkliniken samt ihrem wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personal, überbringe ich meine besonderen Glückwünsche. Möge in dem erweiterten Haus unter verbesserten räumlichen und technischen Bedingungen auf allen Ebenen gute, erfolgreiche Arbeit geleistet werden.

Das Kultusministerium verkennt die Schwierigkeiten nicht, denen sich die Zahnklinik bei der Durchführung des Studienbetriebs bei jetzt deutlich erhöhter Studienan-

fängerzahl sowie bei Inkaufnahme weiterer Abbruch- und Neubautätigkeit im Hause unter gleichzeitiger Auslagerung der Kieferchirurgischen Abteilung in die Lindwurmstraße ausgesetzt sieht. Wir wollen uns auch künftig bemühen, soweit erforderlich und soweit möglich, Erschwernisse beiseite zu räumen.

Beim Richtfest für den Erweiterungsbau am 11. November 1980 hatte ich schon darauf hingewiesen, daß es ein Gebot der wirtschaftlichen Verwendung öffentlicher Mittel ist, die dem Ausbau der Zahnmedizin in Bayern gewidmeten erheblichen Beträge zur Steigerung der Ausbildungskapazität in der Zahnheilkunde als dem Fach mit dem härtesten Numerus clausus einzusetzen. Für 70 Mio DM entstand in Regensburg eine moderne Ausbildungs-, Forschungs- und Behandlungsstätte. Das Bauvorhaben für die Zahnklinik in München ist mit rund 60 Mio DM Baukosten und weiteren rund 10,5 Mio DM für Einrichtungskosten im Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz ausgewiesen. Entsprechend einem Vorschlag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes hat der Bayerische Landtag mit Beschluß vom 26. März 1981 die Staatsregierung aufgefordert, alles zu tun, um die Zulassungszahl für Studienanfänger der Zahnmedizin auch in München, und zwar bereits nach Abschluß des ersten Teils der Baumaßnahme im Jahr 1983, spürbar zu erhöhen. Der Zahnklinik konnten für diesen Zweck wie keiner anderen klinischen Einrichtung in München zusätzliche Stellen bereitgestellt werden, wobei gleichwohl noch viele Wünsche unerfüllt bleiben mußten. Ich danke allen an der Studentenausbildung mittelbar und unmittelbar Beteiligten für ihr Engagement bei Abwicklung der umfangreichen, unter Zeitdruck stehenden Vorbereitungsarbeiten und für ihre große Mühe bei Bewältigung des seit Wintersemester 1983/84 deutlich erhöhten und jetzt im Frühjahr 1984 nochmals angestiegenen Studentenstroms. Konnten vormals 90 Studienanfänger pro Jahr aufgenommen werden, so sind es nunmehr 113 – eine höchst beachtliche Steigerung um gut 25%.

Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort zur Mediziner Ausbildung anfügen. Eine Verbesserung der Qualität der ärztlichen Ausbildung ist sicher allgemein anerkanntes Ziel. So soll eine obligatorische zweijährige Praxisphase für alle angehenden Ärzte nach Ende des sechsjährigen Studiums und vor Erteilung der Approbation eingeschoben werden, wie es ein Entwurf des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit vorsieht. Dies steht freilich unter der Voraussetzung, daß genügend Stellen für den „Arzt im Praktikum“ zur Verfügung gestellt werden können. Ich habe Zweifel, daß etwa eine Halbierung vorhandener Assistenzarztstellen samt deren Gehalt so einfach möglich und allseits akzeptabel ist. Nicht nur würde die Organisation der notwendigen klinischen Dienste erschwert, auch das Sammeln von Erfahrung würde sich zeitlich verzögern, der Anteil erfahrener Ärzte müßte abnehmen. Probleme und Verzögerungen sind zu befürchten bei der Weiterbildung in Fächern, in denen Operationskataloge erfüllt werden müssen. Und wird der junge Arzt seine Leistung unverdrossen zum halben Gehalt erbringen, wie vorgesehen? Ich teile ein wenig die Ansicht, wie sie im Außerordentlichen Medizinischen Fakultätentag am 13. Januar 1984 in München zum Ausdruck kam, nämlich, daß Universitätskliniken und akademische Lehrkrankenhäuser von der Bereitstellung zusätzlicher Praktikumsplätze möglichst verschont werden sollten. Ob wir uns allerdings dem Anspruch einer künftigen generellen gesetzlichen Regelung im Universitätsbereich werden entziehen können, steht dahin.

Einen weiteren aktuellen Punkt möchte ich herausgreifen, der wenn nicht die Zahnklinik, so doch die Universitätskliniken schlechthin betrifft. Es bestehen bekanntlich

Regelungen über die Abstimmungspflichten für die Anschaffung und Nutzung medizinisch-technischer Großgeräte im Krankenhausbereich in Form des § 11 a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Nun werden entsprechende Bestimmungen für den ambulanten Bereich der kassenärztlichen Versorgung angestrebt, zur Verhinderung eines unwirtschaftlichen und kostentreibenden Einsatzes von Großgeräten bei der Kassenärzteschaft. Ein im Bundesrat behandelter Gesetzentwurf würde hier neue Verpflichtungen der Universitätskliniken wie der Krankenhäuser begründen, in der Weise, daß die Mitbenutzung medizinisch-technischer Großgeräte durch niedergelassene Kassenärzte zwingend zu ermöglichen ist. An Universitätskliniken ist eine solche Beteiligung aber wegen der Zweckbestimmung dort vorhandener Großgeräte für Forschung und Lehre und wegen ihrer Auslastung für die Krankenversorgung nicht realisierbar; an Probleme bei der Betriebsorganisation und an ungelöste Haftungsfragen nicht erst zu denken. Leider und unverständlicherweise ist ein vom Kultusministerium initiiertes Antragsverfahren Bayerns, statt einer zwingenden Vorgabe wenigstens nur eine Sollvorschrift vorzusehen, im Bundesrat unlängst gescheitert. Es bleibt noch die Hoffnung, daß in den Ausschüssen des Bundestags eine realitätsbezogene Formulierung erreichbar ist.

Zurück zu diesem Haus. Ich wünsche allen, die hier tätig sind, eine gute und erfolgreiche Arbeit. Ich freue mich mit Ihnen über ein größeres Platzangebot, zusätzliche Behandlungseinheiten und studentische Arbeitsplätze, erweiterte Laborflächen, apparative Verbesserungen. Ich hoffe, daß der weitere Um- und Ausbau der Zahnklinik der Ludwig-Maximilians-Universität München in allen noch vor uns liegenden Bau- und Umbauarbeiten zügig und möglichst problemfrei abgewickelt werden kann.

Universitätsstiftungsfest

Nach siebzehnjähriger Pause feierte die Universität am 26. Juni 1984 wieder ihr Stiftungsfest. Die Universität erinnert damit an ihre Gründung durch Herzog Ludwig den Reichen im Jahre 1472 in Ingolstadt. Mit dem Stiftungsfest wurde gleichzeitig die Große Aula im Universitätshauptgebäude nach einer grundlegenden Renovierung wiedereröffnet.

Beim Stiftungsfest hat die Universität erstmals zwei mit je 10.000,- DM dotierte Preise für besonders herausragende Habilitationen und vier mit je 5.000,- DM dotierte Preise für besonders herausragende Doktorarbeiten verliehen. Die Preise wurden von der Münchener Universitätsgesellschaft gestiftet.

Nach der Rede von Universitätspräsident Prof. Steinmann hielt Prof. Christian Meier den Festvortrag über „Arbeit, Politik, Identität – Neue Fragen im alten Athen“. Der Universitätschor unter Leitung von Universitätsmusikdirektor Dr. Hans Rudolf Zöbele hatte die musikalische Gestaltung der Feierstunde übernommen.

Präsident Prof. Dr. Wulf Steinmann:

Hochansehnliche Festversammlung, am 26. Juni 1472, also heute vor 512 Jahren wurde unsere Universität in Ingolstadt festlich eröffnet. Wir feiern heute mit dem Stiftungsfest den Geburtstag der Universität. Wir freuen uns, daß zu dieser Geburtstagsfeier zahlreiche Gäste zu uns gekommen sind. Die Freude ist jedoch getrübt, weil vier Ehrengäste, die heute kommen wollten, nicht unter uns sind. Der Herr Ministerpräsident hatte zugesagt, mit seiner verehrten Gemahlin am Stiftungsfest teilzunehmen. Diesen Plan hat der Tod jäh durchkreuzt. Auch Herr Professor Speer, der von 1960 bis 1963 Rektor unserer Universität war, hat die Einladung zum heutigen Stiftungsfest noch erhalten. Er wäre gerne zusammen mit seiner Gattin gekommen, wenn es sein Gesundheitszustand erlaubt hätte. Er ist am 8. Juni verstorben. Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben, ich danke Ihnen.

Unser erster Gruß gilt der Frau Staatssekretärin Dr. Berghofer-Weichner, als Vertreterin der Bayerischen Staatsregierung. Als Repräsentanten des Bayerischen Senats begrüße ich Herrn Vizepräsidenten Roth. Weiter gilt unser Gruß Herrn Bürgermeister Dr. Hahnzog, der in Vertretung des Herrn Oberbürgermeisters zu uns gekommen ist.

Mit besonderer Hochachtung begrüße ich Seine Königliche Hoheit Prinz Franz, den Vertreter des Hauses Wittelsbach. Die Universität verdankt dem Hause Wittelsbach ihre Gründung und eine jahrhundertelange Förderung.

Wir freuen uns, aus dem Bayerischen Landtag die Abgeordneten Dr. Schosser und Dr. Wilhelm bei uns begrüßen zu können und aus dem Senat Herrn Senator Prof. Engerth. Ich begrüße die anwesenden Mitglieder des konsularischen Corps. Ich begrüße den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, Herrn Dr. Snopkowski, und den Vorsteher der Israelitischen Kultusgemeinde in München, Herrn Dr. Lamm. Ich begrüße Herrn Ministerialdirektor Kießling und alle anderen Beamten des Kultusministeriums, der übrigen Bayerischen Staatsministerien, des Rechnungshofs und der Obersten Baubehörde.

Mein Gruß gilt dem Vizepräsidenten des Europäischen Patentamtes, Herrn Dornow, Herrn Regierungspräsidenten Eberle und allen anderen Präsidenten von Bundes- und Landesbehörden, die uns heute die Ehre ihrer Anwesenheit erweisen.

Ich begrüße die anwesenden Mitglieder des Kuratoriums der Universität und die Vorstandsmitglieder unserer Gesellschaft der Freunde und Förderer.

Auch aus dem akademischen Bereich können wir zu unserer Freude zahlreiche Gäste begrüßen. An ihrer Spitze den Präsidenten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Herrn Professor Franke, den Präsidenten der Gesellschaft für Strahlenforschung, Herrn Professor Levi, den Präsidenten der Akademie der Schönen Künste, Herrn Friedrich, und den Präsidenten unserer Nachbaruniversität, der TU, Herrn Professor Wild, sowie die Präsidenten der übrigen Münchner Hochschulen, die Vizepräsidenten der Bayerischen Universitäten und den Direktor der Kath. Akademie in Bayern, Herrn Dr. Franz Henrich.

Von den Mitgliedern der Universität begrüße ich in erster Linie unsere Ehrensensoren sowie die ehemaligen Rektoren, Prorektoren, Konrektoren und Vizepräsidenten, namentlich Herrn Professor Schmaus, den Rektor des akademischen Jahres 1951/52. Schließlich gilt mein Gruß Ihnen allen, seien Sie nun Gäste oder Mitglieder der Universität. Ich heiße Sie herzlich willkommen und danke Ihnen, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Mit dem heutigen Stiftungsfest können wir zu unserer großen Freude die Aula wiedereröffnen. Diese Aula hat ja nicht nur für das Leben der Universität, sondern, namentlich in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg, auch für die Öffentlichkeit eine gewisse Rolle gespielt, weil sie in dieser Zeit der einzig verfügbare Saal dieser Größe in München war. Hier wurde die Bayerische Verfassung beraten und beschlossen, hier fand Ende 1946 die konstituierende Sitzung des Bayerischen Landtags statt und im Jahre darauf konstituierte sich hier der Bayerische Senat. Den Konzertfreunden aus dieser Zeit ist die Aula als ein Saal mit hervorragender Akustik in Erinnerung. Wer dünke nicht gerne zurück an die Konzerte der Münchner Philharmoniker, an Eugen Jochum mit dem Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks und an Karl Amadeus Hartmann mit seinen *musica viva* Konzerten, die hier begannen. Heute hat uns der Universitätschor am Anfang der Feier eindrucksvoll demonstriert, daß die Akustik der Aula auch nach der Renovierung hervorragend ist. Ich möchte an dieser Stelle dem Universitätschor und seinem Leiter, Herrn Universitätsmusikdirektor Dr. Zöbely, sowie den Solisten, Frau Eiko Hiramatsu, Herrn Egon Komann, Herrn Hans-Joachim Straub, herzlich dafür danken, daß sie das Stiftungsfest mit Ausschnitten aus Haydns Schöpfung umrahmen.

Ende der 60er Jahre stellte sich heraus, daß die Galerie statisch nicht den Sicherheitsvorschriften entsprach. Seither konnten wir nur noch das Parkett benutzen, vornehmlich für große Vorlesungen. Die dringend notwendige Renovierung wurde zurückgestellt, bis die Aula auch statisch saniert werden konnte. Die ansteigenden Studentenzahlen ließen den Mangel an einem weiteren großen Hörsaal in den letzten Jahren immer spürbarer werden. In der Juristischen Fakultät etwa, wo jährlich über 1000 Studienanfänger neu zugelassen werden, braucht man für große Vorlesungen Hörsäle mit 1000 Sitzplätzen. Davon gab es bisher nur einen, das Auditorium Maximum. Die Universität hat daher die Staatsregierung mit Nachdruck gebeten, die für 1986 vorgesehene Sanierung der Aula vorzuziehen. Die Staatsregierung hat dankenswerterweise dieser Bitte entsprochen, so daß wir heute nach Abschluß der Arbeiten die Aula im al-

ten, aber erneuerten Glanz und in baulich verbessertem Zustand wieder eröffnen können. Im Wintersemester steht sie uns als Hörsaal wieder zur Verfügung. Dafür sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichen Dank: den Bürgern, mit deren Steuern die Arbeiten bezahlt wurden, dem Landtag und der Bayerischen Staatsregierung, die die Mittel zur Verfügung gestellt haben, dem Universitätsbauamt für die Planung und Aufsichtigung der Arbeiten, den beteiligten Firmen und ihren Mitarbeitern für die Durchführung und nicht zuletzt den Mitarbeitern der Universitätsverwaltung, die durch Umsicht und Tatkraft weit über ihre Dienstobliegenheiten hinaus dazu beigetragen haben, daß alles rechtzeitig fertig wurde und wir heute dieses Stiftungsfest hier begehen können.

Zu unserer großen Freude hat sich die Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität München entschlossen, Förderpreise für hervorragende Promotionen und Habilitationen zu stiften, die wir heute zum ersten Mal verleihen können. Es handelt sich um vier Promotionsförderpreise, die mit je 5.000,- DM dotiert sind, und um zwei Habitationsförderpreise zu je 10.000,- DM. Wir sind der Gesellschaft der Freunde und Förderer ganz außerordentlich dankbar für die Stiftung dieser Preise. Sie sind ohne jeden Zweifel von hervorragender Bedeutung für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Preisträger sollen durch die finanzielle Zuwendung in die Lage versetzt werden, nach eigener Wahl ihre wissenschaftliche Arbeit zu befördern, sei es durch die Anschaffung von wissenschaftlicher Literatur, durch die Teilnahme an Kongressen oder durch einen Aufenthalt an auswärtigen Forschungsstätten.

Nun ist man bei der Verleihung von Preisen bekanntlich häufig in der Schwierigkeit, daß die Anzahl der preiswürdigen Arbeiten höher ist als die der Preise. Bei über 1000 Promotionen, die jährlich an der Universität München abgeschlossen werden, und vier Preisen stellt sich dieses Problem besonders scharf. Aber wenn man nicht überhaupt darauf verzichten will, Preise zu verleihen, dann gibt es aus dieser Schwierigkeit keinen Ausweg. Wir sollten uns also bei der heutigen Preisverleihung bewußt sein, daß hier beispielhaft hervorragende Leistungen ausgezeichnet werden, daß es aber noch weitere Arbeiten von vergleichbar herausragender Qualität gibt, die nicht ausgezeichnet werden können.

Auf Vorschlag der Dekane verleiht die Universität die Promotionsförderpreise in diesem Jahr an folgende Preisträger:

1. Herrn Diplomvolkswirt Dr. rer. pol. Alfred Gossner für seine Dissertation „Stagflation, Verteilungskonflikt und Stabilisierungspolitik“. Die Arbeit behandelt ein gleichermaßen theoretisch anspruchsvolles, wie wissenschaftspolitisch höchst bedeutendes Thema. Der Verfasser hat bahnbrechende Ergebnisse in Richtung auf eine politisch-ökonomische Erfassung der Gesamtzusammenhänge erzielt. Es ist ihm gelungen, für eine sehr komplexe Theorie eine angemessene Methode ihrer empirischen Überprüfung zu finden.

2. Herrn Dr. med. vet. Gerhard Reubel, Tierärztliche Fakultät, für seine Dissertation „Gewinnung von Mediatoren aus Zellkulturen zur Stimulierung der unspezifischen Infektabwehr“.

Das Ergebnis der Arbeit von Herrn Reubel ist von allgemeiner Bedeutung auf dem Gebiet der Erreger unspezifischer Abwehrmechanismen. Herr Reubel konnte belegen, daß die Stimulation der körpereigenen Abwehr stufenweise erfolgt. Besonders hervorzuheben ist seine Feststellung der heterospezifischen Wirksamkeit von Mediatoren. Darüberhinaus eröffnet die Arbeit wesentliche Perspektiven für weitere Unter-

suchungen auf dem Gebiet der Übertragung maternaler Mediatoren auf die Nachkommenschaft.

3. Herrn Dr. phil. Friedrich Vollhardt für seine Dissertation „Hermann Brochs geschichtliche Stellung. Studien zum philosophischen Frühwerk und zur Romantrilogie ‚Die Schlafwandler‘“.

Der Verfasser erschließt mit dieser vorzüglichen Arbeit ein im ganzen noch wenig erhelltes Gebiet zwischen Dichtung und Philosophie. Er hat die Aufgabenstellungen seiner Dissertation in souveräner Manier bewältigt. Die Arbeit ist ein Dokument außerordentlicher Gelehrsamkeit.

4. Herrn Diplomgeologen Dr. rer. nat. Konrad Fritz Weidich, Fakultät für Geowissenschaften, für seine Dissertation „Feinstratigraphie, Taxonomie planktonischer Foraminiferen und Palökologie der Foraminiferengesamtafauna der kalkalpinen tieferen Oberkreide der Bayerischen Alpen“.

Herr Weidich konnte in seiner Dissertation die paläogeographischen Veränderungen für den ehemaligen Ablagerungsbereich, der heute den bayerischen Kalkalpen-Nordrand aufbaut, klären. Seine Ergebnisse sind als revolutionär anzusehen und werden in Lehrbücher eingehen. Die Arbeit weist der Alpengeologie neue Wege und gibt den Blick frei für bisher nicht klar gesehene Zusammenhänge.

Die beiden Habilitationsförderpreise verleiht die Universität in diesem Jahr an folgende Preisträger:

1. Herrn Privatdozent Dr. jur. habil. Hans Ullrich für seine Habilitationsschrift „Forschungsvertrag – Forschungsförderung – Forschungsverwertung. Rechtsfiguren staatlicher Technologiepolitik“. Um seinen Gegenstand zu behandeln, mußte der Verfasser ganz andere Wege gehen, als sie in der Rechtswissenschaft üblich sind. Die Arbeit ist von großer Bedeutung für den gesamten Wissenschaftsbereich in Universitäten und besonderen Forschungseinrichtungen. Besondere Anerkennung verdient es, daß Herr Ullrich in jeder Hinsicht Neuland betreten hat und hierbei tradierte Fragestellungen ebenso wie Fachgrenzen zu überschreiten bereit war. Wer Forschung in diesem Sinne wagt, schmälert eher seine Berufsaussichten. Im Forschungsinteresse liegt es aber, wenn das Wagnis solcher Forschungsvorhaben prämiert wird.

2. Herrn Dr. phil. habil. Norbert Oettinger für seine Habilitationsschrift „Untersuchungen zur avestischen Sprache am Beispiel des Ardisur-Yašt“. Die Arbeit ist von großer Bedeutung zunächst für die Iranistik und die historisch vergleichende (indogermanische) Sprachwissenschaft, aber kaum minder für benachbarte Disziplinen wie die indologische Vedaforschung, die Religionswissenschaft und die allgemeine Kulturgeschichte. Sie ist Ergebnis einer außergewöhnlichen und vielseitigen Leistung.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch einige kurze Bemerkungen zur Forschung. Die staatliche Forschungsförderung hat von je her eine Tendenz gezeigt, sich auf einige Schwerpunkte zu konzentrieren. Derzeit erleben wir ein immer stärkeres Interesse und eine immer größere staatliche Bereitschaft zur Förderung der neuen Technologien, insbesondere der Gentechnologie und der Mikroelektronik. So haben wir an der Universität München vor einigen Wochen ein Genzentrum eröffnen können, das unser Beitrag zu einer Zusammenarbeit mit der Max-Planck-Gesellschaft auf dem Gebiet der Gentechnologie in einem Forschungsschwerpunkt ist. Wir begrüßen diese staatliche Bereitschaft sehr und sind froh darüber, daß sie es uns ermöglicht, auf diesem hochaktuellen und anwendungsreichen Gebiet forschen zu können, und zwar in einer Weise, die Aussicht bietet, erfolgreich mit den Forschergruppen im Ausland kon-

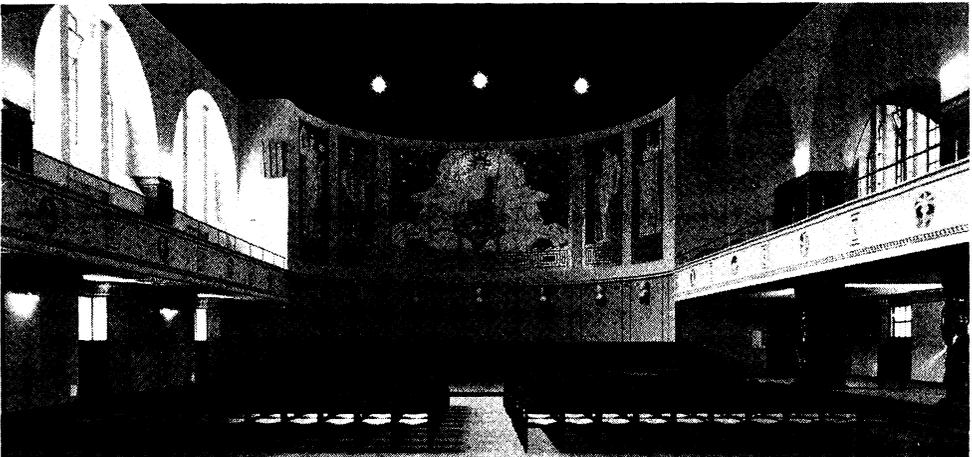
kurrieren zu können. Dies ist ja das ausgesprochene Ziel der Förderung neuer Technologien: Anschluß zu gewinnen an technologische Entwicklungen im Ausland, insbesondere in den Vereinigten Staaten, und dadurch wo möglich einen Schlüssel zu erhalten zur Lösung unserer drängendsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme, insbesondere zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit, ein Ziel, das wahrlich außerordentlicher Anstrengungen wert ist. Wir müssen aber sorgfältig darauf achten, daß diese Förderung nicht zu Lasten anderer Forschungsbereiche geht. Unser Ziel sollte es nicht nur sein, den verlorenen Anschluß wiederzugewinnen, wir sollten in Zukunft auch wieder an der Spitze neuer wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen stehen können, von denen sich heute noch nicht absehen läßt, wo und in welcher Weise sie stattfinden werden. Zur Vorbereitung auf diese neuen Aufgaben ist es erforderlich, gute Forschung in einer gewissen, ziemlich großen Breite zu fördern. Da nicht alles gefördert werden kann, kommt es entscheidend darauf an, gute Forschung und fähige Forscher rechtzeitig zu erkennen. Das ist leichter gesagt als getan. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat hierzu Verfahren entwickelt, und zwar sowohl im Normalverfahren als auch bei Schwerpunktförderung und in Sonderforschungsbereichen, die vielleicht nicht optimal, aber durchaus praktikabel sind, jedenfalls besser als vieles, was im Bereich der direkten staatlichen Förderung geschieht. Nach wie vor gilt, was der damalige Rektor Kötter in seiner Ansprache beim Stiftungsfest im Jahr 1966 gesagt hat: „Mit den steigenden Leistungen der Gesellschaft für die Wissenschaft steigt die Versuchung der staatlichen Organe, die Wissenschaft zu dirigieren. Der Grad der Freiheit in Lehre und Forschung darf jedoch nicht von der Höhe der aufgewendeten Mittel abhängen. Von der staatlichen Förderung zur staatlichen Lenkung ist oft nur ein kleiner Schritt. Der Antrieb, ihn zu tun, entstammt heute in der Regel nicht etwa Machtbedürfnissen oder ideologischen Absichten, sondern meist einer wohlgemeinten Verantwortungsbereitschaft, insbesondere auch dem Wunsch, die Wissenschaft den Bedürfnissen der Gesellschaft anzupassen.“ Wir verschließen uns wie gesagt nicht der Notwendigkeit, diese Anpassung in gewissem Umfang, insbesondere bei den neuen Technologien vorzunehmen. Wir bitten aber dringend darum, auch andere Forschungsgebiete lebensfähig zu erhalten. Dazu muß man den Forschern zum einen die notwendigen Ressourcen geben; mindestens ebenso wichtig ist es aber, ihnen das Gefühl zu vermitteln, daß ihre Arbeit, soweit sie es durch ihre Qualität verdient, ebenso hoch geschätzt wird wie diejenige ihrer Kollegen, deren Ergebnisse unmittelbaren wirtschaftlichen Gewinn versprechen.

Die Universität hat auf die vom Staat erhobene Forderung, Forschungsschwerpunkte zu bilden, bisher sehr zurückhaltend reagiert. Der Grund dafür war die Erfahrung, daß Schwerpunkte in der Forschung eine entsprechende Konzentration der Mittel bewirken würden. Die Mittel sollten konzentriert werden durch Umverteilung. Das heißt, wer mehr oder minder zufällig nicht das Glück hatte, einem Forschungsschwerpunkt anzugehören, lief Gefahr, Mittel einzubüßen, unabhängig davon, wie gut und förderungswürdig seine Forschung sein mochte. Dies ist zweifellos kein vernünftiges Prinzip der Forschungsförderung, denn es ist keineswegs ausgemacht, daß diejenigen Forschungsergebnisse, die die Wissenschaft weiterbringen, ausschließlich oder auch nur vorwiegend in den Forschungsschwerpunkten erzielt werden. Die Geschichte der Wissenschaft ist reich an Beispielen, die uns eher das Gegenteil vermuten lassen. Könnten wir sicher sein, daß die finanzielle Implikation, nämlich die Konzentration der Mittel, nicht eine unausweichliche Folge der Bildung von Forschungs-

schwerpunkten wäre, so könnten wir wesentlich unbefangener darangehen, vorhandene Schwerpunkte zu erkennen und auszubauen sowie neue zu bilden.

Einem solcherart unbefangenen Blick würden sich eine ganze Reihe wissenschaftlicher Schwerpunkte auch in den Geisteswissenschaften eröffnen. Ein Beispiel dafür scheinen mir die Altertumswissenschaften zu sein. Sie sind vor allem in der Fakultät für Altertumskunde und Kulturwissenschaften vertreten. Etwa in der Archäologie, der Vor- und Frühgeschichte, der Ägyptologie, Assyriologie und Hethitologie, aber daneben und mit vergleichbarem Gewicht in einer Reihe von weiteren Fakultäten, so in der benachbarten Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaft I, in der Allgemeinen und Indogermanischen Sprachwissenschaft, wie wir am Beispiel der preisgekrönten Habilitation von Herrn Oettinger gesehen haben, aber auch in der Indologie und Iranistik und vor allem in der Klassischen Philologie. Zu erwähnen ist aus der Fakultät für Philosophie, Wissenschaftstheorie und Statistik die Klassische Philosophie, aus der Juristischen Fakultät das Römische Recht und die Antike Rechtsgeschichte und aus der Tierärztlichen Fakultät die Paläoanatomie. Zu erwähnen sind schließlich alle historischen Disziplinen, von der Kirchengeschichte bis zur Geschichte der Wissenschaften, und insbesondere aus der Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften die Althistoriker, die ein eigenes Zentrum in diesem Schwerpunkt bilden. Zwischen diesen Fächern besteht ein enger Kontakt. Es gibt eine rege, regelmäßige wissenschaftliche Zusammenarbeit, um den mancher Sonderforschungsbereich die Altertumskundler beneiden könnte.

Unser heutiger Festvortrag kommt aus diesem Bereich. Ich bin Herrn Professor Christian Meier außerordentlich dankbar, daß er es übernommen hat, zu uns über ein Thema aus der antiken Geschichte zu sprechen. Ich bin sicher, es wird ihm gelingen, uns etwas von der Faszination, die dieses Forschungsgebiet ausübt, spüren zu lassen und außerdem zu zeigen, daß es auch aktuell ist.



Die große Aula im Universitätshauptgebäude wurde zum Universitätsstiftungsfest am 26. Juni 1984 nach einer gründlichen Sanierung wieder eröffnet. Die Aula ist in ihrer jetzigen Gestalt rund 75 Jahre alt. Sie entstand 1906 bis 1909 im Zuge der großen Universitäterweiterung durch German Bestelmeyer. Die Renovierung hat rund 2,6 Millionen DM gekostet.

Arbeit, Politik, Identität – Neue Fragen im alten Athen?

Prof. Dr. Christian Meier

Wie die Griechen es mit der Arbeit gehalten haben, praktisch und zumal in deren gedanklicher und gefühlsmäßiger Einschätzung, ist eine vieldiskutierte Frage, die unter heutigen Umständen nicht zu lösen ist. Und dies nicht nur, weil es uns so sehr an Quellen mangelt, sondern zugleich, weil wir nicht genügend Sachwissen besitzen, um aus den zumeist vereinzelt, insbesondere in ihrer Repräsentativität problematischen Aussagen Schlüsse zu ziehen. Ja, es ist noch nicht einmal klar (oder wäre auch nur Gegenstand einer Debatte gewesen), wonach wir eigentlich zu fragen haben, wenn wir fragen, wie die Griechen es mit der Arbeit hielten.

I.

Es ist nämlich offen, ob die Frage nach der Einschätzung der Arbeit bei ihnen so direkt auf die Arbeit zielen darf wie in der Moderne. Für uns ist die Arbeit immer noch eine Tätigkeit eigenen Werts. Man lebt nach neuzeitlicher Auffassung nicht unbedingt, um zu arbeiten (obwohl auch das behauptet worden ist), aber es ist doch auch um der Arbeit willen, daß man arbeitet: weil es eine starke Motivation dazu gibt, die über die unmittelbaren Ziele, um derentwillen man etwas tut (oder zu tun glaubt), hinausgeht, der gegenüber auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Arbeiten zurückstehen müssen.

Ihre Wurzeln liegen im Mönchtum, vielleicht auch in der mittelalterlichen Stadt, jedenfalls in der Verbindung, die die christliche Religion, zumal zur Reformationszeit, mit dem – so sehr auf materielle Güter angewiesenen – neuzeitlichen Staat, mit Wissenschaft und Naturverständnis und mit der sich bildenden bürgerlichen Gesellschaft eingegangen ist: die Arbeit hat ihren guten Sinn innerhalb der göttlichen Ordnung, der Mensch ist zu ihr berufen; als Spezialist, durch seinen Beruf ist er ein wichtiger Teil des Ganzen, dem er zugehört. Und das hat sich in den „Sachzwängen“ unserer Gesellschaft dann säkularisiert und verselbständigt. Die Gesellschaft versteht sich wesentlich auch als Arbeitsgesellschaft. Die Arbeit ist ein positiver, zentraler Teil menschlicher Identität.

Natürlich lassen allgemeine Feststellungen dieser Art stets Raum für Differenzierungen. Keiner will behaupten, daß alle Mitglieder einer Arbeitsgesellschaft fleißig seien. Verschiedene Arbeiten werden verschieden eingeschätzt. Es gilt auch für die Angehörigen verschiedener Schichten und Geschlechter Verschiedenes. Gleichwohl hat sich in Europa und darüber hinaus in der Neuzeit eine hohe positive Einschätzung der Arbeit als Arbeit herausgebildet. Man hat mindestens ein schlechtes Gewissen oder braucht viel Unabhängigkeit, um sich ihr zu entziehen. Arbeit ist damit in den Bereich der Zwecke, der Sinngebungen menschlichen Lebens eingedrungen. Sie kann gesuchte, bejahte Anstrengung sein, soll schon dadurch Freude machen. Sie „ist des Bürgers Zierde“, während „Segen seiner Mühe Preis“ ist. Sie zählt zu den wichtigsten Legitimationen für Auftreten, Einkommen, gesellschaftliche Stellung. Entsprechend wird heute al-

les Mögliche, was in andern Zeiten nicht als Arbeit galt („geistige Arbeit“ etwa oder das Regieren der Könige und Päpste), als Arbeit verstanden. Es besteht darin – bei allen Differenzen – ein egalitärer Zug unserer Gesellschaft, der in interessantem Zusammenhang mit der Menschengleichheit steht. Wie sehr Arbeit eine gleichsam autonome Zielsetzung geworden ist, spürt man heute besonders stark, da der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. Scheinbar ist sie am Ziel, da sie mit wenig Arbeit Güter in Massen produziert. Aber eben da erweist es sich, wie sehr es ihr am Mittel selbst gelegen ist – wie sehr das Mittel seinerseits Sinn war und noch ist.

So sehr die Arbeit heute ein wirtschaftlicher Tatbestand ist: gerade in unserer so stark von der Wirtschaft geprägten Welt gehört sie zugleich in die Ethik. Sie tut es schon immer. Als ethisches Postulat wird sie herkömmlicherweise anerzogen. Das Sich-Regen soll ja auch unabhängig von dem Segen, den es bringt, veranlaßt sein. Trotz aller wirtschaftlichen Impulse: der Wurzelgrund, auf dem das Handeln dieser Gesellschaft erwächst, ist viel breiter. Das wird heute umso deutlicher, wo sich an der Einstellung zur Arbeit manches ändert und manches ändern muß. Insofern muß jede Beschäftigung damit in der Moderne wie in der Neuzeit letztlich weit über ihr Thema hinausgreifen. Man wird die Einschätzung der Arbeit sonst auf die Dauer auch kaum mehr verstehen können. Gleichwohl gilt, daß die Arbeit, wo sie eine derart autonome, zentrale Zielsetzung darstellt wie in der Neuzeit, nicht nur ein eigenes Thema bildet, sondern weitgehend im Zentrum der mit ihr verbundenen Problematik steht. Eben das ist für die Antike – und vielleicht für alle vorneuzeitlichen Kulturen – fraglich.

Wohl kann man von der Arbeit als Arbeit auch im Griechischen sprechen. Die Griechen selbst haben dafür die Worte *ergázesthai* (arbeiten), *ergasia* und *érgon* (Arbeit). Sie bezeichnen damit alle Arten der Erwerbstätigkeit, ob es nun die des Landwirts, des Handwerkers, des Händlers (sogar des Geldes als Kapital) oder der Damen des ältesten Gewerbes der Welt ist. Vermutlich auch die von Lehrern und Ärzten. Freilich würde es ihnen nicht beigegeben sein, das Handeln des Politikers oder des Kriegers oder das, was wir „geistige Arbeit“ nennen, als Arbeit zu begreifen. Das war ja auch keine Form des Erwerbs. Alles Genauere könnte sich nur aus einer Wortuntersuchung ergeben, die noch nicht vorliegt.

Eine andere Wortgruppe kann freilich unter dem Aspekt der Anstrengung auch Kriegführung mit umfassen. Das sind *ponein* (sich abmühen) und *pónos* (insbesondere mühselige, anstrengende Arbeit). Mit diesen Kategorien werden etwa die Taten des Herakles oder die Kriegsfahrten der Athener begriffen. Schließlich kann Arbeit in irgendeinem, wiederum noch nicht genau untersuchten Sinn *ascholia* („Unmüßigkeit“) genannt werden. Das Wort ist besonders kennzeichnend, da es die Sache negativ faßt. Ziel der Arbeit ist, wie Aristoteles einmal sagt, die Muße. Sie ist nach Sokrates „die Schwester der Freiheit“. Kant sollte dagegen Muße als „leere Zeit“ definieren. Für die Antike war sie besonders erfüllt. Eben das wertete die Arbeit ihr gegenüber stark ab.

Überhaupt haben die Griechen in der archaischen und klassischen Zeit, auf die diese Betrachtung beschränkt sei, die Arbeit als Arbeit gewiß nie für eine Tätigkeit eigenen Werts gehalten. (Erst seit dem 4. Jahrhundert sehen gewisse Philosophenschulen das anders.) Man darf nicht mit neuzeitlichen Selbstverständlichkeiten an sie herangehen.

Eines ist klar: die Arbeit mußte auch bei ihnen getan werden. Auch sie konnten wissen, daß jede Stadt mindestens Bauern und gewisse Handwerker brauchte. Nur entsprach dieser Notwendigkeit keine Pflicht jedes Einzelnen, sich zu seinem Teil ihr zu widmen.

Bei der Einschätzung der Arbeit scheinen drei Hinsichten zu unterscheiden zu sein:

- (1) Es ist allgemein zu fragen nach der Schätzung von Arbeit als solcher, mithin als Erwerbstätigkeit. Ist sie mehr oder weniger negativ oder – aber dies wohl erst in der Neuzeit – positiv oder keines von beidem, sondern richtet sie sich einfach nach den praktischen Erfordernissen? Positive und negative Urteile können sich verfestigen. Sie werden in irgendeinem Maße davon abhängen, wie die Arbeit in der Konkurrenz mit anderen Lebens- (und Zeit-) Inhalten steht; wieweit man zu anderem die Wahl hat. Sie können ferner nach Schichten, Ständen oder Statusgruppen verschieden sein, verschieden auch, je nachdem auf welche Gruppe sie sich beziehen.
- (2) Es ist zu fragen nach der Schätzung der Arbeit als Mittel zu bestimmten Zwecken. Zunächst und vor allem wären es die des Einzelnen und seines Hauses. Zu unterscheiden wäre etwa das Ziel des Auskommens (von der Gewinnung des Lebensminimums bis zur Erhaltung eines großen Hauses) und das des neu zu erwerbenden Reichtums. In dieser Hinsicht ist die Einschätzung der Arbeit gewiß in hohem Maße Funktion derjenigen der Zwecke, denen sie dient. Sie kann abhängen davon, was die Angehörigen der verschiedenen Schichten an Arbeit nötig haben und wie sie selbst und wie andere das sehen. Sie kann aber auch infiziert sein von der Schätzung der Arbeit im allgemeinen.

Ein anderer Teil dieser Frage gälte der Arbeit als Mittel zu Zwecken der Allgemeinheit, also etwa der Erhaltung und Ausstattung oder der Macht der Polis. Von hier aus könnte etwa Legitimation für öffentliche Geltung aus Arbeit abgeleitet werden.

- (3) Es ist zu fragen nach der Einschätzung bestimmter Arbeiten, etwa derjenigen des Bauern, Handwerkers und Händlers. Auch hier ist zu unterscheiden, ob es die eigene oder fremde Arbeit ist, über die geurteilt wird; es wird manches schichten-, stände- oder statusgruppenspezifisch sein.

Alle drei Hinsichten sind hier, soweit unsere Zeugnisse direkte oder indirekte Schlüsse zulassen, zu behandeln. Vorauszuschicken ist, daß die Griechen sich nicht scheuten, große körperliche Anstrengungen auf sich zu nehmen. Sie unterschieden allerdings genau zwischen Sport und Krieg einerseits und Arbeit andererseits.

Es ist deutlich, daß die Einschätzung der Arbeit, wenn diese nicht grundsätzlich bejaht wird, viel zu tun hat mit den Unterschieden zwischen Reich und Arm und besonders auch zwischen Frei und Unfrei. Es wird sich zeigen, daß zwischen Grundbesitzern und Grundbesitzlosen eine tiefe Kluft bestand. Es konnte keinen bei allen Differenzen egalitären Grundzug der Arbeitserwartung geben. Die Griechen kannten ja auch keine Menschen-, sondern nur Bürgergleichheit, und das hängt vermutlich damit zusammen.

Aus diesen Gründen fragt es sich, ob es überhaupt angeht, nach der griechischen Einschätzung von Arbeit so zu fragen, wie man es für die Neuzeit kann. Darf man ein – innerhalb der gesellschaftlichen Einschätzung von Lebensinhalten – eher peripheres Phänomen in den Mittelpunkt einer Betrachtung stellen? Ist hier nicht weniger von der Einschätzung der Arbeit als von den Faktoren zu handeln, von denen sie vermutlich abhängt? Etwa von der (Fremd- und Selbst-) Einschätzung von Ständen und Schichten? Oder von den Idealen adligen oder polisbürgerlichen Lebens? Mehr von verschiedenen Arbeiten als von Arbeit?

Nicht nur das Verständnis, sondern schon die Rekonstruktion der Einschätzung der Arbeit könnte die Einbeziehung solcher Themen voraussetzen. Unsere Quellen fließen spärlich. Aber selbst wenn sie das nicht täten, müßten ihre Aussagen gewogen und in Zusammenhänge eingebracht werden, um am Ende eine Antwort zu ermöglichen.

Wenn der Zusammenhang, in dem die Einschätzung der Arbeit damals stand, bedingt ist von der Konkurrenz der Lebensinhalte, von der gesellschaftlichen Schichtung und vielleicht noch von anderem mehr: wie will man ihn rekonstruieren, ohne diese gehörig einzubeziehen?

Freilich braucht es zum Knüpfen eines solchen Zusammenhangs zugleich ein Sachwissen, das Wissen nämlich von den möglichen Faktoren und ihren möglichen Beziehungen untereinander. Nur mit seiner Hilfe kann man begründet zu den wirklichen Verhältnissen im damaligen Griechenland vordringen, soweit uns das überhaupt noch möglich ist. Dieses Wissen aber haben wir nicht. Es ergibt sich vermutlich erst und bestenfalls, wenn wir vergleichende Betrachtungen an verschiedenen Kulturen anstellen können. Denn es reicht ja nicht, die antiken Verhältnisse immer nur gegen die Interpretationsfolie der Moderne zu halten. Das empfiehlt sich zwar, insofern anders eine Vermittlung ihres Verständnisses allzu schwer wäre. Aber ein genaueres Sachwissen von den möglichen Zusammenhängen kann zweifellos nur der Vergleich mit anderen vorneuzeitlichen Kulturen bieten.

Um jedoch einen Anfang zu machen, seien hier einige Betrachtungen für die Griechen angestellt. Ihr Kreis sei so weit gezogen, wie er mindestens gezogen werden muß. Die Frage, wonach zu fragen ist, wenn wir über die Einschätzung der Arbeit bei den Griechen Auskunft haben wollen, welches der Rahmen ist, in dem sie ihren Ort, ihren unmittelbaren Zusammenhang und ihre Kontur findet, bleibe ausdrücklich in Frage gestellt. Das Ganze versteht sich als Hypothese. Vielleicht ergibt sich aber, daß Andere für andere Kulturen daran anknüpfen können, den Faden weiter spinnen, damit man auch über die Griechen (und über uns) mehr daraus lernen kann.

II.

Die wichtigsten zusammenhängenden Aussagen, die uns aus der Antike über die Einschätzung von Arbeit überliefert sind, klingen geradezu ungeheuerlich. Sie stehen bei den beiden großen Philosophen des 4. Jahrhunderts v. Chr., Platon und Aristoteles.

„Es ist offenbar, daß in der aufs beste eingerichteten ... Stadt die Bürger weder das Leben von Handwerkern noch von Kaufleuten führen können (unedel ist das nämlich und der Tugend zuwider). Auch Bauern dürfen die, die hier Bürger sein wollen, nicht sein. Denn es braucht Muße zur Ausbildung der Tugend und zum politischen, polisgemäßen Handeln.“ So steht es bei Aristoteles (Politika 1328 b 37 ff.). Ähnlich spricht Platon davon, daß das Bürger-Sein in der idealen Stadt den ganzen Mann fordere: da darf man keine zweite Tätigkeit daneben haben.

Die ideale Stadt ist fraglos auf Arbeit angewiesen; insofern wird diese nicht verachtet. Aber sie läßt keine Muße und tut dem, der sie verrichtet, nicht gut. Daher kann er nicht Bürger sein. Maßstab für die Bürger der idealen Stadt ist nicht, daß sie dort gebraucht werden, sondern daß sie Muße haben. Es wird folglich eine Norm aufgestellt, die mit Arbeit unvereinbar ist. Dem entspricht die klare Heraushebung eines Standes aus anderen. Dem Unterschied von Bürger und Nicht-Bürger (im politischen Sinn) korrespondiert hier der zwischen Nicht-Arbeit und Arbeit.

Diese Ansicht lag mutatis mutandis den (zumeist seit alters überkommenen) damaligen aristokratischen Ordnungen griechischer Städte zugrunde. Euripides zitiert sie einmal, wenn er sagt, daß sich ein Bauer, selbst wenn er nicht ungebildet sei, um das Allgemeine nicht kümmern könne. In Thessalien durfte kein Handwerker und kein Bauer

überhaupt den politischen Markt betreten. Eine andere Variante stellte Sparta dar, wo man sich zwar auf das angestrengteste den Leibesübungen und dem Exerzieren – und daneben der Jagd – hingeben sollte, aber weder bäuerliche noch handwerkliche Arbeit tun. Nur die Begründung und vor allem der Sinn der Muße ist bei Platon und Aristoteles neu gefaßt: daß sich die Bürger nämlich vor allem der Philosophie hingeben sollten. Sie sollen daraus nicht nur Einsicht beziehen, sondern im umfassendsten Sinne ihre Persönlichkeit bilden.

Können diese Zeugnisse als repräsentativ genommen werden? Und wenn ja, für wen? Und wie immer es damit bestellt sein mag: wie sind solche Meinungen, selbst wenn sie nur einerseits Aristokraten und andererseits zwei großen Philosophen zugehören, zu verstehen?

Eine zweite Gruppe von Urteilen unterscheidet innerhalb des Komplexes der verschiedenen Arbeiten. Nach Aristoteles ist nämlich im allgemeinen, also außerhalb der idealen Stadt, nur die Tätigkeit des Handwerkers und des Kaufmanns, zumal des Krämers sowie des Tagelöhners, von Übel; nicht hingegen die des Bauern. Handwerker, so berichtet er, wären in vielen Städten gar nicht zu den politischen Rechten, jedenfalls nicht zu den Ämtern zugelassen. Er fand das richtig. In Theben habe zum Beispiel ein Gesetz verboten, daß jemand ein Amt bekleide, der sich nicht mindestens 10 Jahre lang vom Markt, und das soll anscheinend heißen: vom Verkauf handwerklicher Produkte, ferngehalten habe.

Am deutlichsten formuliert Xenophon die Einwände gegen die Handwerker: „Denn die Kunstfertigkeiten (*epistēmai/téchnai*), die man als einfaches Handwerk (*banausikāi*) bezeichnet, stehen im Verruf und werden zu Recht in den Städten durchaus verachtet. Sie schwächen nämlich die Körper derjenigen, welche arbeiten und sich darum kümmern, indem sie sie zwingen zu sitzen und sich im Schatten aufzuhalten, zum Teil sogar den Tag am Feuer zuzubringen. Wenn aber die Körper verweichlicht (wörtlich: verweiblicht) sind, werden auch die Seelen viel schwächer. Auch lassen diese Handwerker-tätigkeiten keine Muße, sich um Freunde und um die Stadt zu kümmern“ (Oikonomika 4,2–4). Solche Handwerker seien schlecht geeignet, ihre Heimat zu verteidigen. Daher sei es auch in einigen Städten, zumal in denen, die bekanntermaßen gut Krieg führten, keinem Bürger erlaubt, ein Handwerk auszuüben. Auch hierzu finden sich verwandte Aussagen bei Platon. Aristoteles unterscheidet etwas feiner. Aber auch er erklärt, banausisch seien die Arbeiten und Kunstfertigkeiten, welche Körper und Geist freier Männer unfähig machten für den Gebrauch und die tätige Ausübung der Tugend. Interessant ist der Ausdruck „Verweiblichung“ für die Körper: er weist zugleich auf die helle Hautfarbe hin, die man hat, wenn man sich regelmäßig im Hause aufhält.

Der Handel aber ist, vor allem wenn er Zwischenhandel ist, also fremde Güter vertriebt, bei den Philosophen und sonst eher noch mehr verachtet. Schließlich zielt er – um von anderem abzusehen – auf Profit, und man hat nur allzu leicht das Gefühl, vom Händler betrogen zu werden. Nur Großhandel kann sich sehen lassen, wengleich sich auch das in Grenzen hält.

Landwirtschaft ist dagegen etwas ganz anderes. Um sie wiederum nach Xenophon darzustellen: sie ist leicht zu lernen (erfordert also offenbar nicht eine solche Spezialisierung, das heißt Abwendung vom Allgemeinen), sie ist angenehm zu betreiben, läßt am meisten von allen Tätigkeiten Muße, sich um Freunde und öffentliche Angelegenheiten zu kümmern. Schließlich mache sie die, die sich mit ihr beschäftigten, mutig. Daher genieße diese Weise zu leben und seinen Lebensunterhalt zu erarbeiten in den

Städten höchste Achtung. Sie forme die besten Bürger (Oikonomika 6,8–10). Auch hier findet sich eine ähnliche Äußerung schon bei Euripides: Das Lob des selbst auf seinen Feldern arbeitenden Bauern (*autourgós*), an das Aristoteles später anknüpft. Es werden dabei die Schätzung des Grundbesitzes und das alte Verständnis der Landarbeit als Teilhabe an der göttlichen Ordnung der Natur mitgesprochen haben.

Auch diese Aussagen sind erstaunlich; und nicht nur, wenn man von heutigen Auffassungen ausgeht. Gewiß mag manches gegen die Handwerker sprechen. Zumal, daß seit alters nach griechischer Auffassung eine Gleichung von Bürgern und Landbesitzern bestand, die zwar nicht rein aufrechtzuerhalten war, aber immer wieder eine Rolle spielte. Hier lag wohl auch die Ursache für die Ausschließung der Handwerker von den bürgerlichen Rechten an verschiedenen Orten. Es war für die griechischen Städte insgesamt höchst bedeutsam, daß in ihnen Stadt und Land nicht geschieden waren, daß auch die Landbesitzer gutenteils in den Städten wohnten und daß sie in den Ober- und Mittelschichten zumeist weit in der Überzahl waren; daß nie, wie im Mittelalter, Handwerker und Kaufleute präbendieren konnten, die Stadt zu sein.

Aber was waren das für Begründungen? Wieviele Handwerker arbeiteten normalerweise im Sitzen? Warum sollten der Schmied, der Zimmermann oder der Töpfer nicht kräftig genug gewesen sein, ihre Stadt zu verteidigen? Nicht alle Handwerker können doch dem zarten Schneiderlein unseres Märchens gähneln haben. Außerdem haben viele von ihnen nachweislich als Hoplitengedient. Nichts spricht auch dafür, daß sie der dafür notwendigen sportlichen Schulung ganz entbehrt oder daß sie darin nennenswert hinter den Bauern zurückgeblieben hätten. Im Gegenteil. Platon erwägt ausdrücklich den Fall, daß der kräftige Weniger-Bemittelte in der Phalanx den Reichen verachten lerne, wenn er merke, daß er verweichlicht sei. Er nimmt es zum Anlaß, die Reichen zu mahnen, ihren Körper auszubilden.

Außerdem stellten die Theten – Handwerker, Krämer, Tagelöhner – die Ruderer der attischen Flotte, auf der die Größe der Stadt beruhte, und sie nahmen seit spätestens 462 et de iure et de facto eine höchst respektable Stellung in der attischen Demokratie ein, gaben in vielem den Ausschlag. Sollten sie also wirklich ihrer Arbeit wegen verachtet worden sein; außer von einigen enttäuschten Angehörigen der Oberschicht? Finden wir uns hier also vielleicht vor einem veritablen „Klassenvorurteil“?

Aristoteles weist ferner mehrfach darauf hin, daß Handwerker sehr gute Chancen hätten, reich zu werden. Er empfiehlt deswegen, den ärmeren Bürgern Mittel zum Aufbau von Werkstätten zu geben. Schon Solon spricht im 6. Jahrhundert von entsprechenden Hoffnungen, und Thukydides wiederholt es. Wir kennen auch verschiedene Beispiele dafür, zumal aus dem Athen des 6. und 5. Jahrhunderts. Vielfach kam es vor, daß Handwerker in Oligarchien volle politische Rechte erhielten. Wir können das im einzelnen nicht nachrechnen. Aber angesichts der Zahl der Aussagen kann es ja wohl nicht ganz falsch sein. Gewiß gibt es stets Wege zum Reichtum, die für sich wenig geachtet werden, so sehr man den aus ihnen resultierenden Wohlstand zu genießen und zu schätzen weiß. Allein, kann wirklich und noch dazu im demokratischen Athen (das im Zentrum der meisten Betrachtungen stand) das ganze Handwerk so sehr verachtet worden sein? Und wenn Handwerker so leicht wohlhabend werden konnten, ist es da nicht wahrscheinlich, daß sie irgendwann andere für sich arbeiten ließen, die Nachteile der Arbeit also gar nicht mehr an sich erfuhren? Wirkten diese dann gleichwohl fort?

Thukydides läßt Perikles in der Gefallenen-Rede sagen, in Athen sei es keine Schande, seine Mittellosigkeit einzugestehen. Schlimmer sei es schon, wenn man ihr nicht

durch Arbeit zu entgehen suche. Ähnlich gibt es auch sonst verschiedene Aufforderungen zur Arbeit und die Erwartung, daß man sich mit ihr sein Brot verdiene, wenn man es nötig habe. Unnötig braucht ohnehin keiner zu arbeiten, solange dies nicht selbst ein Ziel und Lebensinhalt ist. Aber wenn es einmal nötig ist und Arbeit hilft aus der Not: muß man sie – und den, der sie tut – dann so geringschätzen, zumal er sich dann ja positiv vom Bettler unterscheidet?

Weiterhin spielt die Handwerkskunst im 5. Jahrhundert in der Kulturentstehungslehre und offensichtlich auch im allgemeinen Bewußtsein eine außerordentliche Rolle. Ihr ist zum guten Teil die Zivilisation zu verdanken. Sie ist eine der wichtigsten Belege für die außerordentlichen Fähigkeiten der Menschen, ihre Lebensumstände zu verbessern, die gerade damals zu einem Könnens-Bewußtsein führten, das vor dem Fortschrittsbegriff des 18. Jahrhunderts in der Weltgeschichte wohl keine Parallele hat. Ein besonderer Niederschlag dieses Könnens sind gerade im 5. Jahrhundert die großen Bauten auf der Athener Akropolis, die Höhepunkte klassischer Bildhauerkunst und anderes – wovon Xenophon, Platon und Aristoteles auf Schritt und Tritt den Niederschlag zu sehen bekamen. Denn die Künstler zählten damals zu den Handwerkern. Übrigens läßt Platon Sokrates verschiedentlich mit größtem Respekt vom handwerklichen, fachmännischen Können sprechen. Sokrates nimmt an ihm geradezu Maß für die Forderungen, die er an diejenigen stellt, die sich mit der Lenkung einer Stadt beschäftigen wollen. Wir haben, insbesondere aus inschriftlichen und archäologischen Quellen zahlreiche Beweise dafür, wie stolz verschiedene Handwerker auf ihre Arbeit waren. Wir wissen, daß sie sich jahrhundertlang in einer Weise gegenseitig zu übertreffen suchten, daß dabei nicht nur großartige künstlerische Leistungen, sondern auch ein Prozeß raschen „Fortschritts“ herauskamen. Übrigens nimmt es wunder, daß sich die Kritik immer wieder gerade auf das Können, die Kunstfertigkeit (*téchnē*) der Handwerker richtete.

Wir hören aber auch, daß man in Athen sogar den „Metöken“, also den „Zugereisten“, den Gasterbeitern sowie den Sklaven relativ viel Freiheit und Rücksicht zukommen ließ, weil man ihre Arbeit brauchte. Um wieviel mehr mußte das bei den Handwerkern aus der Bürgerschaft der Fall sein! Schließlich besitzen wir unter den vielen antiken Quellen, die durchweg aus der Feder wohlhabender Männer stammen, für das 5. Jahrhundert eine Gruppe, die wenigstens darauf berechnet war, auch von der Unterschicht gehört und geschätzt zu werden: das waren die Dramen. Speziell in der Komödie ist viel vom Alltag die Rede: dort aber findet sich keine Geringschätzung von Handwerk und Handwerkern. Vielmehr von Hökern: und als solche (und von dieser Seite ihrer Tätigkeit her) werden dann auch Handwerker, ja wohlhabende Werkstattbesitzer gern charakterisiert, wenn man sie verspotten will.

Ob es sich mit den Handwerkerdarstellungen auf Vasenbildern so viel anders verhält, ist, scheint mir, noch nicht klar. Wohl gibt es in der zweiten Hälfte des 6. und in der ersten des 5. Jahrhunderts v. Chr. verschiedene Bilder, auf denen arbeitende Männer in einer Weise dargestellt sind, die allen Idealen griechischen Menschentums widerspricht; unwürdig hingehockt, häßlich, disproportioniert und mit großem Geschlechtsteil. Aber, soweit ich sehen kann, ist nicht deutlich, ob die Maler damit wirklich sich selbst und Ihresgleichen meinten und nicht ihre Sklaven (welche in der Tat häufig „Barbaren“ waren, also ungrüchisch wiedergegeben werden mochten). Sie müßten sich sonst selbst verspottet oder auf ihre nach den vorherrschenden Maßen häßlichen Eigenschaften stolz gewesen sein, was mir bei aller Kenntnis, die wir von der

möglichen Internalisierung des Verachtetwerdens durch Andere haben, in diesem Fall eher unwahrscheinlich erschiene. Zudem gibt es daneben die positiven Darstellungen des Handwerks, seiner besonderen Kunst und der Teilnahme seiner Meister am bürgerlichen Leben. Übrigens wußten diese sich und ihre Kunst auch in der Gunst der Götter, zumal der Athene (besonders der Athene Ergane), des Hephaistos und des Prometheus.

Eine ganze Reihe von Zeugnissen und Tatsachen aus der klassischen Zeit des 5. Jahrhunderts scheint also den zusammenhängenden Aussagen bei Xenophon, Platon und Aristoteles zu widersprechen. Weitere Belege werden gleich noch vorzubringen sein. Angesichts eines so widersprüchlichen Bildes gibt es verschiedene Auswege. Man kann historisch differenzieren (das eine gilt für diese, das andere für jene Epoche), vielleicht auch geographisch oder nach Autoren und Perspektiven (in verschiedenen Schichten sieht man die Dinge verschieden; oder die einen Zeugnisse sind für alle repräsentativ, die anderen nicht). Man kann nach dem Verhältnis zwischen Bezeugtem und Unbezeugtem fragen, kann schließlich auch das, was man für allgemein menschlich hält, gegen das Bezeugte einbringen, um zu ganz anderen Ergebnissen zu gelangen, als welche die Quellen nahelegen. Alle diese Verfahren sind angewandt worden. Gegen keines ist grundsätzlich etwas einzuwenden, wenn es wenigstens von der nötigen Reflexion begleitet wird. Im Gegenteil, jede Behandlung des Themas ist in irgendeinem Ausmaß auf sie angewiesen.

Wenn aber Arbeit eine innerhalb der gesellschaftlichen Einschätzung von Lebenshalten eher periphere Tätigkeit war (anders gesagt: zentral nur für die, die an der Peripherie des Bürger-Lebens standen), so fragt sich, um es zu wiederholen, ob man die Frage nicht viel weiter ansetzen und anders zentrieren muß.

Im folgenden soll mit einem historischen Überblick bis etwa 400 v. Chr. begonnen werden. Er muß sich naturgemäß vor allem auf die Geltung der Handwerksarbeit richten, welche innerhalb der unmittelbaren Arbeitsproblematik die eigentliche Schwierigkeit zu bilden scheint. Die Betrachtung wird danach notgedrungen in weitere Zusammenhänge übergehen.

III.

Im Lichte der zitierten Zeugnisse des Xenophon und der beiden Philosophen ist es höchst auffällig, daß die Helden der homerischen Epen samt ihren Frauen und Kindern nicht nur gewöhnlich auch mit Landwirtschaft beschäftigt sind (man kann in ihrem Kreise stolz betonen, daß man gerade Furchen zu ziehen und Felder zu mähen vermag; man findet ihre Söhne beim Hüten der Herden oder beim Anschrren der Pferde, wenn der Vater ausfahren will). Vielmehr verstehen sie sich zugleich auf Handwerksarbeit und üben sie auch aus. Odysseus hat Schlafzimmer und Ehebett selbst gemacht und kann ein Floß bauen. Paris hat sich an der Errichtung seines Hauses beteiligt. Sein Bruder war damit beschäftigt, sich einen Streitwagen zu konstruieren. Phereklos, zweifellos kein großer Fürst, aber immerhin ein Teilnehmer am Heroen-Gefecht, hat die Unglücksschiffe gezimmert, auf denen Paris Hellena entführte. Auch Epeios, dem das trojanische Pferd zu verdanken ist, ist nicht einfach ein Handwerker, sondern ein großer Sportler dazu, wenn auch im Krieg ein Feigling (was eine Kehrseite seiner Kunstfertigkeit sein könnte). Ähnlich wie die Könige arbeiten ihre Frauen, wie es übrigens auch

Göttinnen tun: sie spinnen, weben, verfertigen Kleider; ihre Töchter waschen die Wäsche. Außerdem wird uns von einem König berichtet, der zu Schiff ausfährt, um Eisen gegen Kupfer zu tauschen, weil er das offenbar braucht.

Freilich wird der Handel hauptsächlich von Phöniziern betrieben; und sie haben einen sehr schlechten Leumund. Ähnliches gilt für griechische Kaufleute, wenn sie nur Händler und nicht tapfere Herren sind: man wirft es ihnen vor, daß sie auf Profit aus sind; vermutlich können sie auch den adligen Idealen nicht genügen. Aber diese Geringschätzung trifft, soweit man sehen kann, nur diejenigen unter den Kauffahrern, die sich ausschließlich dem Handel verschrieben haben (und nicht Könige oder Helden sind, die das nebenbei tun).

Geachtet werden hingegen die Spezialisten unter den Handwerkern, die man zu sich rufen kann, damit sie tun, was gerade nötig ist. *Demiurgoi* heißen sie, offenbar weil sie für die Allgemeinheit arbeiten. Sie teilen diesen Namen mit Herolden, Sängern und Ärzten. Gemeinsam ist der ganzen Gruppe also nicht die manuelle Arbeit, sondern das Spezialistentum, wohl auch das besondere Können und die Tatsache, daß sie von ihm im Auftrag anderer Gebrauch machen. Das Wort begegnet zugleich als Terminus für Beamte. Es ist unverächtlich.

Homer bedenkt die Kunst der Handwerker mit außerordentlichem Lob. Hephaistos und Athene haben viele von ihnen gelehrt, „anmutige Werke“ zu vollenden. Entsprechend wird die Kunst des Hephaistos unter den Göttern aufs höchste bewundert; er konnte ja sogar Standbilder schaffen, die sich zu bewegen und Gäste zu bedienen vermochten. Er selbst freilich erscheint als hinkender, schwitzender, keuchender Gott, mit Haaren auf der Brust, über den die anderen dann auch gelegentlich herzlich lachen; der sich freilich rächen kann, indem er nämlich seine Gattin, die schöne Aphrodite, samt ihrem Liebhaber, dem Kriegsgott Ares, mit einem goldenen Käfig umfängt, um sie dann dem Gespött der anderen Götter auszusetzen. Wahrscheinlich ist in das Bild des Hephaistos die Vorstellung vom Handwerker im engeren Sinne, und zwar – was besonders bedeutsam erscheint – des Handwerkers, der an der Esse arbeitet, eingegangen. Dadurch hebt er sich von den übrigen Demiurgen ab.

Wichtig an diesem Befund ist vor allem, daß die homerischen Helden die Arbeit, auch die handwerkliche, nicht zu scheuen oder zu verachten scheinen, auch wenn sie sie im Ganzen vielleicht lieber lassen als tun. Wohl haben sie viele Diener. Aber das enthebt sie offenbar nicht des eigenen Mittuns und der Beschäftigung ihrer Kinder. Insofern ist, was sie da tun, durchaus auch Arbeit, nicht nur Vergnügen oder Spiel. Ihr Stolz auf sich selbst schließt handwerkliche Befähigung ein. Sie macht sie unabhängig. So haben sie offenbar auch keinen Anlaß, die Handwerker wegen des Charakters ihrer Arbeit persönlich gering zu achten. Der Blickwinkel, unter dem diese hier vornehmlich erscheinen, ist ihr Können. Und dem kann man nur Respekt zollen. Möglicherweise waren die Sänger ihren Mit-Demiurgen besonders freundlich gesinnt. Aber man könnte auch erwägen, daß für die Helden, die sie darstellen, gar kein Anlaß zu offener Geringschätzung der Handwerker bestand, weil ohnehin klar war, daß diese in keiner Weise Ihresgleichen sein konnten. Sie standen eindeutig außerhalb des Kreises derer, die diese Gesellschaft voll und einzig berechtigt ausmachten. Wozu ihnen also etwa vorhalten, daß sie im Sitzen arbeiteten, soweit das der Fall war? Das mag zugleich bedeutet haben, daß die Handwerker selbst gar nicht an politische Rechte denken, insofern in ihrer Selbsteinschätzung sich auf den begrenzten Kreis ihrer Fähigkeiten konzentrieren konnten, auf die sie sich etwas zugute hielten.

Der Kreis der Vollberechtigten war begrenzt auf die Herren großer Häuser, und das heißt zugleich großer Güter. André Aymard hat gewiß zu Recht darauf hingewiesen, daß sie wirtschaftlich dem Ideal der Autarkie *avant la lettre* huldigten, daß es ihnen primär darum ging und daß es demgegenüber für sie eher gleichgültig war, ob sie und ihre Familie nun arbeiteten oder nicht. Vermutlich brauchten sie die Arbeit zum Auskommen, das heißt zur Sicherung der für sie notwendigen Selbständigkeit und des nötigen Wohlstands. Da galten primär praktische Gründe, und es gab keinen Anlaß, seinen eigenen Wohlstand und seine Vornehmheit dadurch zu demonstrieren, daß man sich von ihr völlig fernhielt. Dazu lebte man noch zu sehr für sich. Ein Indiz dafür bietet die Geschichte der Freundschaft: Man konnte sich noch kaum mit Seinesgleichen verbinden. Die Öffentlichkeit (und das Leben in ihr) scheint sehr viel weniger bedeutet zu haben. Freilich mochten Einzelne es schöner finden, große Expeditionen über See zu starten und andern ihre Herden zu rauben. Doch muß das keineswegs die Regel gewesen sein. Was immer die großen Herren freilich taten, sie arbeiteten für sich, auf und an ihrem eigenen Gut (während der Handwerker es für andere tat). Sie waren frei, gegebenenfalls dank eigener Arbeit, während er abhängig war, da andere ihn engagierten oder ihm seine Produkte abnehmen mußten. Außerdem nahmen sie am adligen Leben und seinen Idealen teil, er dagegen nicht.

Es kommt in diesem Zusammenhang nicht darauf an, welche Epoche genau von den homerischen Gedichten gespiegelt wird und wie sich in ihnen alte Erinnerungen und deren Verklärung mit gegenwärtiger Erfahrung vermengten. Denn vieles spricht dafür, daß die Epen in vielem – und gerade in den hier interessierenden Zügen ihrer Darstellung – durchaus realistisch die Gesellschaft einer frühen Zeit vor etwa der Mitte des 8. Jahrhunderts wiedergeben. Sie sind wohl etwa um 700, aber aufgrund viel älterer mündlicher Traditionen gedichtet worden.

Für die Bauern jener Zeit gilt bei allen Unterschieden im Grunde das gleiche. Unser Zeuge dafür ist Hesiod. Dessen Thema ist einerseits die Gerechtigkeit, andererseits die Arbeit. Seine Lehre lautet, daß die Menschen (alle, die es nötig haben) arbeiten sollen, um leben zu können, und daß sie so den Göttern gefallen. Denn diese haben es ihnen verhängt. Zeus läßt sie büßen für den Raub des Feuers, den Prometheus zu ihren Gunsten beging. Arbeit ist also eine Strafe. Genau gesagt: wenn Zeus die Menschen nicht hätte strafen wollen, hätten sie mit wenig Aufwand alles, was sie brauchten. Da dem nun aber nicht mehr so war, mußten sie arbeiten, und damit hatte die Arbeit einen guten Sinn. Nachdrücklich mahnt Hesiod, sie nicht zu scheuen. Nicht Arbeit, sondern Nicht-Arbeit (*aërgiē*) bringe Schande. Er redet offenbar gegen Widerstände und Trägheiten an, von denen wir nicht wissen, wieweit sie in dieser Gesellschaft allgemeiner verbreitet oder wieweit sie nur seinem Bruder Perses, den er unmittelbar apostrophiert, eigen waren. Es mag sein, daß manche Bauern meinten, sie könnten sich mehr nach Adels-Idealen richten (also mehr freie Zeit haben), als es für sie angemessen war. Dagegen wendet sich der Dichter, indem er die Arbeit geradezu und wohl paradoxerweise mit gewissen Adels-Idealen verknüpft. Aber zugleich geht es ihm darum, nachzuweisen, daß Arbeit sich lohnt.

Er will, daß die Bauern ihr gutes Auskommen haben und, wenn es viel ist, andern davon abgeben. Dann können sie zur Not auch auf deren Hilfe rechnen. Aber sicher ist das nicht. Letztlich droht er, daß jeder in der Not allein ist. Folglich muß man unabhängig sein, autark, und eben dafür sich abmühen. Vielleicht gelangt man auf diese Weise sogar zu Wohlstand und Ansehen.

Hesiod setzt bei alledem ziemlich selbstverständlich voraus, daß der Bauer zugleich Ochsen und ein oder zwei Hilfskräfte hat. Im Zentrum seiner Arbeit stehen Ackerbau und Viehzucht, aber er soll auch Holz fällen, sein Haus und seine Gerätschaften herstellen oder jedenfalls sich daran beteiligen. Freilich werden zugleich Handwerker erwähnt, Töpfer, Zimmermann, Schmied und der „Knecht der Athene“, der sich auf komplizierte Vorgänge beim Bau von Pflug und Wagen versteht. Schließlich spricht Hesiod auch davon, daß man mit Handel über See den „unerfreulichen Hunger“ bekämpfen oder sogar Gewinn machen kann. Die Ladung solle möglichst groß sein. Er hat nichts dagegen einzuwenden, als daß die Seefahrt gefährlich ist. Deshalb liebe er selbst sie nicht; „doch pflegen die Menschen so zu handeln in ihrem unverständigen Sinn“. Im Zentrum seiner Kritik steht vielmehr die Ungerechtigkeit, und Arbeit ist ihm ein Mittel, diese zu erübrigen und gleichsam auszutrocknen. In Hinsicht auf sie denkt er bloß praktisch (steht dabei übrigens in Beziehungen zur orientalischen Weisheit).

Natürlich gehörten zu dieser Welt zugleich Sklaven und Lohnarbeiter, zunächst wohl in begrenztem Umfang. Auf ihnen muß die Hauptlast der Arbeit geruht haben. Sie sind unterschiedlich geschätzt. Der Lohnarbeiter (Thete) ist am schlechtesten dran, mindestens wenn er bei einem kleinen Bauern dient. Obwohl er frei ist, muß er sich verdingen, und wenn man ihn nicht braucht, muß er sehen, wo er bleibt, während der Sklave durchgefüttert wird.

Insgesamt läßt sich für diese frühe Zeit feststellen, daß die Arbeit ungleich verteilt war, daß man sie kaum geliebt hat (obwohl sie Spaß machen konnte), aber als Mittel zu Unterhalt, Selbständigkeit und Reichtum sehr wohl zu nutzen wußte. Fast scheint es, wie wenn das den großen Herren leichter gefallen wäre als den Bauern; wenn man Hesiods Mahnung so deuten darf. Jedenfalls hatte man zur Arbeit anscheinend ein primär praktisches Verhältnis. Sie verstand sich, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, von selbst. Es gab nicht, wie später, eine weite Kluft in der Geltung zwischen denen, die arbeiteten, und denen, die es nicht taten. Entscheidendes Merkmal für den Wert des Mannes und seinen Rang waren allerdings Zugehörigkeit zur Grundeigentümerschaft, wirtschaftliche Selbständigkeit, Reichtum und Abstammung. In all diesen Hinsichten gab es Abstufungen. Bei allen Übergängen war der Unterschied zwischen Adligen und Bauern erheblich. Und die Handwerker hatten noch nicht mal an all dem teil. Daß dieser Unterschied in ihr eigenes Urteil über die Art ihrer Arbeit eingegangen wäre, läßt sich nicht beobachten.

IV.

Mit der starken Bewegung und Krise, die dann die Zeit von 750 bis etwa 500 v. Chr. bestimmten, hat sich bei den Griechen vieles verändert. Diese Zeit hebt an mit der Aussendung unzähliger Kolonien an die verschiedensten Küsten des Mittelmeers und des Schwarzen Meers. Vorausgegangen waren vielfache Unternehmungen über See: Seeraub, Handel, Anlage von Faktoreien. Die Kolonien dienten dann vornehmlich der Versorgung zahlreicher Griechen mit Land, denn man hatte einen starken Bevölkerungsüberschuß.

So reproduzierten sich die Lebensbedingungen des Mutterlands überall und immer wieder. Aufs ganze gesehen blieb die weithin sich erstreckende griechische Gesellschaft dank der Kolonisation agrarisch bestimmt. Die Probleme, die sonst zu Explosionen hätten führen können, wurden exportiert. Dabei blieb es aber nicht. Vielmehr schlug

die Unruhe, die Veränderung zurück. Die Ansprüche stiegen, der Aktionsradius, der Kreis des Denkbaren, des Machbaren auch; Bindungen und Selbstverständlichkeiten schwächten sich ab. Man konnte – durch Raub, Handel, Ausbeutung und anderes – viel gewinnen und viel verlieren. Vor allem wagte man Einiges, und dabei geriet dann Vieles durcheinander. Manche Familien wurden sehr viel reicher, andere verarmten – und trugen zur Unruhe bei. Viele Aufsteiger machten ihren Weg. Und eine große Zahl von Bauern geriet in Schulden, verlor zum Teil ihre Höfe, mußte zuletzt mit dem Leibe haften. Die Schicht der Besitzlosen wuchs. Empörungen, Aufstände, Bürgerkrieg und Tyrannis kamen an die Tagesordnung. Umgekehrt gab es vermutlich mehr Sklaven, mehr Geld, um andere zu beschäftigen. Die Ausmaße des Reichtums wuchsen.

Man begann aber auch, methodischer zu handeln, neue Wege zu suchen. Jetzt mußte man auch sehen, in den heimischen Städten mit wachsender Menschenzahl auszukommen; und das scheint sogar seine Vorzüge gehabt zu haben.

Die Tyrannen pflegten zahlreiche Bauten zu errichten, auch die Infrastruktur, etwa die Wasserversorgung, zu verbessern. Andere werden ihnen nachgeeifert haben. Zahlreiche Handwerker wurden gebraucht. Man holte sie also ins Land – und suchte damit zugleich Zugang zu neuen Weisen des Lebensunterhalts für die eigenen Bürger zu schaffen und zu verbreitern. Athens Gesetzgeber Solon versprach Anfang des 6. Jahrhunderts fremden Handwerkern für den Fall der Niederlassung die Aufnahme ins Bürgerrecht. Er verfügte zugleich, daß Eltern ihren Kindern eine Ausbildung zukommen lassen mußten; andernfalls hätten sie keinen Anspruch gegen sie auf Versorgung im Alter. Offensichtlich handelte es sich um Leute, die kein Land besaßen und nun ihre Kinder in eine Lehre geben sollten. Man bekämpfte auch die Bettelei. Im ganzen lief es darauf hinaus, daß das Handwerk und die Bereitschaft zu handwerklicher Arbeit stark gefördert wurden. Ob eine bessere Einschätzung derer, die sich dem widmeten, damit verbunden war, bleibt offen – auch wenn eine spätere Quelle behauptet, Solon habe den Handwerkern eine höhere Würde (*axiōma*) verschafft.

Damals könnte aber eine nennenswerte Differenzierung unter den griechischen Städten eingetreten sein. Manche blieben rein agrarisch – und konnten den kleinen Kreis der Handwerker von den Aktivbürgerrechten fernhalten. Wenn es hingegen später von Korinth heißt, dort seien die Handwerker am wenigsten geringgeschätzt worden, so läßt das darauf schließen, daß sie in der großen Zeit der Stadt während des 7. und 6. Jahrhunderts so zahlreich und wohlhabend wurden, daß ihr Anteil an der Bürgerschaft relativ hoch, ihre Stimme relativ gewichtig war und daß sie sich und ihrer Lebensform folglich relativ viel Respekt zu verschaffen vermochten; ein gutes Stück mehr jedenfalls als anderswo. Vermutlich haben die Tyrannen zahlreiche von ihnen in die Stadt gezogen und ihnen frühzeitig das Bürgerrecht verliehen. Der Boden um die Stadt war karg, die Verdienstmöglichkeiten groß. So mochte sich gerade aus den Handwerkern ein größerer Kreis von Wohlhabenden bilden, von denen Einige sich der führenden Schicht assimilierten, die jedoch insgesamt zu stark dem Handwerk verhaftet blieben, um ihm nicht insgesamt Achtung zu verschaffen (auch wenn das in der übrigen griechischen Welt wenig ausmachte). Ähnlich wird es in manchen anderen Städten gewesen sein, die für ihr Handwerk berühmt waren.

Athen hingegen nahm zwar verschiedentlich auch nach Solon Handwerker ins Bürgerrecht auf. Aber das hielt sich in engerem Rahmen. Und als es zur Zeit der Perserkriege seine große Flotte baute und fortan große Teile seiner Bürgerschaft als Ruderer in

Anspruch nahm, da war seine Bürgerschaft schon soweit abgeschlossen, daß die, die man dann rief oder die von selbst kamen, um Handwerksarbeit zu leisten, nur mehr Metöken, freie Miteinwohner ohne Bürgerrecht wurden.

In wieder anderen Städten verlegten sich viele Bürger auf den Handel. Das scheint einige Städte besonders geprägt zu haben, etwa Aigina oder das kleinasiatische Phokaia, die Mutterstadt Marseilles, die sich in Südfrankreich und Spanien eine Reihe von Handelsstützpunkten aufbaute. Entsprechend kann dort der Händler – was freilich meint: der Großkaufmann, der Überseehandel treibt – kaum geringgeschätzt worden sein.

All dies läßt sich aber nur in Umrissen ausmachen. Und was man darüber hinaus wissen will, muß man vermuten. Gewiß werden sich manche Adlige am Handel beteiligt haben, nicht nur, wie etwa Theognis bezeugt, wenn sie ihr Vermögen eingebüßt hatten, sondern auch wenn sie es vergrößern wollten. Das ergab sich schon mit der Kolonisation, damit, daß die Führung der außerordentlichen Aktivitäten über See in der Hand der Adligen lag. Viele von ihnen müssen also weit herumgekommen sein. Sie werden ihre Reisen, wie es üblich war, mit dem Verkauf von Waren finanziert haben. Sollten sie also nicht zugleich eingekauft haben, um weiteren Gewinn zu erzielen? Reichtum galt ungeheuer viel: konnten sie diese Quelle verschmähen, sich also nur auf die Führung der Kolonisten beschränken? Es gibt keinen Grund, der uns dies annehmen ließe. Sie mußten sich ja nicht gleich persönlich auf den Markt setzen und verkaufen.

Man kann sich das Bild kaum bunt genug denken. Vieles war im Fluß. Die Dinge sind keineswegs nach den Aussagen über das Athen des 5. Jahrhunderts vorzustellen. Übrigens auch nicht – oder nur höchst bedingt – nach den gleichzeitigen literarischen Zeugnissen. Aus Hesiod etwa könnte man kaum schließen, daß damals ständig Hunderte von Schiffen Tausende von Griechen in die Kolonien schafften. Denn er erwähnt die Verdienstmöglichkeiten durch Handel zwar – doch, wie erwähnt, nur als Unternehmung von unverständigen Leuten; und er rät von Schifffahrt ab. Ähnlich könnte man aus der gleichzeitigen Lyrik, die so viel von der Hinfälligkeit und Tagesverhaftetheit des menschlichen Lebens redet, kaum entnehmen, daß damals Hunderte von Kolonien gegründet wurden und Tyrannen alles Mögliche stifteten, um ihren Namen zu verewigen. Keiner der Tyrannen spricht zu uns; höchstens solche, die einer von ihnen verbannt hat. Woher wissen wir, ob das Bild, das eine ganze Gattung vermittelt, für die Regel oder für die Ausnahme steht und ob gelegentliche Urteile in dieser oder jener Richtung repräsentativ sind? Den Mahnungen, man solle nicht nach unrechtem Gewinn streben, den Bedenken gegen den Satz, wonach das Geld den Mann mache, ist gewiß nur das Gegenteil als Regel zu entnehmen. Wenn für Thales der Satz: „Sei nicht ohne Arbeit, auch wenn du reich bist“, bezeugt ist, so wissen wir weder, was dieses Zeugnis wert ist, noch wie weit diese Lehre befolgt wurde.

Allein, so unkonventionell viele Adlige in jenen Jahrzehnten sich auch wirtschaftlich betätigt haben mögen (um von politischen Bereicherungsmöglichkeiten zu schweigen), so sehr mancherorts die Bereitschaft zu handwerklicher Arbeit durch Zureden, Hilfestellung, Üblichkeit befördert wurde, so sehr Aufsteiger dadurch und auf andere Weise reich werden mochten: Im Ganzen blieb einerseits die besondere Schätzung des Grundeigentums bestehen. Es galt weiterhin die alte Gleichung: wer in diesen Gemeinden wirklich dazugehörte, hatte Land, und wer Land hatte, gehörte dazu (auch wenn sich das bei kleineren Bauern nicht voll auswirkte). Diese Gleichung (die wohl aus

Wanderungszeiten stammte, die wahrscheinlich – bevor nicht die Umstände des europäischen Mittelalters und der Neuzeit eintraten – geradezu ein Anthropologicum ist) konnte durch die Kolonisation nur gefördert werden.

Andererseits scheint sich in dieser Epoche, wahrscheinlich freilich erst im 6. Jahrhundert, ein neuer, stark „elaborierter“ adliger Stil gebildet zu haben. Dafür sprechen literarische und archäologische Zeugnisse sowie allgemeine Überlegungen: die Häuser konnten nicht mehr so für sich leben. Man war mehr auf Spezialisten angewiesen (das Handwerk entwickelte sich, die Ansprüche an seine Arbeit wuchsen). Die reichen Familien hatten mehr Mittel, konnten mehr Sklaven und Tagelöhner beschäftigen (oder Pächter nehmen). Es blieb das Ideal der Eigenständigkeit, aber es wurde modifiziert. Denn man mußte sich mehr aufeinander verlassen. Man lebte zunehmend mehr in der Öffentlichkeit, erfüllte diese mit intensivem Leben. Dem korrespondierte eine Zunahme der Fähigkeit zu Freundschaft, Zusammenschluß und Solidarität. Vermutlich tritt damals dazu als Kehrseite, daß die Frauen zurückblieben. In diese neue Öffentlichkeit gehörten sie nicht (mindestens sofern sie von Stand waren). Und in der Folge waren sie (im Unterschied zur homerischen Zeit) mehr oder weniger ins Haus verbannt. Gleichzeitig breiteten sich neue Betätigungsformen aus, zumal der Sport und das Gastmahl.

Vermutlich eröffnet sich hier ein ganzer anthropologischer Zusammenhang, der übrigens wohl auch in die Geschichte der Sexualität hineinspielt. Es schält sich eine neue adlige Lebensweise heraus: mit Wohlstand, Prunk, wenn nicht Verschwendung, Sport, möglichst Pferdehaltung, mit einer bestimmten Anmut, mit Aufwand für öffentliche Feste (als Möglichkeit, ostentativ Reichtum zu zeigen, aber auch für ein zunehmend unruhiges und von sozialen Gegensätzen durchzogenes Gemeinwesen etwas zu leisten, vermutlich auch um den Frauen mit kultischen Aufführungen eine Funktion für die Allgemeinheit zu schaffen). Und dieser Stil galt in ganz Griechenland. Er wird sein Maß an den Reichsten genommen haben. Man mußte ihn einhalten, was immer man unter der Hand tat.

Zu diesem Stil wird die Muße gehört haben. Man sollte vermuten, daß sich in seinem Zusammenhang eine Ablehnung der Arbeit bildete. Sie brauchte keinen Hochmut zu bedeuten, vielmehr einfach die Einhaltung eines Comments, der mit Feinheiten verbunden war, die sich mit Arbeit nicht vertrugen. Möglicherweise wurde in Formen der Verfeinerung ein Teil der Energie aufgefangen, die damals freigesetzt wurde; brauchte der Adel sie, um sich in größeren Zusammenhängen bewegen und bewahren zu können; waren sie ein Mittel zur Gewährleistung gesellschaftlichen Zusammenhalts über alle Differenzen hinweg; wohl auch zur Abgrenzung gegen die damals nicht wenigen Aufsteiger (die sich mit der Zeit gleichwohl assimilierten, gern auch in die alten Familien einheirateten). Nur bleibt hier das meiste unklar, einerseits aus Mangel an Quellen, andererseits weil es nicht genügend Sachwissen über Stilbildung und über das Verhältnis gibt, in das dabei verschiedene Komponenten zusammentreffen können. Dazu gehört das Wissen um Öffentlichkeit und deren Bedingungen in einer Gesellschaft, in der der Kleinheit der Städte ein großer überstädtischer Zusammenhang der Adelswelt entsprach. Sonst könnte man eventuell aus den einzelnen, auch in der Archäologie vorhandenen Mosaiksteinen mehr entnehmen. Übrigens haben die Adligen ihr Geld vermutlich in mannigfachen Geschäften arbeiten lassen, in Form von Darlehen.

Kurz, wenn Lebensstil und wohl auch größerer Reichtum damals neben dem Grundbesitz zu wichtigsten Kriterien des Rangs und der ständischen Unterscheidung avancierten, könnte im Adel eine Geringschätzung der Arbeit als Arbeit aufgekommen sein.

Sie könnte zu einer stärkeren Abgrenzung der Oberschicht gegen Bauern und Handwerker geführt haben.

Zu einer regelrechten Verachtung der Handwerker bestand wohl weiterhin kein Anlaß. Dafür, wie stolz diese selbst auf die Ergebnisse ihrer Arbeit sein konnten, besitzen wir aus dem 6. und 5. Jahrhundert verschiedene Zeugnisse. Aber wieweit das auf ihre allgemeine Geltung ausstrahlte, ist ungewiß. Jedenfalls konnten sie durch allen Reichtum, den sie vielleicht erzielten, den Mangel an Grundbesitz nicht aufwiegen.

V.

Im Laufe des 6. Jahrhunderts trat dann eine tiefgreifende Veränderung der griechischen Gesellschaft ein. Es institutionalisierte sich allmählich in verschiedenen Städten eine regelmäßige, wirksame politische Mitsprache breiter Schichten. Gegen Ende des Jahrhunderts haben sich die ersten Isonomien gebildet, Vor- und Frühformen der Demokratie, in denen zumal die Bauern, vermutlich aber auch wohlhabende Handwerker die Gleichheit der politischen Rechte erkämpften. Die Führung blieb in der Regel in der Hand des Adels. Aber in Rat und Volksversammlung hatte künftig das Gros der Bürgerschaft die Möglichkeit, wirksam Opposition zu treiben oder gar den eigenen Willen durchzusetzen. Ende der 60er Jahre des 5. Jahrhunderts entwickelte sich in Athen die erste Demokratie im vollen Sinne des Worts: eine Ordnung, in der nun auch die unterste Schicht der Bürger, die sogenannten Theten, volle Mitsprache erhielt, und in der alles auf die zentrale Stellung der Volksversammlung ausgerichtet war. Dieser Schritt ist in seiner Bedeutung kaum zu überschätzen. Er hat Athen tief aufgewühlt; so sehr, daß man gar versuchen mußte, ihn im Mythos durch eine ganz neue Interpretation der Herrschaft des Zeus zu balancieren. Im vorliegenden Zusammenhang ist vor allem wichtig, daß eine Schicht zu großem politischen Einfluß gelangte, deren Angehörige nach antiker Einschätzung von sich aus nichts waren, zumal sie kaum Grundbesitz hatten. Die meisten von ihnen konnten, wie sich bald herausstellte, nicht einmal recht an der Politik teilnehmen, ohne Diäten dafür zu erhalten.

Die Frage ist, ob und, wenn ja, wie sich diese außerordentliche politische Aufwertung der Theten auf die Einschätzung ihrer Arbeit, genauer: ihres Status als Handwerker, Krämer, Tagelöhner auswirkte. Direkte Zeugnisse dafür liegen nicht vor. Denn auch, was sich aus den für die Hörschaft auch der unteren Schichten bestimmten Komödien des 5. Jahrhunderts ergibt, muß nicht erst für diese Zeit kennzeichnend sein. Das gleiche gilt von den übrigen Zeugnissen und Belegen, die oben zu Gunsten einer positiven Schätzung zumal der Kunst und der Erzeugnisse des Handwerks angeführt wurden. Wir finden in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zum ersten Mal das Wort *bánausos* bezeugt. Es scheint etymologisch von *baûnos*, dem Ofen oder der Esse, zu kommen und ursprünglich den zu bezeichnen, der am offenen Feuer arbeitet. Sophokles benutzt es einmal. Es ist aber nicht klar, ob er dabei schon die Handwerker im allgemeinen meint. Er läßt einen Bogenschützen auf die Vorwürfe von seiten vornehmerer Waffengattungen antworten, immerhin sei es nicht eine banausische Kunst, die er ausübe. Dabei ist, vom Standpunkt des Kriegers, ein negativer Akzent offensichtlich; wenn er auch nicht unbedingt so stark sein muß wie der, den dann Xenophon, Platon und Aristoteles mit dem Wort verbinden.

Herodot bezeugt, daß die Griechen wie die Ägypter, Perser, Thraker, Skythen „und fast alle anderen Völker die Handwerker geringer schätzen als die übrigen Bürger“ (2,167). Er benutzt, wie hervorzuheben ist, den Komparativ, und er vergleicht sie nur mit den Edlen, Tüchtigen, Wackeren (*gennaioi*), als welche, wie er sagt, diejenigen gelten, die von Handarbeit frei sind, und vor allem die, die sich dem Krieg widmen. Es ist der gleiche Gegensatz wie bei Sophokles. Dabei bezeichnet Herodot die Handwerker mit der Umschreibung: „die die Kunstfertigkeiten (*téchnai*) gelernt haben“, wie wenn gerade dies ein Argument dafür wäre, daß die Handwerker weniger geschätzt werden.

Es ist nicht gesagt, daß man Herodot einfach in eine Linie mit Xenophon, Platon und Aristoteles stellen darf. Seine Äußerung ist wenigstens zurückhaltender formuliert. Von uns her hat sie, indem sie eine Geringerschätzung der Handwerker bezeugt, das Wesentliche mit den andern gemein. Das könnte sich aber nur auf das Vormoderne oder auf das Griechische an ihr beziehen. Zwischen Herodot und den andern Autoren bleibt jedenfalls die ganze Skala von geringerem Ansehen bis Verachtung der Handwerker offen.

Zu fragen ist, ob allgemeinere Schlüsse darauf möglich sind, daß die Demokratie die Schätzung der Handwerker verändert hat. Jedenfalls mußte sich das Problem, nachdem es sich zuerst primär unter dem Gesichtspunkt der Autarkie und dann dem des aristokratischen Stils dargeboten hatte, nun unter dem des Politischen stellen. Wenn Adelsvorurteile gegen Handwerker weitverbreitet sein mögen, so müßten sie angesichts einer so weitgehend auf dieser Schicht beruhenden stabilen Demokratie besonders auffällig sein.

Der Aufstieg der Theten in Athen hat gewiß, wie auch allgemein angenommen wird, politische Gründe. Er folgt aus der Bedeutung, die sie für die Größe der Stadt erlangten, indem sie auf deren Flotte dienten. Dafür spricht, daß sie wirtschaftlich offensichtlich nichts geleistet haben, was irgendwie zu einer Umwertung ihrer Arbeit oder ihres Status hätte führen können. Eher im Gegenteil! Die damals stark ausgreifende und zur Blüte der Stadt beitragende wirtschaftliche Tätigkeit lag vielmehr weithin, wenn auch keineswegs ausschließlich, in der Hand von Metöken und Sklaven. Ferner entsprechen sich der politisch-militärische Aufstieg Athens und der der Theten zu offensichtlich, als daß man den Zusammenhang zwischen ihnen übersehen könnte. Schließlich ist schon lange aufgefallen, daß in der Politik der Stadt die häuslichen Sorgen von „Gevatter Handschuhmacher“ auch künftig keine Rolle spielten (abgesehen von der Getreideversorgung).

Mit der aktiven Teilnahme der Theten an der Demokratie (wie schon vorher der Bauern an der Isonomie) muß aber eine tiefe Verwandlung dieser Schicht einhergegangen sein. Wenn breite Schichten nicht nur gelegentlich Aufstände machen und Tyrannen an die Macht befördern, sondern sich regelmäßig an der Politik beteiligen sollen – denn das mußten sie; Isonomie und Demokratie konnten damals nur direkt, nicht repräsentativ aufgebaut werden –, dann müssen sie mit einem ganz wesentlichen Teil ihrer Zeit, ihres Denkens, Handelns, ihres Seins Bürger werden. Sie müssen sich gegenseitig als Bürger nehmen, geben, beanspruchen. Sie müssen eine politische, eine Bürger-Identität unter sich und in sich hervorbringen. Dieser Ausdruck ist nicht griechisch, er ergibt sich erst aus historischer Betrachtung. Aber alle seine Bestandteile sind bezeugt: die Verantwortung der Bürger, in gemeinsamem Handeln für die Stadt und ihre Ordnung aufzukommen (bei Solon); die Notwendigkeit eines politischen Elementarwissens (ebenfalls bei Solon); der Anspruch auf Gleichheit der politischen Rechte (im Begriff

Isonomie); die Notwendigkeit regelmäßigen Engagements (zu erschließen aus Kleisthenes' Phylen-Reform, bezeugt bei späteren Autoren); die Solidarität und Bürger-Freundschaft (bei Aischylos); schließlich der Anspruch aller, das Ganze der Polis zu sein (erstmalig vermutlich in Aischylos' Hiketiden). In der Gefallenen-Rede des Perikles heißt es, daß in Athen derjenige, der sich nicht an den öffentlichen Angelegenheiten beteilige, nicht ein müßiger, sondern ein unnützer Bürger heiße. Demokrit bezeugt schon für andere Städte (vor denen Athen sich noch hervortat), daß einem solchen Mann ein übler Ruf folge.

Politische Identität aber heißt: Politisierung der Bürger, starke Konzentration ihres ganzen Lebens in ihrer Bürger-Eigenschaft. Sie mußten ihre Nebeninteressen an Ordnung, Recht, Mitsprache zu Hauptinteressen machen, mußten als Bürger eine Solidarität nicht nur entwickeln, sondern geradezu institutionalisieren, kraft derer allein sie imstande waren, von sich aus das Gemeinwesen zu tragen. Mindestens eine sehr starke Gruppe unter ihnen mußte diesem Gemeinwesen sehr intensiv zugehören. Wenn es als Kennzeichen der Demokratie galt, daß dort die politischen Angelegenheiten den Bürgern „in die Mitte“ gelegt waren, so mußten diese zugleich das Politische mitten in sich selbst verankern. Dagegen mußte alles Spezialistische abgewertet werden. Es hielt vom Allgemeinen ab (ließ sich unter damaligen Umständen auch nicht zum Allgemeinen vermitteln).

Indem die athenischen Theten in solchem Ausmaß zu Bürgern wurden, mußten sie ihre Arbeit relativ vernachlässigen. Die Diäten, die sie in der Politik erhalten konnten, waren nicht sehr hoch. Sie ermöglichten es ihnen keineswegs, ihre übliche Tätigkeit aufzugeben. Aber diese geriet dabei doch eher an den Rand; nicht auf die Dauer, aber wenigstens während des 5. Jahrhunderts, wo die Politik interessant war und auch die Flotte fast jedes Jahr von neuem wieder auszufahren hatte.

Darauf muß sich Platon bezogen haben, wenn er sagte, Perikles habe die Athener faul und geschwätzig gemacht. Ähnliche Vorwürfe hat man gewiß schon vorher erhoben. Vermutlich ist ein bestimmter Passus der Gefallenen-Rede des Perikles als Antwort darauf zu verstehen. Danach bekümmerten sich in Athen die gleichen Männer sowohl um die häuslichen Dinge, also die Wirtschaft, wie um die politischen. Diese Äußerung ist so prononciert nur sinnvoll, wenn Perikles dabei an die kleinen Leute denkt. Folglich suchte er sich gegen eine Maxime zu wehren, die etwa gelautet haben muß: Jeder tue das Seine, Handwerker mögen das Handwerk, Händler den Handel treiben und die Oberschicht, die von Geschäften frei ist, die Politik! Es mußte für diesen Standpunkt absurd anmuten, daß die Kleinbürger mit Hilfe der Diäten Zeit zur Politik erhielten.

In die gleiche Kerbe schlug Perikles mit der Feststellung: Bei uns gilt „seine Mittellosigkeit einzugestehen nicht für eine Schande; für beschämender, ihr nicht nicht durch Arbeit zu entgehen“ (2,40,1). Das sollte offenbar heißen, daß man, wenn man es nötig hatte, in Athen sehr wohl arbeitete (wobei die Aussichten, gut zu verdienen, groß sein sollten – denn Mittellosigkeit bedeutete nicht, daß man nichts, sondern daß man so wenig hatte, daß man selbst arbeiten mußte). Allein, Perikles' Äußerungen werden ebenso überzogen sein wie die Vorwürfe Platons und der Aristokraten. Natürlich haben die athenischen Bürger auch damals gearbeitet. Natürlich ist die Arbeit aber bei vielen von ihnen in der Konkurrenz mit der Politik kleiner geschrieben worden. Der politisch bedingten Aufwertung der Theten wird also keine irgend nennenswerte Aufwertung der Arbeit als Lebensinhalt und Mittel zu irgendwelchen Zwecken entsprochen

haben; gerade auch bei den Theten nicht. Von Einzelfällen abgesehen. Vielleicht muß Arbeit gerade, wenn Kleinbürger Politik machen, als Sklavensache erscheinen.

Außerdem war die Öffentlichkeit, in die die Bürger durch ihre Politisierung hineinkamen, noch aufs stärkste aristokratisch geprägt. Weithin in Griechenland bildete der Adel noch die führende Schicht. Auch im demokratischen Athen war die Politik noch in der Hand von Aristokraten, obwohl der Stand im Ganzen seit 461 kein politisches Organ mehr hatte. Von daher war der Stil, die Kultur auch dieser Bürgerschaft bestimmt. Perikles reklamiert für Athens Kleinbürger sogar „Anmutigkeiten“, mit denen sie fast allen Geschäften gewachsen gewesen seien. Auch das ist gewiß übertrieben, und es nimmt das Wort *charis* in einem leicht verwandelten Sinn. Aber es zeigt immerhin, worauf man dort Wert legte: man wollte es mit dem Adel auch in Kultur und Lebensart aufnehmen; wollte diese sogar besonders schön verwirklichen, was (etwa im Schmuck der Stadt) auch gelang – und womit Kunst eine besondere politische Funktion erhielt. Athens Kleinbürger hatten gegen den Adel gar keine Alternative, außer im Politischen. Sie konnten ihm nichts entgegenstellen, bestenfalls in dieser Welt für sich eine Lücke finden, in der sie dann allerdings die Macht und die Politik der Stadt aufs großartigste – und grausamste – entfalteten. Athen bildete damit in eigenartiger Weise eine Enklave in Griechenland; eine Ausnahme, die zeitweise eine Vorherrschaft gewann, den andern politische Regeln auferlegte und die ganze Kultur stark beförderte, ohne damit die gesellschaftliche Ordnung und den ihr zugehörigen Comment positiv stärker prägen zu können.

Vermutlich haben die kleinen Leute Athens damals sogar, was sie an eigener Volkskultur besaßen, eher vernachlässigt, um ihrerseits an der neu sich bildenden glänzenden Kultur der Stadt teilzunehmen; an Aufführungen von Tragödien, Komödien, Chören und Festen, an Rhetorik und an der Freude am künstlerischen Schmuck der Stadt. Wenn jedoch die Arbeit von den an die Macht gelangten breiten Schichten Athens eher vernachlässigt wurde, so könnte es doch gleichwohl sein, daß sie selbst nicht nur in Volksversammlung und Gericht, sondern auch auf der Straße und vielleicht gar in ihren Werkstätten besser respektiert wurden. Gab es also wenigstens eine Aufwertung der Handwerker in der allgemeinen Schätzung? Wir kennen ein athenisches Gesetz, wonach es strafbar war, wenn Bürgern oder ihren Frauen das auf dem Markt betriebene Geschäft zum Vorwurf gemacht wurde. Die Datierung ist unklar, vermutlich stammt es aber doch schon aus dem 5., wenn nicht aus dem 6. Jahrhundert. Und vermutlich hat man mit seiner Hilfe dann in der Demokratie dem aristokratischen Spott und Hochmut Grenzen gesetzt. Aber ob man mehr als äußerlichen Respekt erntete? Immerhin wäre schon dies ein Erfolg gewesen.

Freilich war die Macht der Theten für einen Teil des athenischen Adels sehr ärgerlich. Und das ist vermutlich die Ursache für die so bemerkenswerte Verachtung der Handwerksarbeit gewesen, die bei Xenophon, Platon und Aristoteles zu finden ist. Sie bietet insofern wohl etwas Neues, als sie die Arbeit nicht nur geringschätzt, sondern geradezu als schädlich ansieht. Das scheint zusammenzuhängen mit der zunehmenden Ablehnung der radikalen Demokratie. Dafür sprechen schon die vielfach höchst fadenscheinigen Begründungen. Vor allem aber wird durch das generalisierende Urteil über die Leib und Geist verderbende Wirkung der Handwerksarbeit ein zusätzlicher Einwand gegen die breiten Schichten der attischen Bürgerschaft erhoben, denen bis dahin nur Mangel an Verstand und Selbstbeherrschung vorgeworfen worden war.

Um 430 v. Chr. bemüht sich ein Aristokrat in einem auf uns gekommenen Pamphlet, seinen Standesgenossen klarzumachen, daß die unteren Schichten in Athen politisch gar nicht dumm, sondern exakt gemäß ihren Interessen handelten. Das könnte ein Anlaß gewesen sein, neue Argumente für deren Minderwertigkeit zu suchen. Wenig vorher hören die Handwerksdarstellungen auf Vasen auf: Konnte man sich dessen jetzt nicht mehr erfreuen, weil sich aristokratische Polemik darauf richtete? Außerdem kommt es damals zu einer Hochschätzung der „mittleren Bürger“ als derer, aus denen die Bürgerschaft (*politeia*) eigentlich bestehen sollte. Ihr politischer Titel war vor allem, daß sie als Hopliten sich ausrüsten und dienen konnten. Gedacht war vornehmlich an die Bauern. Das paßt genau zur militärischen Argumentation Xenophons. Jedenfalls kann die Verachtung der handwerklichen Arbeit kaum anders denn als Reaktion auf die Macht der breiten Bürgerschaft verstanden werden. Erst indem sie vollberechtigte Bürger waren, konnten die Handwerker nicht nur als geringer oder anders, sondern als verachtenswert erscheinen. Die Urteile, die wir bei Xenophon, Platon und Aristoteles finden, erweisen sich damit als politisch höchst einseitig und tendenziös; so nicht für die Griechen typisch.

Auch für die Selbsteinschätzung der Handwerker war dieses Urteil keineswegs verbindlich. Aber sie konnten ihm auch kein eigenes, spezifisch handwerkerliches Selbstbewußtsein entgegensetzen. Ihr Mangel, daß sie keinen Grundbesitz hatten, blieb bestehen. Bildung hatten sie im allgemeinen ebenso wenig, so sehr sie am politischen und kulturellen Leben der Stadt kompetent teilnahmen. So mußten sie nach den Maßen der Zeit, an denen sie nichts ändern konnten, hinter den Andern weiterhin zurückstehen. Zudem sprach es nicht für ihre Arbeit, daß sie sie mit Sklaven und Metöken teilten, daß es im klassischen Athen vor allem diese waren, die sie taten. Schließlich waren sie selbst viel zu sehr Bürger, um die Arbeit als Lebensinhalt und Mittel zum Zweck in irgend relevanter Mehrheit gegen die Politik aufwerten zu können. Es ging ihnen primär darum, als Bürger geschätzt zu werden. Auch für sie galt, daß mit der Aufwertung der Öffentlichkeit die Arbeit an den Rand geriet.

So gehört ihr Handwerkerstolz in einen Bereich, der sich unterschied von dem, in dem sie sich künftig als Bürger unter Gleichen bewegten. Zwischen beiden lag eine Schwelle. Das aber ist das eigentlich Auffällige: daß Bürger-Sein und Handwerker-Sein (und überhaupt wohl Bürger-Sein und Arbeiten) damals auf so ganz verschiedenen Blättern stand. Vielleicht hätte das in einer Monarchie anders sein können. Solon und die Tyrannen, besonders Dionysios von Syrakus zeigen, daß da mindestens gewisse Möglichkeiten der Aufwertung handwerklicher Arbeit bestanden. Vielleicht aber hätten sie erst unter neuzeitlichen Bedingungen wirklichen Erfolg haben können (und auch dort zunächst nur beschränkt und langsam).

Vermutlich kann man sagen: gerade das, was die griechischen Städte auf den Weg zur Demokratie brachte, und gerade die Art der Demokratie, die sie dann bildeten, schloß es aus, daß die Handwerker und überhaupt die Arbeit je zu einer positiven Einschätzung gelangten – so sehr die Umstände in den einzelnen Epochen verschieden waren, die sie daran hinderten, und so sehr die Einschätzung von Ort zu Ort und von Zeit zu Zeit in einem Maße geschwankt haben mag, das über das hinausgeht, was wir darüber ausmachen können. Von den Händlern und von den Tagelöhnern gilt natürlich Entsprechendes.

VI.

Die Erklärung dafür liegt in der Eigenart der griechischen Gesellschaft, und zwar, so scheint es, weniger in dem, was wir gängigerweise als gesellschaftliche Struktur begreifen, als vielmehr in etwas anderem. Einiges davon wird übrigens anthropologisch bedingt, genauer: den anthropologischen Bedingungen all jener Gesellschaften eigen sein, die noch nicht dem Wandel zur Neuzeit unterworfen waren. Dazu könnte etwa – im engen Zusammenhang mit der geringeren Arbeitsmotivation – die unangefochtene Schätzung des Reichtums gehört haben, die mit so gar keinem schlechten Gewissen verbunden war (folglich wichtige Arbeitsmotive für Reiche nicht aufkommen ließ). Doch mag das dahinstehen. Es bleiben jedenfalls zahlreiche griechische Eigentümlichkeiten vorzubringen, die bei ihnen und nur bei ihnen einschlägig sind.

Besonders auffällig, vielleicht gar einzigartig bei den Griechen ist, wie sie ein ursprüngliches Streben sowohl der Adligen wie der Bauern nach Autarkie relativ ungebrochen im Prozeß ihrer Kulturbildung bewahrt haben. Dem Ehrgeiz, selbst (mitsamt ihrem ganzen Haus) für sich bei nicht bescheidenen Ansprüchen aufzukommen, muß ein Widerstand gegen jede „Aufhebung“ in größeren Zusammenhängen, die sie nicht selbst ausgemacht oder überblickt hätten, korrespondiert haben. Insofern bedingen sich die Bewahrung des Autarkie-Strebens und die der Kleinheit der Polis gegenseitig. Ein Monarch hätte, wenn er seine Herrschaft wirklich hätte verwurzeln wollen, beides brechen müssen. Die griechische Kultur hat sich dagegen erstaunlicher- und einzigartigerweise aus der Mitte der Gesellschaft heraus gebildet.

Eben das hatte aber seine Konsequenzen. Wir können einstweilen noch gar nicht recht beurteilen, was solche Art der Kulturgründung alles mit sich führte; ohne die einschneidenden, vereinseitigenden, spezialisierenden, aufhebenden und anderen Wirkungen, die die Etablierung einer Kultur von der Monarchie aus zu verursachen pflegt. Es ergibt sich dabei jedenfalls eine völlig andere Art, Mensch zu sein. In diesem Zusammenhang ist besonders interessant, daß eine hohe Eigenständigkeit unter gewissen Modifikationen bestehen blieb, daß sich der starke Wille, selbst gemeinsam die Stadt zu verwalten, allmählich in die mittleren und unteren Schichten verlängerte. Man wollte diese Aufgabe nicht an Spezialisten delegieren, die man über sich hinaus gesetzt, denen man dann selbst zu dienen und Teile des Eigenen (in jedem Verstande des Wortes) zu überlassen gehabt hätte.

Wie wirksam dieser Wille war, zeigt sich noch in der Gefallenen-Rede des Perikles, wo er die Autarkie selbst für die attischen Kleinbürger behauptete. Dort ist sie allerdings vom Grundbesitz völlig abgelöst und zu einem Begriff für das umfassende Können jedes Einzelnen geworden: eine offensichtlich höchst geistreiche Deutung, durch die ein allgemeines Ideal auch für die Gesamtheit der Athener beansprucht werden konnte, ein Ideal, das sich zugleich auf die Selbständigkeit und Autarkie der Stadt Athen erstreckte, die diese Bürger so unmittelbar unter sich ausmachten. Gleichwohl wird das Ideal seine alte Schwerkraft, seine alten Implikationen dadurch noch nicht verloren haben. Das aber bedeutet, daß auch die Schätzung des Grundbesitzes als der eigentlichen Basis von Unabhängigkeit sich erhalten und vielleicht gar weiter einfurchen mußte (zumal der Grundbesitz dank der Kolonisation für sehr weite Kreise weiterhin normal blieb). Übrigens blieben auch die homerischen Epen und die in ihnen sich darstellende Adelsart weiterhin vorbildlich.

Wenn man aber das Gemeinwesen selbst ausmachen wollte – bis in den Kriegsdienst der sich selbst ausrüstenden Bürger und den Wechsel von Regieren und Regiertwerden

hinein –, so mußte man hohe Fähigkeiten zur Zusammenarbeit entwickeln, zur Begründung von Freund- und Bekanntschaften, und brauchte man viel Zeit. Dem entsprachen unter anderem die aristokratische Geselligkeit, ein wesentlicher Teil des in der archaischen Zeit ausgebildeten Lebensstils, aber auch eine Schätzung der Muße, insofern sie einen wirklich, auch in seiner Zeit unabhängig machte. Das Leben in der Öffentlichkeit wurde immer wichtiger. Und die Absonderung davon in der Werkstatt fiel dagegen weit zurück. Handeln war geschätzt, nicht Herstellen, Zugehörigsein und Mit-Leben, nicht Arbeiten. Die Geringschätzung derer, die sich dem widmeten, widmen mußten, weil sie nicht unabhängig waren, mußte eher wachsen. Wobei die Bauern weit vor den Handwerkern rangierten.

Da die Geschichte, von einem bestimmten Punkt an sogar mit einer gewissen Folgerichtigkeit, dazu führte, daß immer weitere Kreise in die Politik und politische Identität hineinkamen, mußten Selbständigkeit, Grundbesitz, Zeit-Haben, Freundschaften und Leben in der Öffentlichkeit immer mehr zu einem einzigen Komplex verschmelzen und zum Richtpunkt des Bürger-Seins werden. Vielleicht können wir uns gar nicht vorstellen, wie wichtig das war. Es wird umso deutlicher, wenn man erfährt, die Tyrannen hätten darauf geachtet, daß keiner Muße hatte und daß ihre Untertanen sich nicht kannte. All dies zusammen floß in das Ideal einer Freiheit ein, mit der dann zugleich bestimmte Vorstellungen von dem eines Freien würdigen Leben und Tun sich verbanden. Gerade in der Demokratie, die das direkte Engagement aller Bürger forderte, mußte Freiheit mit dem handwerklichen Metier kollidieren, konnte Arbeit in der gesellschaftlichen Identität keinen Platz finden.

Übrigens scheint das Selbständigkeitsstreben in jenem Komplex besonders stark gewesen zu sein: wir hören jedenfalls später, daß Menschen, die aus Armut arbeiten müssen, die schwere freie Arbeit der leichteren in Abhängigkeit vorziehen. Es gilt als Teil der Freiheit, daß man nicht nach dem Willen eines anderen lebt. Interessant ist, daß Selbständigkeit, wenn diese Zeugnisse typisch sind, schwerer wog als Arbeitsaufwand, selbst wenn dieser den Einzelnen mehr vom öffentlichen Leben abzog. Insofern war Handwerksarbeit besser als die des „Angestellten“.

Man könnte noch eine Reihe von Implikationen dieser Lage anführen, etwa daß der sich herstellenden bürgerlichen Identität ein hohes Ausmaß an Gegenwärtigkeit entspricht, damit ein Zustand, der größeren Investitionen, etwa von Zeit und Arbeit, ungünstig war. Möglicherweise gibt es hier auch Zusammenhänge mit dem Klima, wenn gleich unklar ist, wie weit sie reichen.

Die Dinge, um die es hier geht, können wir mit den überkommenen Kategorien kaum genau bezeichnen. Gewiß sind es nicht einfach „Werte“, „Gesinnungen“, „Anschauungen“. Es ist vielmehr eine Weise, mit anderen zusammen eine Gesellschaft zu sein, zu der dann ein entsprechender Lebensinhalt gehört. Vielleicht ist es am besten, sie im Begriff der Identität zu fassen, welcher sich auf die Wir-Identität des Ganzen bezöge, an dem die Ich-Identität des Einzelnen dann ja ihren Teil hat. Denn sie ist offensichtlich sehr tief eingelagert in das, was die Griechen waren und wodurch sie sich von andern je zu unterscheiden meinten und vor allem: suchten. Was sie dachten, fühlten und wollten, war eher eine Funktion davon, auch die spezielle Kombination von Möglichkeiten und Grenzen, die damit verbunden waren. Die politische Identität bildete sich in einer gewissen Form im Adel, später dann sehr viel stärker – und anders – in der breiten Bürgerschaft.

Gesellschaftliche Identität war bei den Griechen besonders konzentriert und besonders geschlossen, insofern sie das Ganze nicht als überwölbende Einheit im Sinne der heutigen Staaten kannten, in der der Einzelne wirklich im dreifachen Sinne des Wortes aufgehoben sein und dem er nur als relativ kleiner Teil sich zugehörig fühlen kann (notfalls auch als Rädchen in einer Maschine seinen Sinn bekommt). Die Griechen dagegen konnten und wollten das Ganze im überschaubaren Rahmen ihrer Städte selbst mit andern sein. Sie kannten nicht die Abstraktion Staat, nicht die Versammlung des Ganzen in speziellen Instanzen, sondern nur ihre Gesamtheit, deren politische Einheit sie dann auch ganz konkret im Plural zu bezeichnen pflegten: „Die Athener“, sagten sie, wo wir „die Polis“ (wenn nicht „der Staat“) Athen sagen würden. Sie waren so sehr zusammen ihre Gesamtheit, daß sie kaum Steuern zahlten, sondern selbst für das meiste aufkamen, den Rest durch Spenden und aus Zöllen, Bergwerken etc. zu bezahlen pflegten; „eine Gruppe von Menschen, die keinen Augenblick meinte, daß das Gemeinwesen etwas anderes sei als sie alle zusammen“ (P. Veyne).

Der Konkretheit, in der sie das Ganze ausmachten, entsprach es, daß die politische Identität, die die Athener und andere dann ausbildeten, als Zugehörigkeit konkurrenzlos war: es gab für das Gros der Bürger sonst keine nennenswerte Zugehörigkeit oberhalb von Haus und Nachbarschaft. Selbst die Götterverehrung war weithin der Polis eingeordnet. Keine konfessionellen, keine weltanschaulichen, keine beruflichen Zugehörigkeiten! Oder doch nur sehr wenig davon. Entsprechend beruhte auch das Gemeinwesen in der Identität seiner Bürger, nicht auf irgendeiner Repräsentation.

Indem diese Identität aber eine ungeheure Konzentration von Kraft, Aufmerksamkeit, Leben bedeutete, hatte sie eigenartige Scheidungen und Ausgrenzungen zum Komplement. Und hier scheint das Rätsel seine Lösung zu finden.

Alle Kulturbildung vollzieht sich in Differenzierungen. Wo sich aber sonst eine starke Monarchie als Zentralinstanz herausbildet, der die weitere Gesellschaft in verschiedenen Abstufungen und Spezialisierungen zugeordnet wird, macht bei den Griechen eine solidarische Gruppe das Zentrum aus, erst die Adligen, dann weitere Kreise bis hin zu den Theten in Athen. Ihre Mitglieder sind gleich an politischen Rechten, tendieren aber auch dazu, eine Gleichheit des Lebensstils, der Anschauungen, der ganzen Seinsweise und eben eine Geschlossenheit gesellschaftlicher Identität zu entwickeln. Bei allen unter Umständen scharfen Konflikten, die sie untereinander haben mögen. Und sie setzen sich insgesamt sehr klar nach außen ab.

Die Freien wurden hier so frei, daß eine genaue Trennlinie zu den Sklaven entstand. Die Männer konstituierten eine Öffentlichkeit zwischen sich, die die Trennlinie zu den Frauen scharf machte. Komplementär dazu wurde – bei Homer – sogar der Mythos aus dem Rituellen ausgegrenzt und freigesetzt, das Helle aus dem Dunklen, das Rationale aus dem Irrationalen.

In diesem Zusammenhang wurde zugleich die Scheidung von Haus und Polis notwendig. Dort war die Sphäre der Arbeit, hier die des Lebens in der Öffentlichkeit. Beide waren, wie es Aristoteles später auf den Begriff brachte, grundsätzlich verschieden organisiert. Dort herrschte der Hausherr über seine Familie und seine Sklaven, hier war er einer unter Seinesgleichen. Gerade in dieser Unterschiedenheit waren Haus und Polis einander komplementär. Denn das Haus bildete die Grundlage der Eigenständigkeit des Bürgers. Erst in den Ausnahmbedingungen des klassischen Athens konnten auf Grund gemeinsamen Einkommens aus dem Seebund, aus Beute, Zöllen etc. die Kleinbürger dazu kommen, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Die Polis, die von ihren

Bürgern gemeinsam ausgemacht war, war aber auch die Voraussetzung dafür, daß die Häuser von der Politik wenig berührt wurden.

Dieser Scheidung entsprach es, daß die Wirtschaft im wesentlichen Sache der Häuser blieb. Damit war vielerlei Austausch, waren auch Märkte keineswegs ausgeschlossen. Sie waren allerdings nicht sehr stark entwickelt. Man darf das Phänomen aber nicht negativ (als Abwesenheit zahlreicher „modernerer“ Züge) deuten, sondern muß es positiv fassen: es war das Wertlegen auf möglichst umfassende Eigenständigkeit, das allem Austausch und vor allem einer Arbeitsteilung in und zwischen Betrieben Grenzen setzte; nicht freilich der Spezialisierung Einzelner, soweit sie geboten war. Auch die Fähigkeit, in größeren Arbeitszusammenhängen aufzugehen, blieb offensichtlich bei den Griechen gering.

„Der Grieche will, wenn er irgend kann, ein Ganzes sein ... Jede Spezialisierung aber macht den Menschen zum bloßen Teil und damit banausisch“ (Jacob Burckhardt). Das muß ebenfalls in die weiteren Zusammenhänge des Zuschnitts gesellschaftlicher Identität gehören. Es war ferner die Scheidung von Haus und Polis, die das Wirtschaftliche im Ganzen davon abhielt, Gegenstand von Politik zu werden (abgesehen von der Sicherung gewisser Importe, zumal von Getreide und Schiffsholz). Offenbar kam auch das Bewußtsein, Teil einer Stadtwirtschaft zu sein, nicht auf. Die Häuser (und Güter) reichten im Ganzen, um alles Nötige zu bieten. Wo das nicht möglich war, konnte man Handwerker hinzuziehen. Es gab grundsätzlich genug davon, gab ja zugleich ein großes Sklavenreservoir. So kam es nicht dazu, daß Arbeit wegen ihrer Bedeutung für die materielle Ausstattung, die Überlegenheit, die Macht des Gemeinwesens als wichtig erscheinen konnte.

Übrigens war die materielle Basis der Macht jener Poleis gering. Sie lag vielmehr zumal bei den sich selbst ausrüstenden Männern. Wo es anders war, wie in der Flottenmacht Athen, kamen die Einkünfte von außen. Daher konnte Arbeit innerhalb dieser Gesellschaften, die in so wesentlicher Hinsicht nur Bürgerschaften waren, nicht als so wichtig und so kostbar erscheinen, daß aus ihrer zweifellos notwendigen Funktion für das Ganze irgend ein legitimierender Titel hätte abgeleitet werden können.

Selbstredend war bei einem so intensiven öffentlichen Leben auch die Scheidung zwischen Bürgern und Nicht-Bürgern von großer Schärfe und in der klassischen Zeit (je mehr die mittleren und unteren Schichten vollberechtigt wurden) kaum überwindbar. Sie konnte durch eine weitere Scheidung ergänzt werden: das war die zwischen Aktivbürgern und denjenigen unter den männlichen Bürgern, die keine politischen Rechte hatten. So in Aristokratien, die etwa die Handwerker ganz aus der Vollbürgerschaft ausschlossen. Andere Gemeinwesen – zumal wohl solche wie Athen, in denen Gesetzgeber sich bemüht hatten, das Handwerk zu fördern – schieden die politischen Rechte nicht so klar nach dem Kriterium des Grundbesitzes oder der Arbeit. Aber sie scheinen dann eine andere Trennlinie gezogen zu haben, die im Innern der Bürger verlief zwischen Bürgerstatus und Handwerkertätigkeit. Diese mußte gleichsam zu Hause gelassen werden, wenn der Bürger sich auf den politischen Markt begab, sich also dem Gesetz der Öffentlichkeit folgend aus der Gemeinsamkeit mit seinen Mitbürgern verstand. Angesichts der so konzentrierten Bürger-Identität ist eine solche Trennlinie gerade in Demokratien nicht erstaunlich. Wenn sie sich behaupten sollten, so hatten sich die breiten Schichten dort auf einen gemeinsamen, auf den politischen Nenner zu einigen. Das war wichtig, zumal die Adligen als Einzelne so mächtig blieben. Protagoras sagte, daß sich die Gemeinsamkeit der Bürger, da sie sich dem Metier nach unterschei-

den, nur auf einer anderen Ebene herstellen konnte, dort, wo sie gleich waren. Und das ist ganz konkret zu verstehen.

Auch die moderne Gesellschaft kennt Stufungen in der Einschätzung der Berufe. Sie urteilt dabei, wenn auch nach Epochen und Gesellschaften verschieden, zugleich nach dem Einkommen (wobei viele der griechischen Handwerker nicht schlecht abgeschnitten hätten). Und schon das Mittelalter kennt Städte, in denen Handwerker und Kaufleute den Ausschlag gaben. Es kennt ihre Zusammenschlüsse in Zünften, deren Rolle auch innerhalb der Politik. Für uns ist Handwerksstolz und Leistung zu übersetzen in gesellschaftliche Stellung und Bürgerstolz, weil wir eine Wirtschaftsgesellschaft sind und nicht primär politisch (vielleicht auch weil bei uns das Motiv, die Natur zu bezwingen, stark ist, während das politische Denken der Griechen an der Natur Maß nahm, um zu sehen, welche Ordnung unter den Menschen sein sollte). Wir haben einen alle überwölbenden Staat, zu dem die Vereinseitigung der Einzelnen geradezu gehört, der die Bürgergleichheit folglich mit einem ganz anderen Ausmaß von Unterschiedlichkeit und Spezialistentum kombinieren kann und vielleicht gar muß. Er kann ja übrigens auch die private Untugend des Eigennutzes zu seinem Vorteil deklarieren, weil sie ihm nützt. Die Gleichheit in der direkten Demokratie der Griechen hingegen mußte die umfassende Tugend jedes Einzelnen wollen. In ihr wurde folglich die Spezialisierung, die die Arbeitsprodukte besser macht, für die Bürger gerade abgewertet.

Mit all dem ist erklärlich, warum bei den Griechen die Tätigkeit der Handwerker auf einem ganz anderen Blatt stand als das Bürger-Sein (selbst wenn das eine das andere irgendwie infizierte). Können, selbst Kunst waren unter den Umständen dieser politischen Gesellschaft Spezialhinsichten, die man nicht verallgemeinern konnte, wie es unter dem relativierenden Gewölbe des Staats möglich ist.

Wenn diese Scheidung zwischen dem politischen und dem übrigen Leben gesehen wird, werden die verschiedenen Widersprüche, die das Bild für uns zu haben scheint, entschärft. Handwerksarbeit kann sehr wohl etwas gelten, ohne daß die, die sie tun, nach Bürger-Maßen besonders geschätzt sein mußten. Sofern sie politisch mächtig wurden, schrieben sie die Arbeit eher kleiner. Auch die Künstler konnten hoch angesehen sein (übrigens sehr viel mehr als Handwerker, obgleich es auch bei denen nicht unbedingt ausgeschlossen ist; bezeugt ist es etwa für einen Festungsbaumeister). Perikles konnte Phidias zum Freunde haben; Polygnot erhielt sogar das Bürgerrecht in Athen; er war allerdings Maler, was nicht gar so banausisch war, und malte eine Stoa umsonst aus. Insofern blieb der Stolz des Handwerkers und Künstlers gewiß nicht ohne Resonanz. Aber je mehr sie konnten, umso weniger genügten sie dem, was man von einem Bürger erwartete. Man hätte mit Phidias also wohl ungern getauscht (außer vielleicht, wenn man es mit ihm hätte aufnehmen können, nicht zuletzt an künstlerischer Leidenschaft). Auch Hetären kann man aufs höchste bewundern, so wenig man will, daß die eigene Tochter dazugehört. Arbeit ist für viele notwendig, entsprechend sind es die Mahnungen dazu. Auch für Platon war Arbeit viel besser als das Drohnendasein.

Aber das schloß keineswegs aus, daß man vom Bürger-Standpunkt formulierte: viel Sklavisches und Niedriges sei man gezwungen zu tun, wenn man arm ist. Die Arbeitsvorstellung mußte von den Sklaven infiziert werden. Umgekehrt waren diese besonders fachmännisch: sie kamen ja auch gar nicht erst in Versuchung, sich als Bürger zu betätigen. Ganz ähnlich den Metöken.

Im Rahmen der Scheidung zwischen dem politischen und dem übrigen Leben kann auch die überraschende Schätzung des fachmännischen Könnens bei den Sophisten voll

gewürdigt und zugleich verstanden werden, wieso sie keine politischen Konsequenzen hatte. Hippias von Elis war stolz darauf, daß er alles selbst gefertigt hatte, was er auf dem Leibe trug. Er behauptete auch, auf alle geistigen Sparten spezialisiert zu sein, also die Spezialisierung mit dem allgemeinen Ideal umfassender Bildung zu vereinen. Der Gedanke war offenbar demjenigen verwandt, den Perikles für das Können der attischen Bürgerschaft vortrug. Im Zusammenhang mit dem großartigen Könnens-Bewußtsein des 5. Jahrhunderts stand es, wenn Sokrates an den Handwerkern Maß nahm für das, was vom Politiker zu erwarten war. Auch der sollte seine besondere Kompetenz haben, freilich nicht als Technik, sondern als Bildung. Es war eine besondere Ironie, daß gerade aus der Analogie zum inzwischen hochentwickelten handwerklichen Können das Argument bezogen wurde, aufgrund dessen das Gros der Bürger von der Politik ausgeschlossen werden sollte; indem nämlich der Gesichtspunkt der Intelligenz an die Stelle dessen der Identität gesetzt wurde. Das fachmännische Können erwies sich übrigens bald auch als ambivalent: es konnte sowohl zum Guten wie zum Schlimmen dienen. Entscheidend war letztlich das Politische auch in diesem Punkte, wie Sophokles in der wohl großartigsten Bekundung des griechischen Könnens-Bewußtseins deutlich macht.

Es ist wichtig, daß Athen im 5. Jahrhundert eine Ausnahme innerhalb der griechischen Welt bildete. Seine Bürgerschaft konnte sich wie keine andere auf Politik konzentrieren. Dem entsprach es, daß die Bürger in den Städten seines Seebunds sich mehr dem Müßiggang und den Geschäften hingaben. Im 4. Jahrhundert heißt es dann bei Aristoteles, dem Gros der Bürger sei das Arbeiten lieber als die Teilnahme an der Politik. Da hatte sich auch schon ein eher materielles Nützlichkeitsdenken breitgemacht. Verfolgt man diese Zeugnisse weiter, so findet man negativ die Zusammenhänge bestätigt, die hier für die frühere Zeit, insbesondere für das 5. Jahrhundert, vermutet worden sind.

Kurz: alles in allem genommen werden die verschiedensten Zeugnisse über die Einschätzung der Arbeit und derer, die sie tun, verständlich, wenn man sich nur darüber klar ist, daß in der „politischen Gesellschaft“ der Polis Arbeit etwas Peripheres war und daß sehr scharfe Trennlinien den Bereich des Hauses von der Polis, der Wirtschaft von der Politik, der Arbeit vom Bürgerleben schieden.

Wenn Edouard Will schreibt, die Hierarchie der Werte sei damals nicht wirtschaftlicher, sondern moralischer Natur gewesen (denn die Verteilung der Arbeit sei ganz „irrational“ nach Kriterien des Status erfolgt), so kann das kaum richtig sein. Die Hierarchie der Werte, sofern man davon sprechen will, ist vielmehr politisch bedingt. Sie bezieht freilich anderes, wie die Schätzung von Eigenständigkeit und damit von Grundeigentum, in sich mit ein. Aber die Moral wird dadurch ihrerseits geprägt oder mitgeprägt, wie die heutige von der Wirtschaft mitgeprägt wird. Der Schwerpunkt dessen, was die griechischen Bürgerschaften wollten, ist für die Einschätzung der Arbeit entscheidend.

Wenn die Eigenart der „politischen Gesellschaft“ erkannt ist, wird es vermutlich auch möglich sein, dem griechischen Handel mehr Raum zuzugestehen, als Johannes Hasebroek das getan hat. Denn dann ist die Tatsache, daß Handel so wenig auf Politik wirkte, kein Indiz für seinen geringen Umfang. Auch ein größerer Anteil von Handwerkern und Händlern an den Bürgerschaften müßte glatt zuzugestehen sein. Die Scheidung von Haus und Polis böte eine hinreichende Schwelle gegen einen politischen Einfluß gewerblicher und kommerzieller Gesichtspunkte.

In diesem Zusammenhang wird auch begreiflich, warum die Schätzung der Arbeit und derer, die sie tun, in der Geschichte bis zum Ende des 5. Jahrhunderts eher rückläufig war: sie war eine Funktion der Geschichte zur Demokratie und noch des Aufstiegs der Theten in ihr.

Bedenkt man die Enttäuschungen, die eine derart anspruchsvolle Demokratie für manche Denker mit sich bringen konnte, so wird zugleich klar, warum Platon und Aristoteles eine Polis konzipieren konnten, in der Bürger-Sein und Arbeiten sich ausschlossen.

VII.

Es ergibt sich mithin folgende These: Die Geringschätzung der Arbeit durch den griechischen Adel kam auf infolge der Konstitution einer Öffentlichkeit von Gleichen. Sie brachte als Verbindendes, die Zugehörigkeit markierendes Element einen Stil hervor, der Muße einschloß. Als Bauern und Theten in diese Öffentlichkeit einrückten und eine politische Identität begründeten, konnte sich daran wenig ändern. Im Gegenteil, so sehr diese Schichten im Ganzen wohl ein praktisches Verhältnis zu ihrer Arbeit hatten, so sehr verlor diese mit ihrem Aufstieg in der Konkurrenz der Lebensinhalte gegenüber der Politik. Im ganzen wurde sie damit wohl auch als Mittel zum Gewinn von Reichtum abgewertet – bis sich die Verhältnisse im 4. Jahrhundert änderten. Gegenüber der bäuerlichen Arbeit hat die der Handwerker darunter zu leiden gehabt, daß die Hochschätzung von Grundbesitz und Autarkie einen wesentlichen Bestandteil des Bürger-Ideals ausmachte. Die Politisierung breiterer Schichten brachte es nämlich mit sich, daß sie nur sehr bedingt eine Alternative gegenüber der bisherigen Gesellschaft aufbauen konnten. Die eigentliche Verachtung der Handwerksarbeit gehört freilich erst in den Zusammenhang der Ablehnung der radikalen Demokratie durch Teile des Adels. Die Zeugnisse bei Xenophon, Platon und Aristoteles, in denen sie so sehr im Vordergrund steht, sind nicht repräsentativ.

Im wesentlichen ist die Geschichte der Schätzung von Arbeit eine Funktion der Geschichte des Politischen. Daher ist sie nur im Zusammenhang von Politik und Identität zu behandeln und zu verstehen. Nur wenn man diese Eigentümlichkeiten der griechischen Gesellschaft voll berücksichtigt und in ihren Konsequenzen durchdenkt, kann man die Problematik von Wirtschaft und Arbeit im damaligen Griechenland in ihren rechten Proportionen sehen.

So sehr manches an dem beobachteten Tatbestand für vormoderne Gesellschaften üblich sein mag, so lehrt doch allein die griechische Geschichte vom 9. oder 8. bis ins 5. Jahrhundert, welche Variationen auch dort möglich waren. Überdies ist es nützlich, sich die Zusammenhänge, in denen Arbeit eingeschätzt wird, für jede Gesellschaft klarzumachen.

Es wäre interessant, hier den Vergleich mit der Neuzeit nochmals aufzunehmen. Etwa den Zusammenhang zwischen Repräsentationsprinzip des Staates, nationaler Identität und Spezialisierung (die sich darin aufheben läßt) zu verfolgen. Oder den zwischen der Abstraktion des Staates und der Abstraktion von Gegenwärtigkeit und von Raum, die damit möglich werden. Oder auch das Problem der Fähigkeiten, die die Einfügung in größere arbeitsteilige Zusammenhänge ermöglichen, in ihren Voraussetzungen zu erforschen. Schließlich scheinen angesichts des antiken Befundes die Probleme beson-

ders interessant zu sein, die eine Demokratie mit sich bringt, die einer Scheidung von Staat und Gesellschaft konfrontiert ist und diese aufzuheben trachten muß.

Dies alles kann hier nicht geschehen. Es sei nur abschließend die Vermutung geäußert, daß es Strukturen gibt, zu denen sich Denken und Sein, gesellschaftlicher Raum und gesellschaftliche Zeit, Positionen und Horizonte, Weisen der Beziehung aufeinander – oder auf Abstrakta wie Nation, Klasse, Menschheit –, Weisen aber auch der Politik und der Erfahrung und des Aushaltens historischer Prozesse, der möglichen Netze zwischen Bürgern als Bürger, auch der Freundschaft und schließlich der Kunst zu einem Ganzen fügen, das wir bisher noch keineswegs ergründen können.

Verfolgte man diese Fragen weiter, so würde deutlicher, daß es durchaus aktuelle Fragen sind, deren Beantwortung durch Griechen und besonders Athener hier zur Debatte stand.

Bücherschenkung der Volksrepublik China



Die Volksrepublik China hat dem Institut für Ostasienkunde der Ludwig-Maximilians-Universität München 1300 chinesische Bücher geschenkt. Die feierliche Übergabe durch den chinesischen Botschafter An Zhiyuan fand am 23. Juli 1984 in der Universität München statt. Universitätspräsident Prof. Steinmann nahm die Spende entgegen.

KURZBIOGRAPHIEN

der von auswärts an die Ludwig-Maximilians-Universität
berufenen Professoren (1. Oktober 1983 bis 30. September 1984)



EVANGELISCH-THEOLOGISCHE FAKULTÄT

Prof. Dr. Wolfgang Steck

C 4-Professur für Praktische Theologie, 1. 4. 1984

Nachfolger von Prof. Peter Krusche

1940 in Stuttgart geboren, Studium der Evangelischen Theologie in Tübingen, Marburg und Zürich. 1968 Promotion und 1972 Habilitation in Tübingen, Pfarrdienst in Aisteig. 1978 Professor für Praktische Theologie an der Universität Kiel, Mitglied der Synode der Nordelbischen Kirche.

Arbeitsgebiete: Theorie des pastoralen Berufs unter Einbeziehung soziologischer Fragestellung, gegenwärtige und historische Darstellung des Pfarrerberufs.



VOLKSWIRTSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn

C 4-Professur für Volkswirtschaftslehre unter besonderer Berücksichtigung der Versicherungswissenschaft, 31. 7. 1984

Nachfolger von Prof. Hans Möller

Geboren 1948 in Brake/Bielefeld, Studium der Volkswirtschafts- und Versicherungsbetriebslehre und Publizistik in Münster und Bielefeld. 1978 Promotion, 1983 Habilitation in Mannheim. Assistent und Professor in Mannheim, Gastprofessor an der kanadischen University of Western Ontario.

Arbeitsgebiete: Wirtschaftstheorie und Finanzwissenschaft, insbesondere zur Theorie der Besteuerungen, der Unsicherheit und der Versicherungen.



FORSTWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Prof. Dr. Hans-Dietrich Quednau

C 2-Professur für Forstliche Biometrie, Ökonometrie und Datenverarbeitung, 1. 4. 1984

Geboren 1940 in Gumbinnen/Ostpreußen, Studium der Biologie in Bonn und Köln, 1970 Promotion in Genetik, Assistent am Genetischen Institut in Bonn, dort 1979 Habilitation für Biometrie und 1982 Professor auf Zeit.

Arbeitsgebiete: Zentrale EDV-Beratung für alle forstwissenschaftlichen Lehrstühle der Universität München. Entwicklung einer eigenen Computersprache LIBAFORM; unkonventionelle EDV-Methoden und Programme für fortgeschrittene statistische Verfahren und Modelle.



Prof. Dr. Peter Glos

C 3-Professur für Physikalische Holztechnologie, 25. 4. 1984

Nachfolger von Prof. Adolf Schneider

1943 in Stuttgart geboren, Studium Bauingenieurwesen an der TU Stuttgart, 1978 Promotion an der TU München, seit 1969 im SFB „Zuverlässigkeitstheorie der Bauwerke“, 1979/80 Forschungsaufenthalt in Kanada, 1983 Assistent am Lehrstuhl für Baukonstruktion und Holzbau der TU München.

Arbeitsgebiete: Nutzungsmöglichkeiten von Holz, Festigkeitsprüfungen und Entwicklung neuer Versuchseinrichtungen dafür, aktuelle Probleme bei der Qualitätskontrolle von Holz aus Waldschäden.



MEDIZINISCHE FAKULTÄT

Prof. Dr. Hans-Beat Hadorn

C 4-Professur für Kinderheilkunde, 1. 11. 1983

Nachfolger von Prof. Klaus Betke

1933 geboren, Medizinstudium in Zürich, Promotion am biochemischen Institut, 1964 Facharzt für Kinderheilkunde, Stipendiaufenthalt in Melbourne, dort zweite Promotion 1968, Habilitation 1969 am Kinderspital Bern, 1978 Lehrstuhl für Kinderheilkunde in Graz.

Arbeitsgebiete: Störung der Eiweißverdauung, Pathophysiologie der Mukoviszidose, Psychosomatik in der Kinderheilkunde.



Prof. Dr. Parviz Mehraein

C 4-Professur für Neuropathologie, 1. 11. 1983

Nachfolger von Prof. Otto Stochdorph

Geboren 1931 in Mesched/Iran, Studium der Medizin und Psychologie in München und Freiburg, 1962 Promotion, dann Forschungsstipendiat und Leiter einer Arbeitsgruppe für klinische Neuropathologie, 1978 Habilitation, 1978 Professor an der Medizinischen Hochschule Hannover.

Arbeitsgebiete: Klinische Neuropathologie und Demenz, damit verbundene degenerative Erkrankungen des Zentralnervensystems, Alzheimer-Krankheit und systematische Atrophien.



Prof. Dr. Hermann Hepp

C 4-Professur für Gynäkologie (Großhadern), 1. 1. 1984

Nachfolger von Prof. Kurt Richter

Geboren 1934 in Singen, Medizinstudium in Freiburg, Hamburg und Wien, 1960 Promotion an der Universität München, Assistent und Oberarzt in Freiburg, dort 1969 Habilitation, 1973 leitender Oberarzt an der Universität Mainz, 1974 dort apl. Professor, 1978 Lehrstuhl für Gynäkologie/Direktor der Frauenklinik der Saar-Universität in Homburg.

Arbeitsgebiete: Funktionell-endokrine Fragen in Gynäkologie und Geburtshilfe, operative Gynäkologie und Mikrochirurgie, perinataler Stoffwechsel, Funktion innersekretorischer Drüsen und Hormone, Tumormimmunologie, Sterilitätsbehandlung, geburtshilfliche Anästhesie, fetale Lungenreife bei Frühgeburten.



Prof. Dr. Joest Martinius

C 4-Professur für Psychiatrie des Kindes- und Jugendalters, 2. 4. 1984
Neuer Lehrstuhl

Geboren 1932, Studium der Medizin in Würzburg, Freiburg, München und Kiel, Facharzt für Kinderheilkunde, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Promotion 1958, 1968 wissenschaftliche Tätigkeit an der Universitäts-Kinderklinik, Freiburg, dann in Harvard. 1972 Habilitation in München, 1978 apl. Professor, seit 1968 am Max-Planck-Institut für Psychiatrie, Kinderabteilung.

Arbeitsgebiete: Neuropsychologie des Entwicklungsalters, Leistungsstörungen im Schulalter, Psychopharmakologie, Epidemiologie, chronisch kranke Kinder und ihre Familien.



Prof. Dr. Thomas Brandt

C 4-Professur für Neurologie, 1. 7. 1984

Nachfolger von Prof. Adolf Schrader

Geboren 1943 in Dessau, Studium der Medizin in Köln und Essen, Promotion 1969, 1976 Habilitation für Neurologie in Freiburg, 1974 – 1976 Sekretär des SFB „Hirnforschung und Sinnesphysiologie“, Forschungsaufenthalte in USA, 1976 Leitender Arzt am Krupp-Krankenhaus und 1981 apl. Professor an der Universität in Essen.

Arbeitsgebiete: Entzündliche Erkrankungen des Nervensystems, Intensiv-Medizin, Kopfschmerz, Muskelkrankheiten, Neuroophthalmologie, Otoneurologie, Neurophysiologische Diagnostik und Pharmakotherapie cerebraler Anfallsleiden.



Prof. Dr. Peter Dominiak

C 2-Professur für Physiologie, 1. 10. 1984

1947 in Darmstadt geboren, Studium der Medizin in Frankfurt, dort 1977 Promotion, 1978 Assistent für Pharmakologie in Regensburg, 1982 Habilitation und Anerkennung als Arzt für Pharmakologie, 1984 Akademischer Oberrat a. Z.

Arbeitsgebiete: Wirkung von Nikotin und Cotinin auf biogene Amine, Veränderung des sympathischen Nervensystems und Bestimmung von Katecholaminen im Plasma als Indikatoren bei Herz-Kreislaufkrankungen.

FAKULTÄT FÜR PSYCHOLOGIE UND PÄDAGOGIK

Prof. Dr. Klaus Heinerth

C 3-Professur für Pädagogische Psychologie, 1. 10. 1983

Neubesetzung

1940 in Düsseldorf geboren, Studium der Psychologie in Tübingen und Wien, EDV-Ausbildung. 1968 Promotion in Tübingen, 1969 Assistent an der PH Bonn, Ausbildung zum Gesprächstherapeuten in Hamburg, 1970 – 73 Dozent an der PH Osnabrück und Universität Düsseldorf, 1973 Professor an der Universität Frankfurt.

Arbeitsgebiete: Integration der Therapietheorien, Einsatz von Mikrocomputern in der Psychologischen Praxis, Bedingungen emotionaler und Risiko pathologischer bzw. neurotischer Entwicklungen.





Prof. Dr. Baldur Kozdon

C 2-Proressur für Grundschuldidaktik, 1. 2. 1984

1938 in Karwin/Tschechoslowakei geboren, Studium an der PH München, außerdem Psychologie, Pädagogik und Volkskunde an der Universität, Lehrer und Ausbildungslehrer. 1966 Promotion, 1975 Assistent an der Universität Erlangen-Nürnberg, 1981 Habilitation und 1982 akademischer Oberrat auf Zeit.

Arbeitsgebiete: Schulpädagogik, Lehrbücher, Schulleistung und Schulorganisation, Lehrinhaltsforschung, Theorie und Praxis im Lehramtsstudium, Lernzielpädagogik.



Prof. Dr. Michael Frese

C 2-Proressur für Arbeitspsychologie, 28. 9. 1984

1949 in München geboren, Studium der Psychologie und Soziologie in Regensburg und an der FU Berlin. 1976 – 80 Assistent an der TU Berlin, dort 1978 Promotion. Zwei Jahre Lehrauftrag bzw. Vertretung in Bremen. 1981 Associate Professor an der University of Pennsylvania, Philadelphia (USA).

Arbeitsgebiete: Stress am Arbeitsplatz, Arbeit und Persönlichkeit, Psychosoziale Auswirkungen von Schichtarbeit und Arbeitslosigkeit, Mensch-Maschine-Interaktion v. a. bei Anlernverfahren.



Prof. DDr. Herbert Tschamler

C 4-Proressur für Psychologie und Pädagogik, 1. 10. 1983

Nachfolger von Prof. Richard Schwarz

1932 in Neutitschein geboren, Studium der Katholischen Theologie in Wien, Promotion Theologie Studium der Pädagogik, Philosophie, Soziologie und Mathematik, Promotion Pädagogik Assistent am Institut für Pädagogik in München, 1965 Dozent für Pädagogik und Soziologie an der Universität Eichstätt, 1975 dort o. Professor für Pädagogik.

Arbeitsgebiete: Grundfragen der Pädagogik als Wissenschaft, interdisziplinäre Begründung einer pädagogischen Anthropologie, kommunikative Selbsterfahrung für Erzieher, Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder im Kindergarten.



PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT FÜR ALTERTUMSKUNDE UND KULTURWISSENSCHAFTEN

Frau Prof. Dr. Ioli Kalavrezou-Maxeiner

C 3-Proressur für Frühchristliche und Byzantinische Kunstgeschichte, 1. 10. 1983

Nachfolgerin von Prof. Klaus Wessel

1945 in Athen geboren, Studium der Kunstgeschichte, Archäologie und Frühgeschichte in Hamburg, Berkeley und Dumbarton Oaks (Kalifornien), 1975 Associate Professor für Kunstgeschichte an der Universität Los Angeles, 1977 Promotion.

Arbeitsgebiete: Byzantinische Specksteinikonen und Handschriften, Elfenbeinbildnisse des 10. und 11. Jahrhunderts, Funktion der Ikonographie als historische Quelle, Methodendiskussion.



PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT FÜR SPRACH- UND LITERATURWISSENSCHAFT I

Prof. Dr. Niklas Holzberg

C 2-Professur für Klassische Philologie, 1. 11. 1983

1946 in Dillingen geboren, Studium der Klassischen Philologie und Germanistik in Erlangen-Nürnberg, 1972 Dissertation, 1974 Assistent am Institut für Alte Sprachen und 1981 am Institut für Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft, 1979 Habilitation, Förderpreis der Stadt Nürnberg.

Arbeitsgebiete: Antiker Roman, Polybios und Ovid, Humanismus und Wirkungsgeschichte antiker Literatur bis in die Neuzeit.



PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT FÜR SPRACH- UND LITERATURWISSENSCHAFT II

Prof. Dr. Elmar Seebold

C 4-Professur für Sprachwissenschaft, 1. 10. 1983

Nachfolger von Prof. Werner Betz

1934 in Stuttgart geboren, Industriekaufmann, ab 1956 Studium der Anglistik und Germanistik in Tübingen und Edinburgh, Lektor am University College North Wales, 1964 Promotion an der Universität Köln, dort 1965 – 71 Assistent am Institut für Sprachwissenschaft und 1970 Habilitation; 1971 Professor für Linguistik in Fribourg/Schweiz.

Arbeitsgebiete: Etymologie, Lautlehre, Formenlehre, Gegenwärtssprache und moderne Mundarten, Sprachgeschichte und Vergleich germanischer Sprachen.



SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Prof. Dr. Klaus Schönbach

C 3-Professur für Kommunikationswissenschaft, 15. 10. 1983

Nachfolger von Frau Prof. Hertha Sturm

1949 geboren, Studium der Publizistik, Soziologie und Germanistik in Mainz. Promotion 1975. Bis 1978 Leiter der Inhaltsanalyseabteilung im Umfragenzentrum der DFG Mannheim. 1978 Akademischer Rat in Münster, 1982 Gastprofessur in Cleveland und Bloomington (USA), 1982 Habilitation in Münster.

Arbeitsgebiete: Politische Kommunikation, lokale Medienkommunikation, unterhaltende Medieninhalte, Methoden der Kommunikationsforschung, Publikumsforschung.



FAKULTÄT FÜR MATHEMATIK

Prof. Dr. Hubert Kalf

C 3-Professur für Angewandte Mathematik, 1. 10. 1983

Nachfolger von Prof. Jochen Brüning

1944 in Aachen geboren, dort Studium der Mathematik und Physik, Physik-Diplom 1968, Promotion in Mathematik 1971. 1974/75 Research-Fellow an der Princeton-University (USA), 1976 Habilitation in Aachen, 1977 Lehrstuhlvertretung in München, 1978 Professor an der TH Darmstadt.

Arbeitsgebiete: Mathematische Physik, Spektraltheorie von Differentialoperatoren im Hilbert-Raum.



FAKULTÄT FÜR GEOWISSENSCHAFTEN

Prof. Dr. Heinz Hermann Schulz

C 4-Professur für Kristallographie und Mineralogie, 1. 5. 1984

Nachfolger von Prof. Heinz Jagodzinski

1935 in Berlin geboren, Praktikum an der Deutschen Akademie der Wissenschaften, dann Studium der Physik an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin, 1961 Assistent an der Akademie, dann Assistent in Saarbrücken, 1964 Promotion, Mineralogisch-Petrographisches Institut Hamburg, 1967 – 73 TH Zürich, dort 1970 Habilitation. 1974 Professor an der Universität Frankfurt und Wechsel an das Max-Planck-Institut für Festkörperforschung Stuttgart.

Arbeitsgebiete: Veränderung von Kristallen unter hohem Druck, schnelle kristalline Ionenleiter und Diffusionspfade mobiler Ionen (Herzschrittmacher, Festkörper-Hochleistungsbatterien), Atomordnung in Kristallen (am Hamburger DESY).

Ehrungen und Preise

Das Ansehen einer Universität manifestiert sich auch durch die Ehrungen und Preise, die ihren Mitgliedern zuerkannt werden. Die folgende Übersicht ist in Zusammenarbeit mit den Dekanaten entstanden.

KATHOLISCH-THEOLOGISCHE FAKULTÄT

Professor Dr. Dr. Dr. h. c. Klaus *Mörsdorf* wurde von Papst Johannes Paul II. mit dem Titel „Päpstlicher Protonotar“ ausgezeichnet.

Professor Dr. Michael *Schmaus* wurde von Papst Johannes Paul II. mit dem Titel „Päpstlicher Protonotar“ ausgezeichnet. Ferner wurde ihm der „Bayerische Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst“ verliehen.

Professor Dr. Winfried *Aymans* und Professor Dr. Heribert *Schmitz* wurden von Papst Johannes Paul II. zu Konsultoren der mit Wirkung vom 2. Februar 1984 eingesetzten „Päpstlichen Kommission zur authentischen Interpretation des Codex Iuris Canonici (CIC)“ ernannt.

JURISTISCHE FAKULTÄT

Professor Dr. Dr. h. c. mult. Karl *Engisch* wurde von der Universität Saragossa die juristische Ehrendoktorwürde verliehen.

Privatdozent Dr. Hans *Ulrich* hat einen von der Universitätsgesellschaft gestifteten Habilitations-Förderpreis erhalten.

FAKULTÄT FÜR BETRIEBSWIRTSCHAFT

Professor Dr. Dr. h. c. Eberhard *Witte* wurde der Bayerische Verdienstorden verliehen.

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Professor Dr. Hermann *Gross* wurde das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen.

Dr. Alfred *Gossmar* hat einen von der Universitätsgesellschaft gestifteten Promotions-Förderpreis erhalten.

FORSTWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Professor Dr. Albert *Baumgartner* wurde zum Mitglied der wissenschaftlichen Kommission für großräumige Klimaforschung in die Klasse für Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften berufen.

Professor Dr. Richard *Plochmann* wurde das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Privatdozent Dr. Dr. Olaf *Adam* wurde der „Heinrich-Wieland-Preis“ verliehen.

Professor Dr. Alexander *Baethmann* und Dr. *Kempski* wurde der Felix-Wankel-Tierschutz-Forschungspreis in Höhe von 6000,- DM verliehen. Außerdem wurde Professor *Baethmann* von NATO-Scientific Affairs Division zum Leiter des Symposiums „NATO-Advanced Research Workshop“ beauftragt.

Dr. Xaver *Baur* und Dr. Hugo *Prelicz* wurde der „Karl-Hansen-Gedächtnispreis“ der Deutschen Gesellschaft für Allergie- und Immunitätsforschung verliehen.

Professor Dr. Eberhard *Buchborn* wurde von der Mitgliederversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zum Vizepräsidenten gewählt.

Professor Dr. Heinrich *Drexel* und sein ehemaliger Mitarbeiter Dipl.-Phys. Karl *Dirnagl* haben die Ehrenmitgliedschaft der Deutschen Gesellschaft für Physikalische Medizin und Rehabilitation erhalten.

Privatdozent Dr. Niels *Franke* wurde mit dem Nitrolingual-Preis 1983 für seine Arbeit „Veränderungen der Mikrozirkulation während kontrollierter Hypotension mittels Natriumnitroprussid und Nitroglycerin“ ausgezeichnet.

Professor Dr. Hans *Frick* wurde von der Gesellschaft der Ärzte in Wien zum Korrespondierenden Mitglied gewählt.

Professor Dr. Dr. h. c. mult. Heinz *Goerke* wurde das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen. Ferner wurde er von der Deutschen Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie e. V. zum Vizepräsidenten gewählt. Außerdem hat ihn die Italienische Gesellschaft für Geschichte der Medizin mit der Ehrenmitgliedschaft ausgezeichnet.

Professor Dr. Waldemar Christian *Hecker* wurde das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Professor Dr. Theodor *Hellbrügge* wurde zum „honorary trustee of the Gürson Child Health Foundation“ gewählt und gleichzeitig wurde ihm von der Türkischen Gesellschaft für Kinderheilkunde die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Ferner wurde er von der Schweizer Akademie Amriswil mit dem „Apfelbaum“ ausgezeichnet. Außerdem wurde er Ehrenmitglied des Berufsverbandes der Kinderärzte Deutschlands.

Professor Dr. Fritz *Holle* wurde das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen.

Professor Dr. Johann Josef *Karl* und Privatdozent Dr. Dr. Klaus *Mann* wurden auf dem Krebs-Kongress mit dem „Farmitalia Carlo Erba Preis 1983“ ausgezeichnet.

Professor Dr. Werner *Klinner* wurde von der Universität Breslau die Ehrendoktorwürde verliehen. Ferner wurde er zum Ehrenmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Chirurgie ernannt.

Professor Dr. Josef *Lissner* wurde zum Ehrenmitglied der Österreichischen, der Polnischen und der Japanischen Röntgengesellschaft ernannt.

Professor Dr. Otto *Lund* wurde von der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in ihren Kreis aufgenommen.

Das *Max-von-Pettenkofer-Institut* für Hygiene und Medizinische Mikrobiologie, Vorstand Professor Dr. Friedrich *Deinhardt*, wurde von der WHO zum neuen „WHO Collaborating Centre for Reference and Research on Viral Hepatitis“ ernannt.

Professor Dr. Helmut *Mehnert* wurde die höchste Auszeichnung der Deutschen Diabetes-Gesellschaft, die Paul-Langerhans-Medaille verliehen. Außerdem wurde er für eine weitere Amtsperiode als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Diabetes-Experten-Komitee der WHO bestätigt.

Professor Dr. Klaus *Peter* wurde zum Mitglied der „International Anesthesia Research Society“ der USA ernannt.

Professor Dr. Fritz *Sebening* wurde zum Ehrenmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Chirurgie ernannt.

Professor Dr. Hans-Konrad *Selbmann* ist von der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Dokumentation, Informatik und Statistik zum 1. Vizepräsidenten gewählt worden.

Professor Dr. Manfred *Schattenkirchner* wurde zum Ehrenmitglied der American Rheumatism Association ernannt.

Professor Dr. Dr. Dieter *Schlegel* wurde von der Federation Dentaire Internationale zum Berater für Mundgesundheit, Forschung und Epidemiologie gewählt.

Professor Dr. Lorenz *Schreiner* wurde das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Privatdozent Dr. Reinhard *Teichmann* wurde für seine Habilitationsschrift „Vagale und immunologische Stimulation gastraler Funktionen“ auf dem Deutschen Chirurgenkongress für die beste wissenschaftliche Arbeit mit der höchsten Auszeichnung, dem „v. Langenbeck-Preis 1984“ ausgezeichnet.

Professor Dr. Klaus *Thurnau* wurde vom Forschungsrat „Rauchen und Gesundheit“ zum Vorsitzenden gewählt. Außerdem wurde er auf dem Weltkongress der International Society of Nephrology in Los Angeles zum President Elect und damit zum Präsidenten der Gesellschaft für die Amtsperiode 1989 – 1990 gewählt.

Professor Dr. Dr. Dr. M. P. H. Paul Ulrich *Unschuld* wurde zum Präsidenten der International Association for the Study of Traditional Asian Medicine gewählt.

Professor Dr. Dr. h. c. Alfred Nikolaus *Witt* wurde das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen.

Professor Dr. Josef *Zander* wurde von der ungarischen Gynäkologischen Gesellschaft zum Ehrenmitglied ernannt. Ferner wurde er vom American College of Obstetricians and Gynecologists zum Honorary Fellow gewählt. Er wurde außerdem von der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe zum Ehrenmitglied gewählt.

TIERÄRZTLICHE FAKULTÄT

Professor Dr. Dr. h. c. Ludwig *Kotter* wurde das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen.

Professor Dr. Helmut *Kraft* wurde das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Professor Dr. DDr. h. c. Anton *Mayr* wurde von der Tierärztlichen Hochschule Hannover die Ehrendoktorwürde verliehen.

Dr. Gerhard *Reubel* hat einen von der Universitätsgesellschaft gestifteten Promotions-Förderpreis erhalten.

FAKULTÄT FÜR GESCHICHTS- UND KUNSTWISSENSCHAFTEN

Professor Dr. Karl *Bosl* wurde der „Bayerische Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst“ verliehen.

Professor Dr. Walter *Koch* und Professor Dr. Andreas *Kraus* wurden in den Vorstand des Verbandes für Orts- und Flurnamenforschung in Bayern gewählt.

Dr. Merith *Niehus* wurde von der Stiftung der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise zur Förderung der Kommunalwissenschaften für ihre Dissertation in der Disziplin Sozialpolitik, Kulturpolitik, Neuere Stadtgeschichte mit einem Preis ausgezeichnet.

FAKULTÄT FÜR PHILOSOPHIE, WISSENSCHAFTSTHEORIE UND STATISTIK

Dr. Peter *Koslowski* wurde vom Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) als Berater in die Kommission 2 „Wirtschaft und Gesellschaft“ berufen.

FAKULTÄT FÜR PSYCHOLOGIE UND PÄDAGOGIK

Professor Dr. Arthur *Mayer* wurde das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen.

FAKULTÄT FÜR ALTERTUMSKUNDE UND KULTURWISSENSCHAFTEN

Professor Dr. D. litt. h. c. Bernhard *Bischoff* wurde der „Bayerische Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst“ verliehen.

Professor Dr. Georg *Kossack* wurde in den Vorstand des Verbandes für Orts- und Flurnamenforschung in Bayern gewählt.

PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT FÜR SPRACH- UND LITERATURWISSENSCHAFT I

Professor Dr. Dr. h. c. mult. Wolfgang *Clemen*, C. B. E. wurde das Große Verdienstkreuz mit Stern verliehen.

Privatdozent Dr. Norbert *Oettinger* hat einen von der Universitätsgesellschaft gestifteten Habilitations-Förderpreis erhalten.

Professor Dr. Klaus *Strunk* wurde zum Vorsitzenden der Indogermanischen Gesellschaft gewählt.

PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT FÜR SPRACH- UND LITERATURWISSENSCHAFT II

Professor Dr. Dr. h. c. Hans *Fromm* wurde das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen.

Dr. Friedrich *Vollhardt* hat einen von der Universitätsgesellschaft gestifteten Promotions-Förderpreis erhalten.

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Professor Dr. Manfred *Hättich* wurde der Bayerische Verdienstorden verliehen.

FAKULTÄT FÜR CHEMIE UND PHARMAZIE

Professor Dr. Gerhard *Ertl* wurde von der Braunschweiger Wissenschaftlichen Gesellschaft die C. F. Gauß-Medaille verliehen. Ferner wurde er zum Honorary Fellow der Universität Edinburgh gewählt. Außerdem wurde er zum „Centenary Lecture“ der Royal Society Chemistry London gewählt.

Professor Dr. DDr. h. c. Rolf *Huisgen* wurde der „Bayerische Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst“ verliehen.

FAKULTÄT FÜR BIOLOGIE

Professor Dr. Dr. h. c. Hansjochem *Autrum* und Professor Dr. Dr. Konrad *Lorenz* wurde der „Bayerische Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst“ verliehen.

FAKULTÄT FÜR GEOWISSENSCHAFTEN

Professor Dr. Richard *Dehm* wurde der Rieser Kulturpreis verliehen.

Professor Dr. Dr. h. c. Heinz *Jagodzinski* wurde das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen.

Dr. Konrad F. *Weidich* hat einen von der Universitätsgesellschaft gestifteten Promotions-Förderpreis erhalten.

UNIVERSITÄTSVERWALTUNG

Kanzler Franz *Friedberger* erhielt die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens“ in Silber.